



beratungsNetzwerk hessen

Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

HESSEN



Nicht über, sondern mit den Betroffenen reden.

Perspektiverweiterungen und Handlungsempfehlungen für die Beratungspraxis



Impressum

Herausgeber:

Landeskoordinierungsstelle des **beratungsNetzwerk hessen** –

Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Telefon: 06421-28 21 11 0

Email: kontakt@beratungsnetzwerk-hessen.de

www.beratungsnetzwerk-hessen.de

Redaktionelle Bearbeitung: Tina Dürr

Lektorat: Susanne Küther

Gestaltung: heilmeyerundserneu.com

Fotos: Carolin Hesidenz; funnyworld, simonthon, frau.L., Svea Anais Perrine, bellaluna/photocase.com

Druck: Prototyp Print, Berlin

Copyright 2013 by Landeskoordinierungsstelle des beratungsNetzwerks hessen,

Wilhelm-Röpke-Str. 6

35032 Marburg

Marburg 2013

VORWORT

Liebe Leserinnen und Leser,

es freut mich, Ihnen die vorliegende Broschüre „Nicht über, sondern mit den Betroffenen reden. Perspektivenerweiterung und Handlungsempfehlungen für die Beratungspraxis“ präsentieren zu können.

Seit 2007 ist das beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus tätig. Wir beraten Schulen, Vereine, Kommunen oder auch Eltern, die auf unterschiedliche Weise von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffen sind. Dem Netzwerk gehören 29 staatliche und nichtstaatliche Träger an; die Beratungsarbeit leisten derzeit 26 Berater/-innen mit den unterschiedlichsten Qualifikationen und Beratungsschwerpunkten. Eine Lenkungsgruppe, bestehend aus staatlichen und zivilgesellschaftlichen Trägern, sorgt für die strategische Weiterentwicklung des Netzwerks; die Landeskoordinierungsstelle als Geschäftsstelle ist an der Philipps-Universität in Marburg angesiedelt.

Es war uns von Anfang an ein Anliegen, das Beratungsangebot stetig zu verbessern. Dazu zählt auch die immer wieder selbstkritisch gestellte Frage: „Sind wir richtig aufgestellt? Erreichen wir tatsächlich auch die unterschiedlichen Zielgruppen, die wir in unseren Konzepten beschrieben haben?“ Diese Fragen motivierten uns, im Rahmen des Projekts „Hearing: Opferperspektiven“ qualitative Interviews mit Vertreter/-innen potentieller Betroffenen- und Opfergruppen aus Hessen zu führen, um hier einen größeren Einblick in Bedarfe aber auch in bereits vorhandene Bewältigungsstrategien zu gewinnen. Grundsätzlich haben wir im Rahmen dieses Projekts eines gelernt: Menschen auf eine Opfer- bzw. Betroffenenperspektive allein zu reduzieren, verstellt den Blick dafür,

welche Ressourcen einerseits, aber auch eigene Analysen, Handlungsstrategien und konkrete Forderungen andererseits bei den Befragten bereits vorhanden sind.

Mitunter haben die Interviewpartner/-innen Positionen bezogen, die nicht von der Lenkungsgruppe des Beratungsnetzwerks geteilt werden. Trotz z. T. eigener Bedenken und Fragezeichen erscheint es uns jedoch wichtig, die Positionen der Befragten zu veröffentlichen, weiter im Gespräch und in der Diskussion zu bleiben und auch künftig von den hier publizierten Sichtweisen zu lernen. Das Projekt Hearing war somit auch ein Lern- und Aneignungsprozess für das gesamte Beratungsnetzwerk.

Die Initiative zu dem Projekt „Hearing: Opferperspektiven“ entstand aufgrund von Fragen verschiedener Akteure des Beratungsnetzwerks und wurde federführend von Tami Rickert und Christa Kaletsch von der Bildungsstätte Anne Frank in Kooperation mit dem Hessischen Jugendring durchgeführt. Ihr großes Engagement, ihre feinfühligte Kontaktaufnahme und -pflege zu den Interviewpartner/-innen waren die zentralen gelingenden Faktoren für das gesamte Projekt. Hierfür sei ihnen herzlich gedankt. Mein besonderer Dank gilt aber vor allem den Interviewpartner/-innen: Für ihre Bereitschaft, uns ihre Positionen mitzuteilen und für ihre Offenheit, mit uns diesen langen, fast drei Jahre währenden Weg zu gehen.

Reiner Becker

Leiter der Landeskoordinierungsstelle des beratungsNetzwerks hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

INHALT

- 1 **Vorwort**
- 3 **Einleitung**
- 11 **Übersicht der Interviews**
- 12 **Interview: Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main**
- 18 **Interview: Alevitische Jugend Frankfurt**
- 22 **Interview: JOG – Jugendliche ohne Grenzen**
- 28 **Interview: Flüchtlingscafé Hanau**
- 34 **Interview: Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen
– Landesausländerbeirat (agah)**
- 39 **Stellungnahme: Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen**
- 45 **Interview: Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V. (DITIB)**
- 51 **Interview: TuS Makkabi Frankfurt 1965 e. V.**
- 57 **Interview: Antifaschistische Bildungsinitiative (Antifa BI)**
- 60 **Interview: Lesben Informations- und Beratungszentrum (LIBS)**
- 64 **Stellungnahme: Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD)**
- 69 **Empfehlungen der Teilnehmenden des Projekts zur
Perspektiverweiterung der Auseinandersetzung mit
Rechtsextremismus – „Betroffenenperspektiven wahrnehmen“**

EINLEITUNG

Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Perspektiven auf die Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit Rechts- extremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und weitere Formen von gruppen- bezogener Menschenfeindlichkeit in Hessen

Einblicke in das Projekt „Hearing: Opferperspektiven“

„Nicht über, sondern mit den Betroffenen reden“, dies war von Anfang an Ziel und Aufgabe des Projekts, das im Auftrag des beratungsNetzwerkes hessen von einem Team der Bildungsstätte Anne Frank e.V. in Kooperation mit dem hessischen Jugendring durchgeführt wurde. Zentrales Anliegen war dabei die Erweiterung der Perspektiven im Beratungsnetzwerk. Dabei ging es insbesondere um das Kennenlernen und Wahrnehmen der Bedürfnisse und entwickelten Handlungsstrategien potentiell von Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betroffener Akteure. Zentrale Fragen des mit Beschluss des Vernetzungstreffens des beratungsNetzwerkes hessen im Dezember 2010 begonnenen Projekts waren dabei:

- gibt es Bedarfe von potentiell Betroffenen, die bisher nicht wahrgenommen wurden und für die das Beratungsnetzwerk spezifische Angebote entwickeln muss?
- gibt es zivilgesellschaftliche Akteure in der pluralen Gesellschaft Hessens, deren Perspektiven auf das Thema wichtig und für die Beratungsarbeit unverzichtbar sind?
- gibt es dabei Akteure, deren Kooperation mit dem Beratungsnetzwerk wünschenswert wäre?

Die in dieser Broschüre versammelten Texte geben zahlreiche Antworten auf die aufgeworfenen Fragen. Dabei handelt es sich überwiegend um Interviewtexte, die in einem mehrfach korrespondierenden Verfahren mit unse-

ren Gesprächspartner_innen bearbeitet wurden und nun vielfältige Einblicke in zivilgesellschaftliche Wahrnehmungen und Handlungsoptionen geben. Der vorliegende Text möchte die Hintergründe des Projekts näher erläutern und den Projektverlauf skizzieren.

Hintergründe des Projekts Täterfixierung aufgeben oder warum ist eine Erweiterung der Perspektive nötig

Die Wahrnehmung von Rechtsextremismus ist in den vergangenen Jahren sicher differenzierter geworden. In Folge der rassistischen Pogrome in Mölln und Rostock in den 1990er-Jahren hat eine Forschungsinitiative begonnen, bei der die verschiedenen Erscheinungsformen, Strategien und Akteure der extremen Rechten zunehmend in den Blick gerieten und somit die Kenntnisse über den sogenannten Rechtsextremismus in Deutschland vielerorts recht umfassend geworden sind. Auch setzte sich in Forschung und Beratungspraxis zunehmend die Erkenntnis durch, dass die rechtsextremen Ideologiesegmente anschlussfähig an gesellschaftliche Diskurse sind und dass diese Anschlussfähigkeit Auswirkungen auf die Wirkmächtigkeit rechtsextremer Erscheinungsformen hat. So weist beispielsweise Dierk Borstel darauf hin, dass Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF)¹ als Einstellungsmuster in der gesellschaftlichen Mitte politisch motivierte Gewalt legitimiert und ermöglicht. „Gesellschaftliche Anschlusspunkte rechtsextremer Akteure an diejenigen, die sich als „Mitte der Gesellschaft“ definieren, finden sich im Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (GMF). Sein Kern ist die Vorstellung von der prinzipiellen Ungleichwertigkeit der Menschen; ein Gedanke, den die Träger des Syndroms mit dem Rechtsextremismus teilen, auch wenn sie sich selbst nicht als rechtsextrem bezeichnen...“ (Borstel 2011, S. 24 ff). Durch die Akzeptanz von GMF wird der demokratische Konsens von der grundsätzlichen Gleichwertigkeit der Menschen negiert, mit dem Effekt, dass die durch den Prozess der Ungleichwertigkeits-

¹ Menschenfeindlichkeit meint die Abwertung, Diskriminierung und Gewalt gegenüber Menschen, die auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit basiert. Gruppenbezogen ist die Menschenfeindlichkeit, weil sie kein „interindividuelles Feindschaftsverhältnis“ ist, sondern ein Verhältnis zwischen Gruppen bezeichnet. (Heitmeyer 2012, S. 15 f.) Wesentlich ist unserer Ansicht nach, dass die durch GMF beschriebenen Gruppen keine Gruppen an sich sind, sondern als solche konstruiert werden.

konstruktion zu „Anderen“ gemachten² isoliert werden, daraus resultierende Ausgrenzungen und Bedrohungsszenarien von der Mehrheitsgesellschaft nicht als solche wahrgenommen, entsprechende Solidarisierungseffekte mit den als Andere konstruierten ausbleiben und rechts-extreme Akteure von einer „stillen Unterstützung“ ausgehen können (ebd.).

Beides: weder der – immer fundiertere Wissen produzierende – differenzierte Blick auf „Rechtsextremismus“ noch die Wahrnehmung der Bedeutung der Anschlussfähigkeit rechtsextremer Ideologie an die Diskurse und Einstellungspotentiale der sogenannten Mitte der Gesellschaft haben dazu geführt, dass die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Erscheinungsformen zur Entwicklung von Handlungsoptionen führt, die selbstverständlich die Perspektive potentiell Betroffener mit einbezieht und sich vor allem um einen konsequenten Opferschutz bemüht. Bei der Entwicklung von Strategien zum Umgang mit Rechtsextremismus wird vor allem von den Beobachtungen, Analysen und Bewertungen der rechtsextremen Täter ausgegangen. Dabei werden die Bedürfnisse potentiell Betroffener häufig übersehen, nicht wahrgenommen und übergangen. Nicht selten werden Bedrohungssituationen nicht ernst genommen, ignoriert, bagatellisiert oder gar negiert.

Als Teil des Beratungsteams der Bildungsstätte Anne Frank haben wir in Kooperation mit dem Beratungsnetzwerk verschiedene Beratungen durchgeführt. Die Jugendbegegnungsstätte hat in der Beratungsarbeit zu Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit häufig an Schulen gearbeitet. Es wurden Lehrkräfte, Schulleitungen, Schüler_innen, Schulsozialarbeiter_innen beraten und es wurden Workshops für Schulklassen und Lehrerkollegien durchgeführt. Ausgangspunkte waren: „An unserer Schule oder im Ort entwickeln sich rechtsextreme Strukturen (z.B. werden Schüler_innen durch den NPD-Ortsverein angesprochen), das merken wir auch an unserer Schülerschaft, was können wir tun?“ oder: „An der Schule gibt es Schüler_innen, die straffällig wurden (z.B. durch die Schändung eines jüdischen Friedhofs), was kann die Schule tun?“ Dabei macht es für die Beratungsarbeit einen Unterschied, ob Engagierte/Akteure der Zi-

vilgesellschaft in der Schule Problematiken (frühzeitig) wahrnehmen und selbst den Bedarf anmelden, etwas zu tun, oder ob die Schule durch Straffälligkeitsbestände unter Druck gerät, etwas tun zu müssen, z.B. um ihren guten Ruf nicht zu verlieren.

Die meisten Schulen, die wir in unserer Beratungsarbeit beraten, reagieren betroffen und schockiert darüber, dass an ihrer Schule solche Entwicklungen vorhanden sind. Zuvor wenig beachtete kleine Hinweise, die zeigen, dass manche Schüler_innen der Schule rechtsextremes Gedankengut attraktiv finden, werden nun mit anderen Augen betrachtet. Verständlicherweise will die Schulgemeinde solche Entwicklungen so schnell wie möglich stoppen, verliert dabei jedoch aus dem Blick, dass rechtsextreme, rassistische, antisemitische und menschenfeindliche Entwicklungen immer auch Opfer hervorbringen.

Bestimmte Strukturen an der Schule sind für manche Schüler_innen nichts Neues und die Begegnungen mit Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gehören für sie zum Schulalltag. Es gibt Orte, an denen Schüler_innen täglich Situationen erleben, in welchen sie rassistischen Bedrohungen ausgesetzt sind. Für diese Jugendlichen gibt es Orte bzw. so genannte „Angsträume“, an denen sie sich bedroht fühlen, ob auf dem Schulhof, auf dem Schulweg, in bestimmten Ortskneipen, auf Ortsfesten usw. Angsträume sind dadurch gekennzeichnet, dass sie beweglich sein und sich verändern können, sie können große Areale sein oder begrenzte Orte wie in einer Straßenbahn und sie sind nicht an zeitliche Abschnitte gebunden.³ Vor allem aber sind sie für Menschen, die nicht durch Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bedroht sind, nicht sichtbar.

Beim Versuch, zivile Kräfte gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zu stärken, Täterfixierungen zu vermeiden, d.h. die Zivilgesellschaft zu aktivieren, stellten wir häufig fest, dass die Frage nach Opferschutz fehlte. Bei der Frage danach, ob vor Ort Menschen von Rechtsextremismus betroffen sind, darunter leiden und welche Bedürfnisse diese äußern, wurde

² Anita Kalpaka spricht in diesem Zusammenhang in Anlehnung an den Begriff „Othering“ von „Andern“ oder „Geanderten“ (Kalpaka 2009, S.26).

³ Begrich und Weber gemäß ist gefährdet, „wer von den Normvorstellungen rechtsextrem motivierter Akteure abweicht, unabhängig vom Aufenthaltsort. Dabei ist es sekundär, ob vor Ort eine organisierte rechtsextreme Szene tatsächlich existiert. Rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten können auch von Personen ausgehen, die nicht den subkulturellen oder organisierten Strukturen des Rechtsextremismus angehören, aber sehr wohl die rassistischen Ressentiments teilen.“, zitiert nach Begrich/Weber: Warum Angsträume mehr sind als „No-Go-Areas“. In: Deutsche Zustände, Folge 5, Frankfurt 2007, S. 264–271, S. 265

deutlich, dass es kaum Antworten auf diese Frage gibt. Die Konzentration der Beratungsnehmer_innen lag sehr stark auf den rechtsextremen Akteuren vor Ort, wann sie wie aktiv waren, wie sie zu stoppen sind, warum sie sich so verhalten. Die Frage nach Betroffenen vor Ort wurde zunächst nicht gestellt. Wer ist betroffen? In welcher Weise sind Menschen davon betroffen? Wie könnten Sie Unterstützung erlangen?

Unsere Beratungsarbeit verstärkte daraufhin die Frage nach Betroffenen. Situations- und Ressourcenanalysen wurden um diese Fragestellungen erweitert. Dabei stellte sich heraus, dass betroffene Jugendliche vor Ort Angsträume erleben, sie auf Schulwegen oder auf Dorf-festen rechtsextremen Akteuren begegnen und von diesen bedroht werden, dass Lehrkräfte sich bedroht fühlen. Orientiert an den Perspektiven der Betroffenen auf die Situation vor Ort, stellte sich heraus, dass die gegen Rechtsextremismus gerichteten Aktivitäten und Wünsche der Beratungsnehmer_innen die Situation der Betroffenen nicht verbessern, z.T. sogar noch verschlechtern können. Im Austausch mit anderen Berater_innen des Beratungsnetzwerks stellten wir fest, dass die Opferperspektive auch in anderen Beratungskontexten (z.B. Kommunen und Vereinen) häufig zu kurz kommt.

Selten steht die Frage im Raum, was diejenigen brauchen, die sich von rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und anderen Formen menschenfeindlicher Anfeindungen bedroht fühlen. Nur wenig ist bekannt darüber, welche Effekte die Ungleichheit konstruierenden Diskurse und die Gleichheit infragestellenden Praktiken auf die davon betroffenen Menschen haben, welche Erfahrungen sie machen und welche Handlungsoptionen sie wählen bzw. welche Interventionen sie als unterstützend erleben. Es empfiehlt sich daher, die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus unbedingt um die Perspektiven potentiell Betroffener zu erweitern und konsequent auf die Wahrnehmung der Opferperspektive in der Beratungsarbeit zu achten.

Opferperspektiven – Überlegungen zu einem nicht unproblematischen Begriff

Der Begriff Opferperspektive kann irritierend und problematisch sein. Was heißt Opferperspektive? Wer wird durch wen oder was zum Opfer gemacht? Wer bestimmt, wer wann ein Opfer ist? Dürfen und wollen Opfer von Rechtsextremismus auf einen Opferstatus festgelegt werden?

Für die Auseinandersetzung und die Entwicklung von Handlungsmöglichkeiten gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit kann es hilfreich sein, die verschiedenen in einer menschenfeindlichen Handlung Verwickelten als Opfer, Täter und Zuschauer oder als Betroffene/r, Akteur_in und Beteiligte/r zu beschreiben.⁴ Wichtig ist dabei: In diesen drei Rollen geht es nicht um Identitäten, sondern um „erlebte Erfahrungen“, die von Kontext und Situation abhängen (Eckmann 2006, S. 220). Die öffentlichen Debatten um Rechtsextremismus drehen sich hauptsächlich um die rechten oder rechtsextremen Akteure, um ihre Taten, ihre Motive, ihre Strategie, ihre persönliche Biographie und die Entwicklung ihres Hangs zur Menschenfeindlichkeit. Die Betroffenen kommen darin wenig vor. Eckmann stellt fest: „Es ist jedoch in vielen Situationen notwendig, Prioritäten zu setzen und sich zuerst den Opfern zu widmen, sowie Bystander zu aktivieren, bevor Täter anzusprechen sind.“ (ebd.) Die Unterscheidung in Betroffene/r, Akteur_in und Beteiligte/r ermöglicht die Situation aus der Perspektive von Betroffenen anzuschauen, die selbst am besten wissen, was sie brauchen, um geschützt zu werden, welche Hilfe benötigt wird, um die Situation zu verbessern. Durch diesen Perspektivwechsel können Sichtweisen wahrgenommen werden, die bisher wenig sichtbar waren.

Was bedeutet Betroffenenperspektiven stärker wahrnehmen?

Um aktiven Opferschutz zu betreiben, müssen Opfer jedoch nicht für alle sichtbar werden. Opferschutz muss sogar die Gewährleistung von Anonymität bedeuten. Wird beispielsweise Antisemitismus an einer Schule festgestellt, kann nicht automatisch davon ausgegangen werden, dass es keine Betroffenen gibt, wenn es keine Jüd_innen an der Schule gibt, da dies zum Einen nicht notwendig der Realität entspricht und zum Anderen Diskriminierungen jeglicher Art die gesamte Schule betreffen und nicht nur einzelne Opfergruppen. Diskriminierung ist ein Problem der gesamten Gesellschaft und nicht das Problem Einzelner.

Wichtig dabei ist, dass den Betroffenen der Subjektstatus nicht aberkannt werden darf. Opfer dürfen nicht dazu gezwungen oder gedrängt werden, über ihre Erfahrungen zu sprechen. Nötig ist eine Struktur, die es ihnen ermöglicht über ihre Erfahrungen zu sprechen, wenn sie es benötigen.

⁴ Die Soziologin Monique Eckmann beschreibt diese Idee auch als „Täter-Opfer-Bystander-Triade“ (Eckmann 2006, S.220)

Opferschutz findet dabei im Sinne der Ermächtigung der Betroffenen statt und zum Zwecke der Wiederherstellung ihrer Rechte und ihrer Würde (vgl. Eckmann 2006, S. 214).

Betroffenenperspektiven stärker wahrnehmen bedeutet, auch die Dimensionen der Viktimisierung⁵ zu erkennen. Rechtsextreme, rassistische, antisemitische und andere gruppenbezogen-menschenfeindliche Vorfälle sind keine singulären Ereignisse. Die Erfahrung von Rechtsextremismus und Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ist eingebettet in das Erleben struktureller und institutioneller Diskriminierung. In der sozialen Benachteiligung im Bildungsbereich bis hin zur Asylgesetzgebung spiegeln sich Ideologien der Ungleichwertigkeit wieder. Die Verhaltensweisen des gesellschaftlichen Umfeldes spielen eine wesentliche Rolle, Diskurse in den Medien enthalten antidemokratische und menschenfeindliche Aussagen. Nach Köbberling weist die Abwertung von Menschengruppen, die hinter einer rechtsextrem motivierten Gewalttat steht, über die einzelne Tat hinaus. Aufgrund des Erlebens von Diskriminierungs- und Abwertungserfahrungen im Alltag wiegt die Tat besonders schwer, alltägliche Diskriminierung erzeugt zudem die Angst vor einer erneuten Gewalttat. Die rechtsextreme und menschenfeindliche Abwertung und Gewalt richtet sich gegen eine von Täter_innen konstruierte Gruppe, sie basiert auf einer zugeschriebenen Gruppenzugehörigkeit. Dadurch richtet sich die menschenfeindliche Abwertung und Gewalt nicht nur gegen Individuen, sondern gegen die konstruierte Gruppe und es entsteht eine sogenannte kollektive Viktimisierung. „Wie schwer eine Tat wiegt, hängt maßgeblich von den Erfahrungen ab, die nach der Tat gemacht werden.“ (Köbberling 2010, S. 192). Vielfach werden rechtsextrem und gruppenbezogen-menschenfeindlich motivierte Diskriminierungen und Gewalttaten verharmlost, relativiert oder nivelliert. Betroffene müssen daher mit vielfältigen Reaktionen umgehen. Alltägliche Diskriminierungs- und Abwertungserfahrungen können darüber hinaus auch zu einer sekundären Viktimisierung führen. Sie „entwickeln nach einer Gewalterfahrung für die Betroffenen häufig eine bedrohliche Dimension neuer Art“ (Köbberling 2010, S. 193). Die weite Verbreitung negativer Stereotype in der Gesellschaft führt häufig dazu, Betroffenen ihr Erleben abzusprechen, die Viktimisierung

zu leugnen und den politischen Hintergrund der Tat abzusprechen (ebd.).

Opferperspektiven wahrnehmen bedeutet demnach, die Frage nach den potentiell Betroffenen und nach dem, was sie brauchen, zu stellen. Es bedeutet aber auch zu fragen, welche Handlungsstrategien sie entwickelt haben, welche Sichtweisen sie auf Rechtsextremismus haben und welche Auseinandersetzungen sie mit diesen Themen führen. Diese vielfältigen Sichtweisen müssen in zivilgesellschaftliche Handlungsstrategien einbezogen werden, da (potentiell) Betroffene Teil der Zivilgesellschaft sind.

Für den Kontext der Beratungsarbeit gilt es zu fragen, welche Folgen eine Beratung für die Betroffenen hat. Selbstverständlich muss auch in der Beratungsarbeit gefragt werden, in welcher Weise sie Ungleichwertigkeitsideologien reproduziert und damit zu erneuter Viktimisierung beiträgt. Dies kann beispielsweise dadurch entstehen, dass Kultur als zentrale Differenzkategorie herangezogen wird, um Situationen zu interpretieren (vgl. Köbberling S. 196). Mit der nationalen Herkunft einer Person wird eine angebliche „kulturelle Differenz“ begründet, die dann unabhängig von anderen Faktoren, die zu der Situation geführt haben, als zentrale Erklärung herangezogen wird. Dabei wird eine Unterscheidung in „Wir“ und „die Anderen“ vorgenommen und soziale Benachteiligung verschleiert. Es wird vernachlässigt, dass „kulturelle Differenzen“ durch Prozesse der Benachteiligung erst entstehen.

Zu fragen ist dabei, wer die Situation aus welcher Position heraus interpretiert. Berater_innen befinden sich im Beratungssetting in einer dominanten Position. Sie unterscheiden sich von den Beratungsnehmer_innen durch ihren sozialen Status, Bildungshintergrund, ihre finanziellen Ressourcen. Der Rückgriff auf „kulturelle Differenz“ kann dabei eine entlastende Funktion haben. Auch den Berater_innen nicht bewusste rassistische, antisemitische und andere menschenfeindliche Stereotype können die Beratung beeinflussen. Daher ist in der Beratung eine kritische und selbstreflexive Haltung zu entwickeln.

⁵ Mit Viktimisierung meinen wir die mit Diskriminierungserfahrungen verbundene Opferwerdung und „die damit einhergehenden Schädigungen materieller, physischer und psychischer Art des Opfers und des sozialen Umfeldes“ (Hartmann: Qualifizierte Unterstützung von Menschen, die Opfer von Straf- und Gewalttaten wurden. Opferhilfe als professionalisiertes Handlungsfeld Sozialer Arbeit. In: Perspektiven professioneller Opferhilfe, Wiesbaden 2010, S. 9–36, S. 16)

Einige Gedanken zur „Auswahl“ der Akteure des Projekts „Hearing: Opferperspektiven“

Als Zielperspektive des Rechercheprojekts zur Perspektivverweiterung der Wahrnehmung von Rechtsextremismus in Hessen ergab sich bereits zu Projektbeginn das Anliegen, bei der Entwicklung von Handlungsstrategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus stärker – als bisher im Beratungsnetzwerk hessen üblich – von der Wahrnehmung und den Ideen aller Akteure ausgehen zu können, die damit konfrontiert sind. Ein Blick in die Liste der bisher im Beratungsnetzwerk vernetzten Akteure zeigt deutlich, dass die hier versammelten Institutionen, Vereine und Verbände nicht der Pluralität der Gesellschaft in Hessen entsprechen und hier Perspektiven fehlen. Bemerkenswert ist dabei, dass die fehlenden Perspektiven wiederum vielfach mit den Items der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit korrelieren und/oder dem Gefährdungspotential der Opferwerdung durch rechtsextremistisch motivierte Gewalt entsprechen.

Die Herausforderung für alle Projektbeteiligten bestand darin, wahrzunehmen und gewissermaßen „auszuhalten“, dass sich die Suche der potentiellen Akteure auch an dem Wissen um diskriminierende Praktiken und hierbei entwickelte Gruppenkonstruktionen orientierte und damit wiederum die Gefahr bestand, die Praxis, die Menschen zu „Anderen“ macht (das „Othering“), zu reproduzieren. Aus diesem Grund war es sehr wichtig, von Anfang an deutlich zu machen, dass es um eine Erweiterung der Perspektive, um Wahrnehmungen, Empfehlungen und eine (gemeinsame) Entwicklung von Handlungsoptionen geht und darum, die Ansprechpartner in ihrer Rolle als Vertreter einer Initiative oder Selbstorganisation, Vereins oder Verbands um ihre Expertise zu bitten.

Als sehr wichtig hat sich auch herausgestellt, die Gesprächspartner_innen vor allem als handelnde Akteure wahrzunehmen, und sie nicht auf die potentielle Betroffenheit zu reduzieren. Entsprechend ist der Begriff „Hearing Opferperspektive“ als Arbeitstitel zu begreifen und bedurfte unbedingt der Modifizierung⁶. Wie sich hier verdeutlicht, begreifen wir den Begriff Opferperspektive kritisch und befanden uns seit Beginn des Projekts in einem Dilemma. Zum Einen ging es um die Thematisierung bisher nicht wahrgenommener Perspektiven von potentiell von Rechtsextremismus Betroffenen, zum Anderen

wissen wir, dass die Rollen von Täter-Opfer-Zuschauer wechseln können (vgl. Eckmann 2006, S. 220) und dass somit Betroffene nicht auf einen Opferstatus reduziert werden dürfen. Der Begriff Opferperspektive wurde zu Recht auch von mehreren der von uns angesprochenen Personen und Interviewpartner_innen kritisiert. In einem Interview wird sehr deutlich, dass der Wunsch an die Mehrheitsgesellschaft darin besteht, „nicht für, sondern mit den Akteuren zu sprechen“. Es ist sehr wichtig, von möglicherweise sehr unterschiedlichen Bedürfnissen auszugehen und zu erkennen, dass es nicht die Opferperspektive gibt. Zentral ist dabei der Schutz und die Stärkung aller Akteur_innen, die in einer Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antihomosexualität und Antiziganismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stehen. Opferperspektive darf keine Zuschreibung von Außen sein, sondern muss von unterschiedlichen Akteur_innen eingebracht werden. In diesem Sinne geht es um die Bedürfnisermittlung zu Betroffenen im Kontext von Rechtsextremismus und die Erweiterung um fehlende Perspektiven durch zivilgesellschaftliche Akteur_innen.

Recherche und Auswahl der Ansprechpartner_innen für das Projekt „Hearing: Opferperspektiven“ erfolgte nach einem inklusiven Konzept. Die Fragestellung hat sich im Projektverlauf differenziert und präzisiert. Wurde anfangs explizit nur nach der Wahrnehmung und Betroffenheit in Bezug auf „Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ gefragt, geht es nun darum, von der Wahrnehmung und den Ideen aller Akteure auszugehen, die sich in einer zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antihomosexualität und Antiziganismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit befinden.

⁶ Entsprechend haben wir den Titel des Projekts dahingehend verändert, dass wir vor allem die Erweiterung der zivilgesellschaftlichen Perspektive auf das Phänomen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus, Islamfeindlichkeit und weitere Formen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit ins Zentrum der Betrachtung rücken möchten.

EINIGE ERLÄUTERUNGEN ZUM PROJEKTVERLAUF

Entstehung der Projektidee und Beauftragung durch das beratungsNetzwerk hessen

Den Anfang einer ersten, stärkeren öffentlichen Auseinandersetzung mit der Frage nach der Perspektiverweiterung bei der Entwicklung zivilgesellschaftlicher Handlungsoptionen im Umgang mit der extremen Rechten in Hessen machte eine Tagung, den die Bildungsstätte Anne Frank gemeinsam mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain, dem hessischen Jugendring und dem pädagogischen Zentrum des Fritz Bauer Instituts und des jüdischen Museums Frankfurt im Mai 2010 in Arnoldshain veranstaltete. Unter dem Titel „Opferperspektiven ernst nehmen: Impulse zur Entwicklung von zivilgesellschaftlichen Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus“ wurde der Versuch unternommen, die Perspektive potentiell von rechtsextremistischer, antisemitischer oder rassistischer Bedrohung ins Zentrum zu rücken und daraus Hinweise für die Strategien in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus zu gewinnen.

Die Landeskoordinierungsstelle des beratungsNetzwerkes hessen, die sich auch mit einem Beitrag an der Tagung in Arnoldshain beteiligte, griff die hier gesetzten Impulse auf und lud wiederum die Jugendbegegnungsstätte Anne Frank ein, die Fragestellung auf der Tagung – „...ermutigt, weiterzumachen“, zu thematisieren. Diese Tagung fand im September 2010 in Butzbach statt und diente der Bilanzierung der Arbeit des beratungsNetzwerkes hessen in den ersten drei Jahren seit seines Bestehens und sollte Anregungen für die Weiterarbeit ermöglichen. Im Rahmen eines „World Cafés“ konnte eine entsprechende These⁷ eingebracht, für eine täterfixierte Betrachtungsweise sensibilisiert und über die Notwendigkeit der Perspektiverweiterung in der Wahrnehmung von Rechtsextremismus diskutiert werden. Im weiteren Tagungsverlauf beschäftigten sich dann mehrere Teilnehmer_innen der Tagung im Rahmen eines „Open Space“

zur Weiterentwicklung des beratungsNetzwerkes hessen mit der Notwendigkeit der Perspektiverweiterung in der Beratungs- und der Netzwerkarbeit. So beschäftigte sich eine Gruppe mit der Frage: „Was bedeutet Opferorientierung?“ und entwickelte die Empfehlung, die Opferperspektive in der allgemeinen Beratung (stärker) mitzudenken und Wege für eine spezifische Opferberatung (beispielsweise durch Einrichtung einer Hotline) zu entwickeln. Die Überlegungen der Arbeitsgruppe, die sich unter dem Titel: „Aufnahme von mehr Gruppen aus dem Migrantenspektrum (Opfergruppen)“ zusammenfand, führte zu der Idee: „...ein Hearing zur gegenseitigen Information und Abklärung des Bedarfs und der Kooperation mit potentiell Betroffenen“⁸ zu initiieren.

Dabei diskutierte die Arbeitsgruppe die Bedeutung der Ansprache der zu gewinnenden Gesprächs- und ggf. auch Kooperationspartner_innen und kam zu dem Ergebnis, dass es wichtig ist, deutlich zu machen, dass das beratungsNetzwerk hessen eine Lücke erkannt und in einem dialogischen Prozess um eine Erweiterung der Perspektive bemüht ist. Darüber hinaus wurde die Idee entwickelt, dass nicht das Beratungsnetzwerk selbst, sondern eine Institution, die bereits Erfahrungen im Umgang und Einleiten dialogischer Prozesse hat, mit der Projektbegleitung beauftragt werden sollte. Bei der Sitzung des Beratungsnetzwerks am 09.12.2010 wurde beschlossen, Bedürfnisse und mögliches Engagement zivilgesellschaftlicher Akteur_innen, die die Interessen potentiell Betroffener vertreten, in einem Hearing kennen lernen zu können. Die Bildungsstätte Anne Frank übernahm daraufhin in Kooperation dem hessischen Jugendring die Umsetzung der neuen Projektidee „Hearing“.

⁷ Die These lautete: „Die Auseinandersetzung mit der Anschlussfähigkeit der in der sogenannten Mitte der Gesellschaft geführten Diskurse an rechtsextreme Ideologeme wird häufig durch eine täterfixierte Betrachtungsweise verstellt.“

⁸ Tagungsunterlagen zu: Wir gestalten gemeinsam das beratungsNetzwerk hessen 2.0. Open Space im Rahmen der Fachtagung des beratungsNetzwerks hessen am 24.10.2010

Subjektorientierte Herangehensweise: vom Erstgespräch über Hearing zum Beitrag in der vorliegenden Broschüre

Im Frühjahr 2011 begann die Kontaktaufnahme zu potentiellen Gesprächspartner_innen. Wesentlich erschien uns bei Recherche und Kommunikation eine subjektorientierte Herangehensweise. Dabei verstanden wir uns als Fragende und auch als Mittler des Anliegens des beratungsNetzwerkes hessen, die Perspektiven der Befragten, die die Akteur_innen des Projekts sind und sich auch als solche angesprochen fühlen sollten, kennen zu lernen. Die Gespräche sollten daher in einer entsprechend die Perspektive und die Bereitschaft der Befragten sehr wertschätzenden Atmosphäre geschehen. Die Anliegen und Bedürfnisse der Befragten standen dabei im Mittelpunkt. Wir erläuterten das Anliegen und zeigten von Anfang an verschiedene Wege auf, wie die Informationen und Anregungen der Gesprächspartner_innen aufgegriffen und dargestellt werden konnten. Nach einem ersten erläuternden Gespräch, in dem sich klären konnte, ob eine Beteiligung an dem Gesamtprojekt denkbar erschien, wurden zumeist etwa einstündige Interviews geführt. Diese folgten einem Leitfaden, wurden aufgenommen und transkribiert. Die Transkriptionen der Interviews wurden dann wiederum gemeinsam mit den Gesprächspartner_innen bearbeitet und in eine aktualisierte und ansprechend lesbare Form gebracht.

Viele der Projektpartner_innen beteiligten sich auch an dem Hearing, das die Bildungsstätte Anne Frank im Auftrag des beratungsNetzwerk hessen für dessen Mitglieder am 01.02.2012 in Frankfurt organisierte und moderierte. In einem ersten Teil bot sich die Gelegenheit, die Perspektive der Akteure kennen zu lernen. Dabei wurde über die Wahrnehmung von Alltagsrassismus sowie die Auswirkungen von institutioneller Diskriminierung (insbesondere im Kontext von Schule) berichtet, die Bedeutung medialer Aufbereitung und Reproduktion von Stereotypen dargestellt und die Notwendigkeit von Opferschutz in der Auseinandersetzung mit Akteuren der

extremen Rechten verdeutlicht. Im zweiten Teil konnte mit den Akteur_innen des Hearings die von ihnen eingebrachten Thesen im Rahmen eines „World Cafés“ diskutiert werden.

Am Hearing nahmen Vertreter_innen der folgenden Vereine, Verbände und Institutionen teil:

TuS Makkabi (jüdischer Sportverein Frankfurt), Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde in Frankfurt, DITIB – Türkisch islamische Union der Anstalt für Religion e.V., Landesverband Hessen, Landesverband der Sinti und Roma in Hessen, Alevitische Jugend Frankfurt e.V., Antifaschistische Bildungsinitiative, Agah – Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen- Landesausländerbeirat, Aktionsbündnis gegen Abschiebung Rhein/Main.

Außer den Akteur_innen kamen etwa dreißig weitere Personen zu der Veranstaltung. Neben der Landeskoordinierungsstelle des beratungsNetzwerkes hessen nahmen vor allem zivilgesellschaftliche Vertreter des Beratungsnetzwerks und Mitglieder von mobilen Interventionsteams zur mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Hessen teil. Vertreter_innen der im beratungsNetzwerk hessen vertretenen Ministerien waren nicht zu der Veranstaltung gekommen und ihr Fehlen wurde von den Akteuren bedauert.

Am Ende des Hearings wurden von den Gesprächspartner_innen Empfehlungen zur Weiterarbeit des beratungsNetzwerkes hessen ausgesprochen. Diese wurden in dem abschließenden Text dieser Broschüre aufgegriffen und um die Perspektive derjenigen erweitert, die als Interviewpartner_innen beteiligt, aber am Tag des Hearings verhindert waren.

Alle in dieser Publikation abgebildeten Fotos wurden während des Hearings „Opfer- und Betroffenenperspektiven“ am 1.02.2012 aufgenommen.

**Autorinnen: Tami Rickert, Christa Kaletsch
(Bildungsstätte Anne Frank e.V., Frankfurt am Main)**

Literatur

Borstel, Dierk (2011), Eng verbunden: Abwertung und Gewalt, in: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt (Hrsg.), 10 Jahre Mobile, Magdeburg, S. 24/25

Eckmann, Monique (2006), Rassismus und Antisemitismus als pädagogische Handlungsfelder, in: Fechner, Bernd/Kößler, Gottfried/Messerschmidt, Astrid/Schäuble, Barbara (Hg.): Neue Judenfeindschaft – Perspektiven für den pädagogischen Umgang mit dem globalisierten Antisemitismus, Frankfurt a.M., S. 210–232

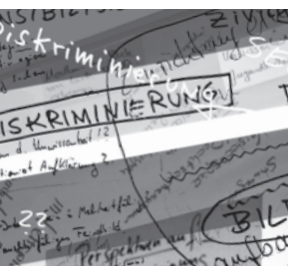
Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.) (2012), Deutsche Zustände, Folge 10, Berlin

Kalpaka, Anita (2009), Institutionelle Diskriminierung im Blick – Von der Notwendigkeit Ausblendungen und Verstrickungen in rassismuskritischer Bildungsarbeit zu thematisieren, in: Scharathow, Wiebke/Leiprecht, Rudolf, Rassismuskritik, Band 2, Schwalbach/Ts., S. 25–40

Köbberling, Gesa (2010), Rechte Gewalt – Beratung im interkulturellen Kontext, in: Perspektiven professioneller Opferhilfe, Wiesbaden, S. 189–205

ÜBERSICHT DER INTERVIEWS

1. **Sozialabteilung der jüdischen Gemeinde in Frankfurt am Main**
2. **Bund der Alevitischen Jugend in Hessen**
3. **Jugendliche ohne Grenzen (JOG)**
4. **Flüchtlingscafé Hanau**
5. **Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen**
– **Landesausländerbeirat (agah)**
6. **Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen**
7. **Türkisch Islamische Union der Anstalt für Religion e. V.,**
Landesverband Hessen (DITIB)
8. **TuS Makkabi Frankfurt 1965 e. V.**
9. **Antifaschistische Bildungsinitiative (Antifa-BI)**
10. **Lesben Informations- und Beratungszentrum (LIBS)**
11. **Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland (ISD)**



INTERVIEW: SOZIALABTEILUNG DER JÜDISCHEN GEMEINDE FRANKFURT AM MAIN

Dalia Wissgott-Moneta *Leiterin der Sozialabteilung*

Die Sozialabteilung der Jüdischen Gemeinde Frankfurt am Main ist ein allgemeiner, beratender Sozialdienst für Mitglieder der Jüdischen Gemeinde Frankfurt und ihre Angehörigen sowie für Juden in Not, die sich auf der Durchreise befinden. Schwerpunkt ist immer noch die psychosoziale, meist ambulante Betreuung von Überlebenden der Shoah, die Beratung von jüdischen Migranten und ihren Familien und die allgemeine psychosoziale Beratung. Alle jüdischen Institutionen, die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V. (ZWST) und die Deutsche jüdische Wohlfahrtspflege wurden während des Holocaust zerstört. Ihr Besitz wurde geraubt, ihre Mitarbeiter und Klienten wurden deportiert und ermordet, nur wenige konnten fliehen, noch weniger haben die Shoah überleben können. Die Neugründung der ZWST erfolgte im Jahr 1951 als Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland und gemeinsam mit den Jüdischen Gemeinden bestand die Arbeit darin, die Überlebenden aufzufangen und die schlimmste Not zu lindern, später auch Integrationshilfen zu geben.

Interviewerin Welchen Bezug, welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus ergeben sich für Sie in Ihrer Arbeit?

Befragte Berührungspunkte ergeben sich dahingehend, dass die Klienten, mit denen wir arbeiten – vor allem die alten Klienten und die Holocaustüberlebenden und die Zuwanderer aus der früheren Sowjetunion –, rechtsradikale Fälle und ähnliche Vorkommnisse sehr sensibel beobachten. Und dass sie dadurch auch sehr stark beeinträchtigt werden oder sich auch sehr stark damit auseinandersetzen. Das macht ihnen große Angst. Es kommt darauf an, was gerade wieder für eine gesellschaftliche Phase ist, welche Vorkommnisse gerade aktuell sind und wie viel davon wirklich auch öffentlich wird. Aber ganz sicher ist, dass wir in der Jüdischen Gemeinde, dass unsere Mitglieder und unsere Klienten eigentlich meist glauben, dass öffentlich viel weniger über rechtsradikale Vorkommnisse berichtet wird, als es tatsächlich der Fall ist.

Interviewerin Also das ist so die Wahrnehmung des Themas Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus. Kommt das in den Berichten Ihrer Klienten auch als ein Alltagserleben vor?

Befragte Es kommt häufig vor, dass sie davon berichten. Sie nehmen es eigentlich auch manches Mal fast als selbstverständlich hin, wenn es sich sozusagen um den alltäglichen Rassismus handelt. Sie haben ja gelernt damit umzugehen in ihrem gesamten Leben. Bei den Älteren ist es sehr unterschiedlich, wie sie darauf reagieren und hängt auch davon ab, in welcher Verfassung sie selber sind, wie jung sie sind, wie alt sie sind, was sie persönlich erlebt haben. Das ist durchaus unterschiedlich. Und man kann sich das auch nicht so vorstellen, dass jemand mit einem Schock und einem furchtbaren Ausbruch darauf reagiert und ganz entsetzt ist, sondern es gräbt sich tief in die verletzte Persönlichkeit ein, es ist fast integriert in das Alltagsleben. Das ist zum Teil so, dass Menschen, dass wir, wenn wir davon betroffen sind, zum Teil schon kaum mehr reagieren und dann nur mit Achselzucken. Aber wir reden jetzt nicht von wirklichen Angriffen auf Juden, weil ich glaube, dass Rechtsradikale und Juden – zumindest in Frankfurt – kaum zusammen kommen. Es sind völlig getrennte Szenen und wir haben sehr wenig miteinander zu tun. Sondern es geht eher um Alltagsvorkommnisse.

Interviewerin Jetzt haben Sie schon ein bisschen was dazu gesagt, welche Strategien von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde gewählt werden.

Befragte Das kommt – wie gesagt – darauf an, ob jemand jung oder alt ist. Ja, und auch wie gut oder wie schlecht es jemandem in dem Moment geht und wie gut er reagieren kann. Und wie man selbst wählt, wie man darauf reagieren möchte. Manchmal wählt man die Strategie, die Grenzverletzungen nicht zu beachten. Und manchmal eben auch sie genau zu benennen und sich zu wehren. In der Sozialabteilung reden wir dar-

über. Wenn dieser, nennen wir ihn Alltags- Rassismus uns begegnet, zum Beispiel in einem Setting mit einem Amt oder mit einer Fachperson, die nicht-jüdisch ist, falsche Töne auftauchen, wenn man uns mit Feindseligkeit begegnet, besprechen wir das schon häufig und wir sprechen über Strategien, wie wir damit umgehen und über Bewältigungsstrategien. Zum Beispiel geschieht häufig Folgendes, wenn wir sagen, dass wir Juden sind oder von der Jüdischen Gemeinde kommen. Dann wird entweder sofort über Israel gesprochen, oder jemand sagt, „Ja, aber Sie müssen doch Geld haben in der jüdischen Gemeinde. Die jüdische Gemeinde hat doch Geld.“. Wenn also diese ganzen Projektionen kommen, ist es so, dass man je nachdem reagiert oder nicht reagiert. Wenn man zum Beispiel in einem sehr starken Abhängigkeitsverhältnis zu der jeweiligen Behörde steht und etwas für einen Klienten oder ein Projekt erreichen will, würde man jetzt nicht schroff auf Feindseligkeiten reagieren, sondern eher diplomatisch damit umgehen. Es kommt dabei natürlich auf den Grad der Feindseligkeit an, denn wenn es zu arg ist, muss man reagieren. Häufig jedoch ist man so erschüttert, denkt in dem Moment, dass man nicht richtig gehört hat und kann es erst hinterher, wenn die Situation vorüber ist, in Worte fassen. Es gibt im Alltag immer wieder die kleinen Erlebnisse, die vergisst man ja häufig. Aber es gibt natürlich auch immer wieder markante Dinge, die man nicht vergisst und an die man sich immer erinnert und sie häufig als beispielhaft erzählt.

Interviewerin Sie haben jetzt eben auch von Institutionen gesprochen. Kann das praktisch in jeder Institution vorkommen? Sind davon insbesondere jüngere Gemeindemitglieder betroffen? Berichten die jüngeren Gemeindemitglieder von Erlebnissen in Vereinen, Schulen und so weiter?

Befragte Jüngere Gemeindemitglieder gehen meist eher in einen jüdischen Verein, weil sie einfach auch zusammen sein wollen. Interessant dabei ist, dass das ja immer „Ghettoisierung“ genannt wird. Dabei glaube ich, tut es jeder, dass er seine eigenen Freunde nach seinem Geschmack auswählt und mit den Menschen zusammen sein will, die er für sich ausgesucht hat. Das passiert auch in Kirchengemeinden. In den protestantischen und katholischen Gemeinden sieht man oft, dass Jugendgruppen zusammen sind. Und das würde keiner „Ghettoisierung“ nennen. Uns wird immer sehr gerne das zugeschrieben, was man uns angetan hat. Das drückt sich auch in der Sprache aus. Die jüdischen Kinder in Frankfurt, und nur über die kann ich reden,

die die Jüdische Schule verlassen, könnten dann in den nichtjüdischen Schulen schon eher mit Antisemitismus konfrontiert sein. Unsere Schule geht ja nur bis zur neunten Klasse. Dann sind die Jugendlichen allerdings auch schon groß und können auch schon eher damit umgehen. Das Problem ist nicht unbedingt, dass es antisemitische Äußerungen von Mitschülern gibt, sondern problematisch ist die Reaktion von vielen Lehrern, die entweder unmäßig entsetzt, aber gleichzeitig völlig paralysiert sind und nicht adäquat, nämlich aufklärerisch damit umgehen können, oder von Lehrern, die nicht reagieren oder schlimmstenfalls die Schuld bei den von Rassismus Betroffenen sehen. Es gibt auch Antisemitismus bei manchen Lehrern, die das politisch verbrämen. Zum Beispiel anlässlich des Libanon- Krieges 2006 und auch während des Gaza- Krieges 2009 wurden jüdische Schüler in den Klassen dazu aufgefordert, etwas dazu zu sagen. Die Stimmung in solchen Schulen war für sie sehr schwer zu ertragen. Es gab dazu Diskussionsabende in unserem Jugendzentrum und Veranstaltungen, um den Kindern zu helfen, sich dazu zu verhalten und sich zu wehren. Für die Kids war das zum Teil eine sehr schwere Zeit. Sie wollten nicht damit identifiziert sein und wollten ihre Identität dazu selbst finden. Sie waren dabei auch vom Rassismus von Schülern betroffen, die selbst Opfer der Vorurteile der deutschen nichtjüdischen Gesellschaft sind. Ich denke, dass es Kindern aus muslimischen Familien ähnlich geht. Sie versuchen, eine Identität für sich zu finden und stoßen häufig auf Vorurteile gegenüber Verhaltensweisen, mit denen sie nichts zu tun haben. Das schafft häufig eine falsche Identifikation mit Aktionsweisen, die man normalerweise ablehnen würde. Ich denke, dass alle Minderheiten, alle Menschen selbst bestimmen sollen, mit wem sie es zu tun haben wollen, an wem sie sich reiben, sich ausprobieren wollen, solange sie andere Menschen, Männer und Frauen nicht als minderwertig diskriminieren. Es gibt nichts daran auszusetzen, dass man in einer selbst ausgesuchten Gruppe eine Identität aufbauen kann, die stark genug ist, dass man sich an einer anderen, neueren Welt ausprobieren kann, wie es bei Migrantenfamilien der Fall ist. Deshalb sind viele Kinder von Migranten und viele Kinder aus Minderheiten so wach und fit. Sie müssen sich in mehreren Welten zurechtfinden und behaupten.

Bei den Älteren in der Jüdischen Gemeinde ist es eher so, dass sie sowieso sehr in ihrem eigenen Milieu leben, wenn sie nicht gerade berufstätig sind und sehr viel mit Nicht-Juden zusammengewesen sind und in der nicht-jüdischen Welt Freunde gewonnen haben.

Aber die Strategien der Shoah-Überlebenden zum Beispiel waren meist die, in einem jüdischen Milieu zu arbeiten oder selbständig zu sein, um nicht der nicht-jüdischen Welt unterworfen zu sein, um sich nicht zu sehr zu konfrontieren. Dies ist eigentlich auch vor der Shoah schon eine gut funktionierende Strategie gewesen, auch in der früheren Zeit, als es darum ging, in der Diaspora ein jüdisches Leben führen zu können. Man arbeitete zusammen, lebte räumlich nahe in bestimmten Stadtteilen, heiratete einander, die Frommen lernten Thora zusammen, man ging zusammen in die Synagoge und in die Jüdische Schule. Auch das wurde von Historikern gerne als Ghetto bezeichnet, auch wenn es freiwillig und nicht durch Unrechtsmaßnahmen verordnet war. Das Gleiche haben jedoch auch Protestanten und Katholiken in Enklaven getan, in denen sie in der Minderheit waren – ohne die diskriminierende Zuschreibung des Ghettos.

Interviewerin Ist Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus in Ihrer Gemeinde ein Thema?

Befragte Es ist immer ein Thema. Aber konkret kommt es immer darauf an, was gerade passiert. Es ist aber auch nicht so, dass die Gemeindemitglieder sich massenhaft aufmachen, um Rechtsextremismus zu bekämpfen, weil sie eben nicht finden, dass Rechtsextremismus ihr Problem ist, sondern von der Gesellschaft bekämpft werden soll, die das Phänomen produziert und leider auch häufig duldet.

Als vor zwanzig Jahren die Asylbewerberheime brannten, begann gerade die Zuwanderung von Juden aus der damaligen UdSSR nach Deutschland. Unsere neuen Gemeindemitglieder aus der ehemaligen Sowjetunion waren sehr erschrocken und verunsichert. Das hatten sie nicht erwartet. Sie waren sicher, so etwas würde in Deutschland nicht vorkommen, in einer Demokratie, nach allem, was passiert ist. Sie haben mich und auch sich selbst und auch in ihren Familien, in ihrem Freundeskreis, immer wieder gefragt: „Sind wir hier richtig? Sollen wir hier bleiben? Sollen wir wieder gehen? Unsere Eltern haben uns immer gewarnt, 'Geht nicht nach Deutschland', hatten sie vielleicht Recht?“. Das wurde damals sehr stark diskutiert. Man hat sehr wohl verstanden, dass diese Ausschreitungen einen eindeutigen rechtsradikalen Hintergrund haben, dass sie auch Juden treffen können und war darüber sehr erschrocken, wie wenig staatlicherseits dagegen getan wurde. Doch war die öffentliche Reaktion von Teilen der deutschen Bevölkerung auch erleichternd, die sich stark

davon abgewendet und sich gegen Rechts solidarisiert haben. Als unser Gemeindevorsitzender, Ignatz Bubis Seligen Angedenkens, damals die Stätten der Brandstiftung besuchte, haben die Mitglieder der Jüdischen Gemeinden sehr wohl verstanden, dass er sich damit eindeutig positioniert und sie auch schützt, indem er sich mit den Opfern der Ausschreitungen solidarisiert. Die jüngsten Ereignisse heute haben nur Kopfschütteln und Entsetzen hervorgerufen. Kopfschütteln, weil offenbar das Problem des Rechtsextremismus nicht ernst genommen worden ist und Entsetzen, weil alles darauf hindeutet, dass es womöglich doch eine Kollaboration von zuständigen Behörden mit den Verbrechern gegeben hat oder noch gibt, ganz nach dem Muster der Behörden, die eigentlich die alten Nazis jagen sollten, sie aber geschützt und informiert haben, so dass sie fliehen oder einfach unbehelligt in Deutschland leben konnten.

Interviewerin Wie nehmen Sie die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wahr?

Befragte Also ich finde es immer erleichternd, wenn über das Problem des Rechtsextremismus öffentlich geredet wird, wenn man sich öffentlich dagegen empört. Und dass es immer wieder Initiativen gegen Rechts gibt. Doch ist es für mich schwierig, dass einige Gruppen der so genannten „Antifas“ zum Teil ja nicht ganz gefeit sind vor Antisemitismus. Möglicherweise ist ihnen das selbst nicht bewusst. Oft geht diese Art des Antifaschismus einher mit einer befremdenden Feindseligkeit gegenüber Israel und den USA, die völlig undifferenziert und unreflektiert ist. Ich denke, dass da der Antifaschismus sozusagen der eigenen Entlastung dient, das heißt, man muss über seine eigenen Vorurteile nicht mehr nachdenken.

Dieses Verhalten hat für junge Juden, die sich vielleicht in Deutschland politisch engagieren möchten, etwas Abschreckendes. Es gibt aber auch großartige Initiativen gegen Rechtsradikalismus. Offenbar werden diese jedoch materiell ziemlich ausgetrocknet.

Was ich wahrnehme, ist, dass es in der Öffentlichkeit ein erschreckendes Unwissen über Rechtsradikalismus, über Nationalsozialismus und die Opfer des Nationalsozialismus gibt, über Juden, über Sinti und Roma und auch über die politische Opposition. Offenbar auch bei Lehrern. Es gab nach der Ausstrahlung eines harmlosen München-Tatorts, der im jüdischen Milieu spielte, einen Chat bei T-online, den ich zufällig verfolgt



habe. Alleine, dass es um Juden ging, hat den allergrößten Teil der „Chatter“ dazu veranlasst, die schlimmsten Dinge über Juden zu äußern oder zumindest darüber zu schreiben, dass der Tatort völlig langweilig und belanglos war und dass sie nicht über Juden belehrt werden möchten. Das war mir völlig unverständlich. Es muss hier einen Affekt geben, der sozusagen durch das bloße Zeigen eines Juden ausgelöst wird. Und es gibt zurzeit kaum etwas, das dagegen steuert, ohne mit einer falschen Betroffenheit zu reagieren oder mit furchtbaren Sanktionen und Geschrei. Hier sprechen keine militanten Rechtsradikale, sondern offenbar junge Menschen, die ein diffuses Unwohlsein verspüren, die glauben, dass man sie als schuldig stempelt und die überhaupt nichts wissen. Das löst offenbar sehr heftige Gefühle aus. Möglicherweise gibt es Untersuchungen über die Ursachen dieses Verhaltens, ich kenne keine. Ich kenne nur die Statistiken und die sind erschreckend. Ich würde anfangen, bei der möglichen Erziehung durch Großeltern zu suchen, bei der Ausbildung der Lehrer, bei dem, was Medien insinuierten.

Ich fand es selbst erschreckend, dass ich mich so unmäßig gefreut habe über das öffentliche Fernsehen, dass am Advent, als auch Channukah war, einfach und völlig unverkrampft über Channukah berichtet hat. Das haben wir in der Gemeinde auch alle sehr erfreut wahrgenommen und sehr positiv kommentiert. Aber andererseits: sollte das nicht normal sein?

Interviewerin Hätten Sie da Optimierungsvorschläge?

Befragte Ich selber? Also ich denke, wenn man aufhören würde immer zu sagen, wenn wir etwas gegen Rechts machen, müssen wir auch etwas gegen Links machen, wäre das schon ein großer Fortschritt. Das Eine hat mit dem Anderen überhaupt nichts zu tun. Es sind ganz sicher Strömungen, die in einer ähnlichen Zeit entstanden sind. Die Vermischung und Verquickung von Rechts und Links, eigentlich von Nazis und Kommunisten, bedeutet, dass man die beiden Historien weder sehen noch untersuchen und erst gar nicht verstehen will. Ich halte eine solche Herangehensweise für eine Art von Exkulpation des Nationalsozialismus. Und ich frage mich, warum müssen sich Leute exkulpieren, die keine Schuld tragen? Würde das bedeuten, dass Politik, wenn sie so etwas fordert, sich mit einer Seite, also der Rechten eher identifizieren kann und die Schuld für die Verbrechen, die Verbrechen selbst bei den anderen sucht?

Und das Andere glaube ich, was man wirklich unbedingt tun muss, ist aufklären, vor allem Jugendliche und Kinder. Am wichtigsten ist es, Kindern und Jugendlichen Empathie entgegenzubringen und ihre Empathie für andere zu wecken. Ich glaube, das ist ein gutes Rezept gegen Rechtsradikalismus jeglicher Form.

Diese jungen, teilweise ja auch schon älteren Rechtsradikalen sind ganz offensichtlich sozial völlig verwahrlost, auch wenn sie, wie man inzwischen sieht, wohl zunehmend aus der so genannten Mitte der Gesellschaft kommen. Es muss ja auch der Nährboden dafür

da sein und es wird dem offenbar in den Gegenden, die zentral von Rechtsradikalismus betroffen sind, weder in Schulen noch in anderen Institutionen der Kinder- und Jugenderziehung bewusst etwas entgegengestellt. Und die Taten werden als Jugendvandalismus geführt und bezeichnet und der Rechtsradikalismus wird nicht ernst genommen. Das ist ein Signal an Jugendliche, die Gewalterfahrung und Entgrenzung kennen, dass das nicht so ernst genommen wird, wenn sie aus Frust einfach auf jemanden draufhauen, der schwächer ist als sie.

Wie kann es sonst dazu kommen, dass mehr als dreizehn Jahre lang eine organisierte Mörderbande in der Bundesrepublik sich austoben kann, ähnlich wie einst ihre Großeltern es tun durften? Und wir leben doch in einem Rechtsstaat, der dazu da ist, die Schwachen zu schützen und nicht wie früher im Nationalsozialismus, sie zu vernichten?

Was ich aber besonders schwierig finde, ist diesen Alltagsrassismus, wenn Menschen auf andere herabschauen, sich Urteile anmaßen, weil sie denken, dass jemand „anders“ ist. Damit ist sehr schwer umzugehen, weil das jeden betrifft und das betrifft mich auch. Und ich weiß selber, wie viel harte Arbeit das ist, zu sagen: „Stopp. So geht's nicht.“ Sondern wirklich hinter seine eigenen Vorurteile zu gucken. Was sagt mir ein Kopftuch über einen Menschen aus? Wird diese Frau von ihrem Mann oder Vater unterdrückt und gezwungen oder ist das ihre Eigenheit, ihr Protest, ihre Mode, ihre Identifikation, ihr Sich-Wehren gegenüber Vorurteilen? Wie weit darf sich eine Gesellschaft ins Private einmischen? Wo ist die Grenze? Für mich ist sie bei den Menschenrechten und dazu gehören die Rechte der Frauen und Kinder ganz selbstverständlich. Das Recht auf Meinungsfreiheit, auf Religionsfreiheit, auf körperliche Unversehrtheit, das Recht auf Bildung, die Gleichbehandlung der Geschlechter.

Interviewerin Würde ich Sie falsch verstehen, wenn ich sagen würde, man müsste sich in der Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus auch damit beschäftigen, dass Rechtsextremismus die Diskurse in der Mitte der Gesellschaft mitbestimmen kann, dass es da auch Alltagsformen von Ausgrenzungen gibt und dass die zu wenig thematisiert werden?

Befragte Absolut. Alltagsformen von Ausgrenzung, Alltagsformen von Nichtwissen, wie reagiert man auf Unrecht. Ganz einfache Dinge. Das, was wir in einer

Schule erlebt haben, dass auf ein Kind, das als Jude beschimpft wurde, nicht mit Empathie reagiert wird, sondern dass ein Kind, das als Jude gehänselt wird – zum Schuldigen, zum Opfer gemacht wird und dass unsere Intervention als Jüdische Gemeinde als lästig und empörend empfunden wurde. „Doch nicht in unserer Schule!!“, das war die erste Reaktion. Die zweite Reaktion war es, auf die Beschwerde der Mutter mit Klageandrohung zu reagieren, weil die Mutter des Kindes ihre Beschwerde auch an andere Stellen geleitet hat. Und das hat sie nur getan, weil nicht auf sie und auf ihr Kind gehört wurde, nicht einmal auf den Nachhilfelehrer des Kindes, der dieses Unrecht sehr wohl gesehen und angeprangert hat und dann auch die Jüdische Gemeinde nicht gehört wurde. Alles wurde dem Kind selbst angelastet. Die starken Jungs, die den Jungen auch körperlich gequält haben, blieben unbehelligt. Aber über zwei Mädchen, die ihn als Juden gehänselt haben, wurde eine Klassenkonferenz abgehalten. Es ging in keiner Sekunde um Aufklärung, um den Versuch der Schule, mit den Kindern zu arbeiten, auch mit den Lehrern, an sich selbst zu arbeiten. Dahinter steckt eine Rechthaberei, als hätte man das nicht nötig. „Nein, bei uns gibt es keinen Antisemitismus“, so die Aussage des Schullektors. Ich habe ihn dann gefragt: „Warum eigentlich nicht und ausgerechnet bei Ihnen nicht?“ Warum kann man das nicht in Ruhe anschauen und dann darüber sprechen, was man dagegen tun kann? Das Schlimme dabei ist, dass die Vorfälle nicht ein Thema für einen Diskurs wurden und dass es nicht ein Thema für Kinder und Lehrer wird. Wie gehe ich damit um?

Warum kann man sich als Lehrer nicht einfach menschlich verhalten, mit den Kindern reden, mit Experten, die es ja gibt, ein Programm gegen Vorurteile entwickeln und ein Deeskalationstraining machen? Warum konnten sich manche, eben diese Lehrer, nicht mit dem beschimpften Kind identifizieren?

Wir leben in einer Gesellschaft, in der die Mehrheitsgesellschaft so tut, als ob sie nicht wüsste, was Migration ist und sich auch gar nicht damit auseinander setzen will, weil man glaubt, davon ist man nicht betroffen.

Interviewerin Dann würde ich noch den dritten Themenkomplex öffnen wollen. Haben Sie Ideen oder Vorstellungen dazu, was Menschen brauchen könnten, die von Rechtsextremismus, rassistischen, antisemitischen Angriffen betroffen sind?

Befragte Ganz klar: Solidarität. Und Schutz durch Nachbarn, durch die Bürgerschaft und natürlich durch Polizei und Justiz. Und vielleicht auch ein Training, wie sie sich verbal wehren und sich selbst schützen können. Und man kann nur lernen sich selber zu schützen, wenn der Schutz auch von außen kommt. Wenn diese Gesellschaft ganz klar sagt „No way!“ Es darf keine rechtsfreien Räume geben, nirgendwo.

Es ist erschreckend, dass es in Deutschland rechtsfreie Räume gibt, dass Menschen von Rechtsradikalismus bedroht und von Rechtsradikalen angegriffen und, wie man weiß, ermordet werden, ohne dass es eine klare Haltung der Staatsgewalt gibt. Dass es offenbar so ist, dass die Staatsgewalt häufig weggeschaut oder geduldet hat. Am Beispiel von Frankfurt, wo klar und deutlich und eindeutig gehandelt wurde und wird, kann man sehen, dass die Rechten keine wirkliche Chance haben. Das haben aber auch die Bürger mit bewirkt, die sich eindeutig gegen die Aufmärsche gewendet haben, zum Teil auch gegen die Polizei, die die rechtsradikalen Demonstranten schützen mussten. Ich möchte nicht, dass Frankfurt eine Nazifreie Enklave wird, sondern dass überall, in ganz Deutschland die Bürger in dem von der Politik abverlangten Engagement gegen Rechtsradikalismus die notwendige Unterstützung bekommen. Und dass die Staatsgewalt den Rechtsradikalismus bekämpft, nicht nur mit Worten, sondern auch mit klaren und eindeutigen Handlungen. Das würde bedeuten, dass Rechtsradikalismus, Rassismus und rassistische und rechtsradikale Gewalttaten auch als solche erkannt und verfolgt und nicht, wie gehabt, als Bagatellen, Beziehungstaten und hormonelle Fehlsteuerungen von betrunkenen Jugendlichen abgetan werden.



INTERVIEW: ALEVITISCHE JUGEND FRANKFURT

Yilmaz Can Vorsitzender der Alevitischen Jugend Frankfurt

Die Alevitische Jugend Frankfurt e.V. (kurz: AJF) ist die selbständige Jugendorganisation der Alevitischen Gemeinde Frankfurt e.V. Die AJF besteht seit ca. 12 Jahren und spricht in Frankfurt bis zu 200 junge Alevitinnen und Aleviten im Alter von 0 und 27 Jahren an. Der Verein setzt sich für den Erhalt der humanistischen alevitischen Kultur ein und fördert die alevitische Lehre. Inhaltlich werden Themen wie z. B. Jugendpolitik, Umweltpolitik, berufliche Perspektiven, Integrationspolitik, Diskriminierung jeder Art sowie Aufklärung in den Bereichen Kriminalität und Drogen behandelt. Insbesondere auf die überparteiliche politische und kulturelle Sensibilisierung der organisierten Jugendlichen hat die Alevitische Jugend Frankfurt e.V. ein Augenmerk gelegt.

Die AJF ist Mitglied des BDAJ-Hessen. Dieser ist der eigenständige Dachverband der Jugendgruppen der Alevitischen Gemeinden und Kulturzentren in Hessen und Umland und zugleich Regionalverband des Bundes der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland e.V. (BDAJ). Insgesamt spricht der BDAJ deutschlandweit etwa 33.000 Menschen im Alter zwischen 0 und 27 Jahren an. In Hessen sind es 4.500 Personen.

Interviewerin Welchen Bezug und welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus ergeben sich in Ihrer Verbandsarbeit? Welche Bezugspunkte haben Sie zu dem Thema Rechtsextremismus, Rassismus?

Befragter Also es gibt einige Jugendliche, die Erfahrung mit Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland gemacht haben. Natürlich werden diese Erfahrungen im Verband auch angesprochen. Es gibt Jugendliche, die eine rechtsextreme Neigung zeigen. Dabei handelt es sich aber weniger um Anschläge an die deutschen rechtsextremen Szenen, sondern vielmehr um Bezüge zum türkischen Rechtsextremismus, der auch in Hessen Anstrengungen unternimmt, gezielt zu Jugendlichen mit türkischem, aber auch mit alevitischem, armenischem, sogar kurdischem Hintergrund Kontakt zu suchen und auf sich und ihre Angebote aufmerksam machen. Mit solchen Schwierigkeiten haben wir in unserem Verband wirklich zu tun.

Interviewerin Begegnen Ihnen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus in Ihrem Alltag?

Befragter Antisemitismus in dem Sinne ja, dass „Jude“ als Schimpfwort verwendet wird. Und ich nehme da Gewöhnungseffekte wahr und denke, dass es wichtig ist, dies zu problematisieren. Wir versuchen über das Judentum, die Religion, die Geschichte aufzuklären. Und das die genau wie die Aleviten sehr viel mitgemacht haben in ihrer Geschichte. Wir versuchen darüber den Jugendlichen klar zu machen, dass man ein bisschen aufpassen sollte, was man da von sich gibt. Definitiv.

Interviewerin In Bezug auf andere Themenbereiche. Begegnen Ihnen Rechtsextremismus, Rassismus in Ihrem Alltag?

Befragter Also versteckter Rassismus auf jeden Fall. Zum Beispiel wenn ich im öffentlichen Dienst arbeite und wenn ein Kollege zu mir kommt und sagt, ich soll doch das Haus verlassen, weil das Gebäude geschlossen ist. Das heißt, er denkt, ich bin auch Bezieher von Sozialleistungen, obwohl ich ein Kollege bin. Auf jeden Fall kommt es vor. Ich habe bisher nur einmal – nein zweimal – Gewalt erlebt. Da war ich noch jünger und da war ich dabei, als Rechtsextremisten meinen Freunden wehgetan haben. Aber meine persönliche Meinung ist: wir sind auf einem guten Weg. Auf jeden Fall. Wenn so etwas passiert, versuchen wir mit den Jugendlichen darüber zu sprechen und versuchen sie dazu zu bewegen, dieses negative Erlebnis nicht gleich auf die komplette Gesellschaft zu übertragen. Es kommt schon vor, dass es zu generalisierenden Aussprüchen wie: „Alle Deutschen sind Nazis“ oder Sonstiges kommt. Und das ist auch rassistisch. Man kann nicht ein Volk über einen Kamm scheren. Also es gibt Vorfälle. Im Verband versuchen wir es mit persönlichen Gesprächen das irgendwie aufzuklären.

Interviewerin Ist Ihnen etwas darüber bekannt, welche Handlungsstrategien Menschen, die so etwas erleben, entwickelt haben?

Befragter Also wenn wir im Verband etwas mitkriegen, dann versuchen wir definitiv dagegen vorzugehen. Um das an einem Beispiel zu verdeutlichen: als wir mitbekommen haben, dass einige Jugendliche rechtsextreme Neigungen zeigen, haben wir uns mit einem Beratungsnetzwerk in Verbindung gesetzt, und dann haben wir eine Infoveranstaltung in Kooperation mit der Bildungsstätte Anne Frank durchgeführt, bei der auch Kemal Bozay über den türkischen Rechtsextremismus informierte. Unsere Erfahrung ist: man muss einfach etwas tun, mit Reden allein klappt das nicht. Man muss auch deutlich zeigen, was falsch ist. Es ist wichtig, in eine Auseinandersetzung mit den Jugendlichen über ihre Positionen zu gehen und auch deutlich zu machen, wenn man etwas falsch findet, was sie denken. Zum Beispiel wenn sie sagen: „Scheiß Deutscher.“ – „Hallo?! Du bist in Deutschland geboren, Du bist hier aufgewachsen, Du bist ein Teil dieser Gesellschaft. Das ist ‚No-Go!‘“

Da wir ein ehrenamtlicher Verein sind, können wir nicht so hochprofessionell auf solche Sachen reagieren, sondern müssen irgendwie mehr Spontaneität in die Sache mit einbringen. Aber es klappt auf jeden Fall. Es klappt. Mit Hilfe von außen klappt das.

Interviewerin Gibt es in dem Verband eine Auseinandersetzung mit dem Thema? Und wie sieht die aus?

Befragter Wenn wir alle zusammenkommen, ergeben sich häufig Themen. Wenn die Auseinandersetzungen in der Türkei sich zuspitzen und wenn in den Nachrichten irgendetwas ist: zum Beispiel letztens waren wieder sehr viele Tote in dem Konflikt Türken gegen Kurden, dann kann es sein, dass dann eine nationalistische Welle hochkocht – auf beiden Seiten. Wir versuchen dann irgendwie die Balance, die Freundschaften im Verein zu halten. Wenn wir natürlich nichts davon wissen, können wir nichts dagegen tun. Aber wenn wir etwas mitkriegen, dann werden wir auf jeden Fall aktiv und nehmen das Gespräch auf. Wir versuchen das immer irgendwie sehr zeitnah zu klären. Und wenn es klappt, dann klappt es. Wenn es nicht klappt, dann versuchen wir auf irgendeine andere Art und Weise den Sachverhalt zu klären.

Interviewerin Alltagsrassismus – Sie hatten einige Aspekte davon zu Beginn des Gesprächs erwähnt – ist das auch manchmal Thema in Ihrem Verband? Berichten

Mitglieder Ihres Verbandes von Erlebnissen, u. a. auch in Institutionen beispielsweise von Erlebnissen in der Schule oder so?

Befragter Es ist ein Thema. Einige unserer älteren Mitglieder erleben unangenehme Situationen mit Behörden, häufig im Kontext mit dem Bezug von Sozialleistungen. Manchmal machen sie bei Treffen im Verband ihrem Ärger Luft und da kommt es auch zu Aussprüchen wie „Das sind alles Nazis.“, „Die mögen mich nicht, weil ich schwarze Haare habe.“ oder so... Wir versuchen ihnen einfach klar zu machen, dass sie nicht die Einzigen sind, die solche Leistungen beziehen, und ihnen ein bisschen Empathie für die Mitarbeiter der Behörden zu vermitteln. Die Beschäftigung mit alltagsrassistischen Situationen ist insgesamt sehr schwierig. Unsere Mitglieder geben sich nicht gerne die Blöße. Manche denken vielleicht, sie wären nicht männlich genug, wenn sie Probleme mit Rassismus im Verein ansprechen würden. Aber wenn sie nicht darüber sprechen, dann können wir ihnen nicht helfen, dann können wir nichts dagegen tun. Auseinandersetzung mit Rassismus? Davon habe ich nur sehr, sehr wenig mitgekriegt bei uns im Verein. Auch von den Jugendlichen her ist es eher selten. Wenn die etwas erzählen, berichten sie weniger von irgendwelchen großartigen Gewalttaten, sondern eher über niedrigschwelligen Rassismus. Es geht dann mehr um subtile Formen: komische Andeutungen, die gemacht werden, Vorurteile, die geäußert werden, eher solche Sachen. Wir versuchen sie dann durch Gespräche zu unterstützen. Meistens versuchen wir einfach die Jugendlichen irgendwie zu beruhigen und zu sagen: „Hier. Nimm es Dir nicht so zu Herzen.“ oder so...

Interviewerin Das heißt, eine Handlungsstrategie ist, die Vorfälle zu besprechen. Versuchen Sie dann am Thema dran und im Gespräch zu bleiben?

Befragter Ja, auch präventiv. Wir veranstalten z. B. Filmabende. Und in diesem Kontext haben wir zum Beispiel einen Film über Alltagsrassismus in den USA geschaut und darüber diskutiert und festgestellt, dass so was überall passieren kann. Das sind so kleine Beiträge zu politischer Bildung und die ist bei uns in der Verbandsarbeit sehr, sehr wichtig.

Interviewerin Dann kommen wir jetzt zu dem zweiten Fragenkomplex: Wie nehmen Sie die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus wahr?

Befragter Mein Eindruck ist: Deutschland entwickelt sich mehr und mehr zu einem sehr apolitischen Land. Ich würde sagen, die Gesellschaft in Deutschland ist wirklich nicht mehr so politisch aktiv wie in den sechziger, siebziger und achtziger Jahren. Das merken wir auch bei uns: also auch bei unseren Jugendlichen im Verband. Es gibt nur sehr wenige Akteure, die sich dem Rechtsextremismus in den Weg stellen.

Die Bundesregierung gibt diesbezüglich auch kein gutes Beispiel ab, wenn sie zum Beispiel Projekte gegen den Rechtsextremismus aus Kostengründen einstellt, obwohl das gar nicht so viel Geld ist, was man dadurch einspart. Da wird m. E. an der falschen Stelle gespart. Wenn wir mit Jugendlichen sprechen, merken wir, die haben gar keine Ahnung, um was es da geht, was Rechtsextremismus ist, was Antisemitismus ist.

Also uns fällt es wirklich auf, dass die Menschen in Deutschland nicht mehr so wie früher gegen den Rechtsextremismus sind. Also Dresden, das war mal ein sehr gutes Gegenbeispiel, da sind viele Menschen auf die Straße gegangen. Der Großteil der Menschen in Deutschland ist nicht mehr so politisch aktiv – auch gegen Rechts – wie es früher einmal war.

Interviewerin Haben Sie Vorschläge, wie man das irgendwie verändern könnte?

Befragter Es muss von der Basis anfangen. Also von unten nach oben. Auf jeden Fall. Politische Bildung müsste wahrscheinlich auch in der Schule mehr angesprochen werden und auf eine andere Art und Weise. Ich denke mal, die meisten Jugendlichen langweilen sich in der Schule. Und sagen: „Immer das gleiche Thema, immer das gleiche Thema.“ Da müssen mehr Projekte, andere Vorgehensweisen gefunden werden, damit die Jugendlichen Interesse an diesen Themen entwickeln können, u. a. auch in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (NS). Es ist wichtig, dass das Thema auch nicht in Vergessenheit gerät, was der Rechtsextremismus, was der Faschismus alles bringen kann.

Interviewerin Dann kommen wir jetzt zum dritten Fragenkomplex: Gibt es Ideen oder Vorstellungen dazu, was diejenigen brauchen könnten, die von Rechtsextremismus, von Rassismus betroffen sind? Menschen, die beispielsweise von Übergriffen, von Angriffen betroffen sind. Gibt es da Vorstellungen, was die Betroffenen brauchen könnten?

Befragter Erst einmal Schutz. Ein ganz großes Thema in diesem Zusammenhang ist Schutz. Und des Weiteren

jemanden, der zuhört und auch wirklich die Ängste, die nach so einem Angriff zu Tage treten, ernst nimmt. Eine psychologische Betreuung, eine ärztliche Betreuung. Damit die Leute einfach mit diesem Angriff fertig werden. Und dann sollte man den Opfern nahe bringen, dass nicht jeder – zum Beispiel jeder Deutsche – ein Rechtsextremist ist. Dass die nur eine Minderheit in diesem Land sind. Es gibt leider sehr, sehr viele Fälle, wo diese Unterstützung, wo Schutz und Solidarisierung ausbleiben. Kürzlich habe ich einen Bericht über einen afro-deutschen Abgeordneten in einem der neuen Bundesländer gelesen, der da gar keine Rücken- deckung von der Politik erhalten hat, und der dann vom Osten in den Westen umgezogen ist. Das ist sehr, sehr schade, wenn Leute Courage und Mut zeigen, aber darin nicht unterstützt werden. Aber Menschen, die rassistischen Übergriffen ausgesetzt sind, benötigen unbedingt Unterstützung. Und natürlich im Gegensatz dazu müssen die Täter noch mehr überwacht werden. Es wäre gut, wenn die Zivilgesellschaft einfach zeigt: „Okay, Du machst einen von unseren Leuten an. Und das ist ein ‚No-Go‘. Das lassen wir nicht zu! Und wir lassen den nicht im Stich.“ Aber diese klare Haltung gibt es leider nicht mehr. Leider!

Was ich eine gute Idee finde, dass sind die Stolpersteine, die vor den Häusern oder vor anderen Objekten, Gebäuden verlegt werden, und an Menschen, die im NS verfolgt und ermordet wurden, erinnern. Das ist auf jeden Fall sehr, sehr wichtig, dass die Erinnerung wach bleibt, dass es erstens einmal in Deutschland eine sehr große jüdische Gemeinde gab, und dass durch den Faschismus, Rechtsextremismus diese große Gemeinde fast zerstört wurde. Das kann man auch als eine Warnung verstehen, dass so etwas nie wieder passiert.

Interviewerin Wenn ich das richtig verstehe, haben Sie über Räume gesprochen, in denen Solidarität fehlt und die Rechtsextremen die Deutungshoheit über das Klima des Zusammenlebens haben. Wie erleben Sie dies in Hessen? Nehmen Sie auch hier Räume wahr, in denen zivilgesellschaftlicher Beistand fehlt?

Befragter Also ich denke schon, dass es Räume gibt. Ich finde es sehr schade, dass es diese Räume gibt. Und die Faschisten sagen ja: „Kampf um die Straße. Kampf um die Köpfe.“ Das machen die auch so. Aber die sind eine Minderheit. Die Faschisten, Rechtsextremisten sind in Deutschland eine Minderheit. Und ich kann nicht nachvollziehen, dass eine Minderheit es schafft, wirklich die Straßen für sich zu gewinnen, obwohl die Mehrheit nicht so denkt. Und deswegen finde ich so etwas wie in



Dresden – da konnten die Faschisten nicht laufen – ein sehr wichtiges Zeichen. Ein weiteres Zeichen zum Beispiel war, als dieser Asylsuchende im Osten Deutschlands umgebracht worden ist von Rechtsextremisten und dann haben Xavier Naidoo, die Söhne Mannheims und andere Musiker ein Lied für die Opfer, für ihn und für alle Opfer von Rechtsextremismus gemacht. Und das ist ein Zeichen. Aber diese Zeichen sollten nicht nur im großen Stil, sondern müssen auch im kleinen Stil kommen. Wenn zum Beispiel, wenn die Zivilgesellschaft weiß, dass jemand bedroht wird wegen seiner Hautfarbe, wegen seiner politischen Einstellung, dann sollten sie auch zu dem Betroffenen stehen und das Opfer beschützen.

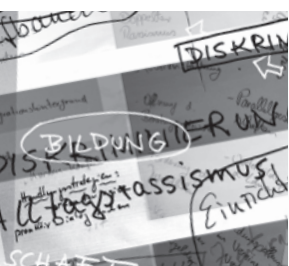
Interviewerin Und Sie würden auf jeden Fall sagen, dass die Zivilgesellschaft das noch nicht in ausreichendem Maße tut?

Befragter Nein. Eher so mal so. Die Zivilgesellschaft wirkt auf dem rechten Auge blind. Weil – es ist schon klar – rechtsextreme Positionen, die ganzen Vorurteile sind ziemlich nah in der Mitte von Deutschland angekommen. Das sieht man einfach an der NPD. Früher war das ein No-Go, dass die überhaupt in den Landtag rein kommen. Jetzt sind die in Landtagen vertreten, ich weiß nicht in wie vielen? Das ist einfach ein Versäumnis der Politik. Aber auch eine Schuld von jedem einzelnen Menschen, das so zugelassen zu haben, dass die Rechtsextremisten sich so weit überhaupt vortrauen konnten. Und das muss wieder rückgängig gemacht werden. Derzeit erleben wir aber eine Zunahme, einen

Gewöhnungsprozess an die Verwendung von Schimpfwörtern, die schon mal klar markiert und als diskriminierend verstanden und entsprechend behandelt wurden. Zum Beispiel sagt man plötzlich nicht mehr „Sinti und Roma“ und verwendet wieder das Wort „Zigeuner“. Ist das etwa kein Schimpfwort mehr? Früher war das ein Schimpfwort. Aber jetzt sagt man zu Sinti und Roma nur noch „Zigeuner“. Oder zum Beispiel, wie ich vorhin erwähnt habe, dass die Jugendlichen sich untereinander „Jude“ nennen – also mit einer negativen Bedeutung, und dass das etwas Selbstverständliches geworden ist... Ich denke, wenn man von Anfang an dagegen vorgegangen wäre, wäre es nicht so weit gekommen.

Interviewerin Sind die bisherigen Angebote ausreichend?

Befragter Also in Deutschland auf jeden Fall. Es gibt Angebote. Zum Beispiel wie die Jugendbegegnungsstätte Anne Frank. Es wissen nur nicht sehr viele, dass es diese Angebote gibt. Ich zum Beispiel habe den Flyer über das Beratungsnetzwerk Hessen irgendwie in die Hände bekommen. Und als dann dieser Sachverhalt aufkam mit diesen Jugendlichen, die diese rechtsextreme Neigung hatten, dann habe ich einfach dorthin mal eine Email geschrieben. Aber hätte ich jetzt diesen Flyer nicht zufällig gehabt, dann müsste ich mich erst einmal darum kümmern, im Internet nachforschen und so weiter und so fort. Also es gibt Angebote, aber die Angebote sind nicht so publik. Die Informationen, die Werbung für die Angebote müsste besser werden.



INTERVIEW: JOG – JUGENDLICHE OHNE GRENZEN

Jugendliche ohne Grenzen (JOG) ist eine Initiative, die 2005 von geduldeten Flüchtlingen, die von der Abschiebung bedroht waren, in Berlin gegründet wurde. Wir jugendliche Flüchtlinge haben selbst die Initiative ergriffen und werden weiterhin für uns selbst sprechen und brauchen keine stellvertretende Politik. Wir können am besten beschreiben, was genau wir wollen, wie es uns in Deutschland geht und mit welchen Problemen und Schwierigkeiten, die uns von der Politik in den Weg gelegt werden, wir zu kämpfen haben. Eine JOG-Gruppe gibt es in fast jedem Bundesland, wo wir auch lokal Veranstaltungen wie z.B. Seminare, Aktionen an Schulen, Universitäten usw. durchführen, da viele geduldete Jugendliche aufgrund der eingeschränkten Bewegungsfreiheit den Bereich des Landkreises nicht verlassen dürfen. Wir veranstalten jährlich parallel zur Innenministerkonferenz eine „Jugendliche-Ohne-Grenzen-Konferenz“, bei der wir unsere Forderungen an die Innenminister und die Politik stellen. Außerdem veranstalten wir zusammen mit unseren Kooperationspartnern eine Pressekonferenz und tragen unsere Forderungen und Belange der Öffentlichkeit vor.

Interviewerin Welchen Bezug und welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus ergeben sich bei Euch in der Arbeit?

BefragteR Bei uns in der Arbeit? Ich würde vielleicht zu unseren Forderungen kurz etwas sagen. Und zwar haben wir auch bei unseren Anforderungen Rassismus und Rechtsextremismus mit dabei, weil wir das im Alltag erleben und wir das auch in den Gesetzen haben. Und wir kämpfen dafür, dass diese Gesetze geändert werden. Wir wollen, dass die Sonderregelungen, die im Ausländerrecht vorkommen, abgeschafft werden. Die Gesetze müssen verbessert oder auch manches abgeschafft werden, so dass keine Diskriminierung im Bereich Bildung, Arbeit, medizinische Versorgung usw. vorkommt.

Interviewerin Das heißt also, diese Bezüge seht Ihr oder siehst Du? Eine weitere Frage wäre noch, an welchen

Stellen begegnet Euch Rassismus oder Rechtsextremismus im Alltag? Gibt es Beispiele?

BefragteR Im täglichen Leben begegnet uns das beim Busfahren oder mit Nachbarn oder auf der Ausländerbehörde. Also das hat man eigentlich im Alltag ganz oft. Und es ist mit der Zeit so geworden, dass man einige Sachen nicht mehr so beachtet. Das sind rassistische Erfahrungen. Aber das sind für uns Dinge, die so oft vorkommen. Das beachtet man eigentlich nicht mehr, obwohl das im Grunde rassistisch ist. Wir waren neulich auf einer Tagung oder hatten ein Vernetzungstreffen in Herrsching am Ammersee. Wir sind in einer Begegnungsstätte untergekommen. Die meisten, die in der Gruppe dabei waren, waren Moslems und hatten für Moslems Essen bestellt. Und da gab es dann Schilder, auf denen stand, was was ist. Nur bei Putengulasch stand „Moslems“ drauf. Das sind so Sachen. Keiner hat irgendwie reagiert. Eigentlich ist es reiner Rassismus, weil ich meine, man kann auch „Putengulasch“ zum Essen schreiben anstatt „Moslems“. Es gab Schweinefleisch, es gab vegetarisches Essen, nur bei Putengulasch stand „Moslems“ drauf. Also ich meine, dass es heutzutage noch so etwas gibt, ist schon ein bisschen komisch. Dass es bei den Leuten noch nicht angekommen ist, dass man irgendwie nur „Putengulasch“ schreiben kann, ohne da jetzt eine Religion zu nennen. Das war einerseits ein bisschen lustig und andererseits auch schon rassistisch für uns. Das war das neueste Erlebnis, was wir in JOG sozusagen gemeinsam hatten.

Interviewerin Gibt es noch weitere Erfahrungen mit Formen von Rassismus oder auch mit Rechtsextremismus?

BefragteR Ja. Wir hatten JOGler aus Mecklenburg-Vorpommern, die auf der Straße von Rechtsextremisten angemacht worden sind, wo es auch zum Streit kam. Wir beschäftigen uns mit institutionellem Rassismus und setzen uns dagegen ein. Wir kämpfen gegen

Sonderregelungen, die wir als rassistisch und menschenunwürdig sehen, gegen die Lagerunterbringung, gegen Residenzpflicht (wo die Bewegungsfreiheit eingeschränkt wird) und gegen das Gutscheinsystem und sagen, dass das Asylbewerberleistungsgesetz abgeschafft werden muss.

Zum Beispiel auch bei der Ausländerbehörde, dass die Sachbearbeiter sich einfach nicht mehr normal verhalten. Also es gibt Fälle – Einzelfälle –, wo es im aufenthaltsrechtlichen Bereich ganz schwierig ist, und wo sich Sachbearbeiter einfach nicht mehr so verhalten, wie sie sich verhalten sollen. Also normal könnte man die Gesetze und so weiter nennen, so dass sie sich nach Gesetzen richten. Wenn man auf die Ausländerbehörde geht und wenn sie zum Beispiel sagen, „Ihr gehört nicht hierher, ihr müsst weg“, „Ihr kriegt keinen Aufenthalt“ und „Ihr habt keine Rechte.“ Es gibt ganz viele Einzelfälle, wo so etwas von Behördensachbearbeitern gesagt worden ist. Das ist auch so eine Sache. Wir haben Leute, die einmal im Monat zur Ausländerbehörde gehen oder einmal in der Woche gehen müssen, um ihren Aufenthalt oder ihre Duldung zu verlängern. Und das passiert oft.

Interviewerin Ist Dir etwas darüber bekannt, welche Handlungsstrategien die Mitglieder von JOG wählen, um mit diesen Erfahrungen umzugehen?

BefragteR Eine Handlungsstrategie ist Öffentlichkeitsarbeit: Wir gehen in die Öffentlichkeit, wir machen Presseklärungen und schreiben über moderne Kommunikationsmittel wie Facebook, schreiben das da rein und andere Leute können sich dazu äußern. JOG hat ca. 5.000 Freunde sozusagen und dann wird es für ein paar Tage ein Thema und dann diskutieren die Leute darüber. Warum passiert so etwas? Wieso und weshalb? Wir versuchen aufzuklären, dass die Leute darüber sprechen und diskutieren.

Interviewerin Gibt es noch andere Handlungsmöglichkeiten, die Dir noch einfallen? Oder hat sich noch etwas anderes entwickelt bei Euch an Umgangsstrategien oder als Reaktionen auf so etwas?

BefragteR Nein.

Interviewerin Finden darüber Gespräche statt – also nicht nur über Facebook?

BefragteR Bei Konferenzen haben wir oft Workshops dazu.

Interviewerin Und gibt es da auch eine Auseinandersetzung zu Rechtsextremismus?

BefragteR Ja. Das kann man sagen, auf jeden Fall. Es gibt zwei Arten von Rechtsextremismus beziehungsweise Rassismus. Also der alltägliche Rassismus, den man oft erlebt und manches nicht mehr beachtet oder nicht mehr reagiert. Und dann dieser systematische Rassismus. Wir unterhalten uns öfter über diesen institutionellen Rassismus, der in den Gesetzen drinsteckt. Wie kann man so etwas ändern oder was sind unsere Forderungen, dass sich so etwas ändert.

Interviewerin Verstehe ich das richtig: Es gibt verschiedene Facetten, die anstrengende oder schwierige oder bedrohliche Situationen hervorrufen können. Da gibt es den Rechtsextremismus, da gibt es den Alltagsrassismus und da gibt es diese systematischen Formen von Rassismus. Mit diesen verschiedenen Facetten beschäftigen sich die Mitglieder Eures Vereins, aber sie sind für Euch im Alltagserleben unterschiedlich wichtig. Ist das richtig?

BefragteR JOG ist kein Verein und wir sehen uns auch nicht so oft, weil wir nur eine Selbstorganisation sind, die alle ehrenamtlich versuchen irgendetwas zu machen. Deswegen ist es schwierig zu sagen, wir beschäftigen uns mit dem Thema und zwar regelmäßig. Das ist nicht so. Wir versuchen vielmehr ein paar Mal im Jahr zusammenzukommen und uns mit den verschiedensten Themen zu beschäftigen.

Natürlich ist es bei allen Themen so, dass sie für die Menschen unterschiedlich wichtig sind. Jugendliche, die bei JOG aktiv sind, haben mehr mit institutionellem Rassismus zu tun. Sie bekommen Gutscheine, sie bekommen Ausbildungsverbote, sie dürfen ihren Landkreis nicht verlassen, dürfen nicht studieren, haben nicht die gleichen Rechte. So wie es in der UN-Kinderrechtskonvention steht, dass „alle Kinder gleichen Rechte haben sollen“, ist es hier nicht. Flüchtlingskinder und Jugendliche sind sehr benachteiligt, weil das vom Gesetzgeber gewollt ist. Das ist auf jeden Fall wichtig und richtig, wie Du sagst, dass das für die einzelne Person unterschiedlich ist, ob es viel Bedeutung hat oder ob man sich sehr damit beschäftigt oder eher weniger. Es kommt darauf an, wie man betroffen ist.

Interviewerin Wenn Ihr Euch trifft, dann ist auf jeden Fall struktureller, systematischer Rassismus immer ein Thema, stimmt das?

BefragteR Ich kann das, glaube ich, nicht so richtig trennen. Beim alltäglichen Rassismus versuchen wir irgendwie in der Öffentlichkeit darauf aufmerksam zu machen. Aber bei strukturellem Rassismus versuchen wir noch andere Strategien. Wir treffen uns mit Politikern, wir sprechen mit den Politikern darüber, wir machen Kampagnen. Wir machen verschiedene Sachen dazu, z. B. Tagungen, um auf diese Art des Rassismus aufmerksam zu machen und zu sagen, Rassismus ist nicht nur auf der Straße, bei den Nazis, sondern hier im Gesetz ist auch Rassismus drin und das muss sich ändern. Und wir gehen auch auf die Straße und wir demonstrieren auch, aber nicht nur.

Interviewerin Also das heißt, es gibt eine Atmosphäre, in der es Alltagsrassismus gibt, aber dahinter nehmt Ihr einen Rassismus wahr, der in den Gesetzen ist, und der bestimmt diese Atmosphäre mit. Und in der Auseinandersetzung weist Ihr darauf hin, dass es diese systematischen Rassismen gibt und davon das Alltagsleben auch betroffen ist?

BefragteR Auf jeden Fall. Zum Beispiel: Geduldete Leute dürfen nicht arbeiten, sondern müssen staatliche Hilfe beziehen. Sie sind gezwungen Sozialhilfe zu nehmen und müssen in Lagern leben. Und dann wird von Leuten hier gesagt: „Die gehen nicht arbeiten, die leben von unseren Steuern“ und so. Die Leute haben keine Ahnung und wissen nicht, dass geduldete Flüchtlinge gezwungen sind diese Sozialhilfe zu nehmen, weil sie keine Arbeitserlaubnis haben, weil sie keine Ausbildungserlaubnis haben, weil sie nichts machen dürfen. Und das ist ja im Gesetz drin, dass die Geduldeten nicht arbeiten dürfen.

Interviewerin Neben der Strategie, die Öffentlichkeit über diesen systematischen Rassismus aufzuklären, gibt es auch Handlungsstrategien, wie man mit den Auswirkungen des Rassismus, z. B. durch Beamte, umgehen kann? Welche Möglichkeiten, Strategien gibt es da?

BefragteR Zum Beispiel zum Umgang mit Beamten und wie man sich da verhält. Die Betroffenen machen gegenüber Beamten gar nichts. Die können nichts machen. Die trauen sich nicht mal etwas zu sagen, obwohl es eigentlich so weh tut. Aber man hat Angst irgendetwas zu sagen, weil die Beamten und Sachbearbeiter die Macht in der Hand haben. Auch wenn die sagen, „Du hast eine Duldung. Du hast eh keine Chance. Du wirst sowieso abgeschoben. Du gehörst nicht hierher“ oder so. Da können die Betroffenen nichts zu sagen,

die haben nämlich Angst sich zu äußern. Da ist man nämlich so erniedrigt, man ist so klein. Weil Du existierst nämlich nicht. Du giltst für die Person, die dir gegenüber sitzt, gar nichts. Aber da kannst Du als Person dann auch nichts machen. Denn in dem Moment hast Du nicht die Macht oder den Mut etwas zu sagen, weil man dann abhängig ist. Aber es gibt immer welche, die sich doch trauen und etwas sagen, das ist aber situationsabhängig.

Interviewerin Und über die Situation hinaus. Gibt es im Nachhinein Dinge, die dann unterstützend sind? Oder Strategien?

BefragteR Bei Behördengängen – was man da zum Beispiel macht, ist, dass man in Begleitung von einem Rechtsanwalt oder einem Berater hinget. Man hat das Recht jemanden dabei zu haben. Und da ist es dann in manchen Fällen so, dass sich dann die Sachbearbeiter anders verhalten, weil sie wissen, dass die Person, die als Begleitung dabei ist, sich mit vielem auskennt und dann auch gegen vieles etwas sagen kann.

Interviewerin Ist es dann auch so, dass Ihr Euch gegenseitig noch einmal berätet, um vielleicht diesen Rechtsbeistand als Begleitung hinzuzuholen?

BefragteR Ja, auf jeden Fall. Wir gucken, wenn so etwas vorkommt, mit wem haben wir vor Ort Kontakt. Ist da ein Flüchtlingsrat? Ist da eine Flüchtlingsberatungsstelle? Wen könnten wir mitnehmen? Oder es gibt Fälle, wo wir sagen: „Nimm auf jeden Fall Deinen Anwalt mit, dann ist die Situation anders. Dann hat man auch ein bisschen mehr zu sagen.“

Interviewerin Ich glaube, es ist schwer, sich den Alltag von Flüchtlingen und den dabei bestehenden Problemen vorzustellen, wenn man nicht davon betroffen ist. Kannst Du uns das näher beschreiben?

BefragteR Ja, das kann man sich, glaube ich, schlecht vorstellen. Es gibt ja ganz viele Flüchtlingslager in Deutschland. Vierzig Prozent der Flüchtlinge, die in Deutschland leben, sind in Unterküften untergebracht. Zum Teil sind das Unterküfte, die total heruntergekommen sind, die außerhalb der Stadt sind, wo alles kaputt ist und man eigentlich nicht mehr leben kann. Aber die Flüchtlinge müssen darin leben. Oft werden vier oder fünf Personen aus den unterschiedlichsten Ländern der Welt in einem Zimmer zusammengepfercht. Menschen, die dann keine Privatsphäre haben, Kinder die



sich nicht frei entfalten können. In vielen Lagern ist es noch so, dass die Flüchtlinge nur Lebensmittelpakete oder Gutscheine bekommen. Sie dürfen sich nicht frei bewegen außer in ihrem Landkreis. Alles andere muss beantragt werden. Umziehen kommt für sie gar nicht in Frage, da sie es nicht dürfen. Viele leben mit Arbeits- und Ausbildungsverbot. Eine weiterführende Schule ist für viele nur ein Traum, da sie in einem Dorf wohnen und die Schule woanders ist und sie durch Residenzpflicht nicht die Schule besuchen dürfen. Bei vielen ist es so, dass sie nur in akuten Fällen zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen dürfen.

Interviewerin Und die Nachbarn um solche Heime herum: Wie verhalten die sich?

BefragteR Die Nachbarn wissen nicht einmal, was da passiert oder warum die Menschen dort untergekommen sind.

Interviewerin Also da gibt es gar keine Kontakte?

BefragteR Also es gibt Heime, wo die Flüchtlinge von den Nachbarn unterstützt werden. Aber viele Sammelunterkünfte sind außerhalb der Stadt. Oder zum Beispiel haben wir in Oberursel in Hessen ein Containerlager. Die meisten Menschen, die in Oberursel wohnen, wissen nicht einmal, was da passiert oder wissen nicht, dass es dort ein Flüchtlingslager gibt. Sie wissen nicht, dass die Flüchtlinge in Containern leben und zum Teil schon seit zwanzig Jahren da wohnen.

Interviewerin Dann kommen wir zu dem nächsten Themenkomplex.

Wie nimmt Ihr die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, mit Rassismus, mit den Formen des Rassismus, die Du eben auch genannt hast, wahr?

BefragteR Ich denke, es gibt auch in der Gesellschaft Auseinandersetzungen. Ich glaube, dass das ein Thema ist, wo viele Abstand von nehmen und es deshalb in der Gesellschaft eine nicht so große Rolle spielt. Man möchte damit nichts zu tun haben. Einige verwenden den Satz: „Die leben hier, die müssen sich anpassen.“ Das darf doch nicht sein. Integration ist keine Einbahnstraße, sie darf nicht einseitig stattfinden, das tut sie auch nicht. Weil man von Migranten erwartet, dass sie sich komplett anpassen, finden die Auseinandersetzungen statt. Ich möchte mich so verhalten, wie ich es möchte, wie ich mich wohl fühle, aber wenn mir meine Umgebung immer das Gefühl gibt, ich muss mich ändern, dann fühlen sich beide Seiten unwohl und es findet keine Partizipation statt.

Interviewerin Was wäre dann der Wunsch an die Zivilgesellschaft? Was würdet Ihr fordern?

BefragteR Dass man die Menschen einfach gleich behandelt. Wenn ich hier bin, dann möchte ich hier bleiben. Ich will hier leben. Ich möchte nicht, dass ein anderer mir sagt, dass ich hier nur zu Gast bin und nicht hierhin gehöre. Die Leute müssen einfach akzeptieren, dass es hier andere Menschen gibt, die hier leben möchten und

dass sie nicht als ein Sonderfall oder als Einzelfall gesehen werden. Sondern dass sie einfach dazugehören. Akzeptanz, dass Menschen, die anders aussehen und eine andere Sprache haben, eine andere Bekleidung, dass sie dazugehören.

Interviewerin Gibt es etwas in dem Bereich des systematischen Rassismus, den Du vorher beschrieben hast, wo Ihr auch sagen würdet, da würden wir uns etwas wünschen von der Zivilgesellschaft?

BefragteR Ja, auf jeden Fall. Dass die Leute dem Thema ein bisschen mehr Aufmerksamkeit schenken. Dass die sich einfach mal die Politik anschauen und gucken, wie durch die Politik mit Flüchtlingen umgegangen wird. In der Öffentlichkeit oder in der Gesellschaft, es weiß keiner, dass es Flüchtlingslager gibt. Es wissen kaum Menschen, dass die Flüchtlinge ein Ausbittungsverbot haben. Dass es so viele Jugendliche gibt, die studieren wollen, aber kein Recht haben zu studieren, kein Ausbildungsrecht, kein Arbeitsrecht. Die Menschen werden nicht gleich behandelt. Es kommen Menschen hierher, die Hilfe brauchen, die fliehen, die hierher kommen, die hier Schutz suchen, die aber ausgegrenzt und von der Gesellschaft isoliert leben. Und die Gesellschaft muss da Solidarität zeigen und auf jeden Fall aktiv werden. Und nicht nur in die Lager kommen und gucken, um zu sagen, „Ich weiß jetzt, wie mit denen umgegangen wird.“ Das reicht nicht, wir brauchen Solidarität. Und dafür braucht man auch andere Menschen, die nicht betroffen sind, die sich damit beschäftigen. Die dann sozusagen mitkämpfen und sagen, „Hier, so geht das nicht. Ich möchte, dass mein Nachbar auch so behandelt wird wie ich. Ich gehe arbeiten und mein Nachbar aber nicht, weil er es nicht machen darf, nicht weil er es nicht möchte, sondern weil er das nicht machen darf. Und der soll das auch machen dürfen, wenn er es möchte.“ Und das geht, glaube ich, nur durch Solidarität.

Interviewerin Welche Ideen oder Vorstellungen hast Du oder habt Ihr? Was könnten Menschen brauchen, wenn sie von rechtsextremen, rassistischen Übergriffen betroffen sind?

BefragteR Es ist unterschiedlich. Es kommt darauf an, wie Du betroffen bist. Bist Du im alltäglichen Leben davon betroffen oder bist Du im aufenthaltsrechtlichen Bereich davon betroffen? Es sind ja zwei verschiedene Sachen. Also Menschen, die im alltäglichen Leben davon betroffen sind, was die brauchen?

Also ich glaube, man muss sich erst einmal bewusst sein, dass man hier niemandem etwas zu verdanken hat. Und dass mir jemand sagen kann, was er will, weil er hier hingehört und ich in seinen Augen nicht. Da muss ich mir bewusst sein, das muss ich so nicht hinnehmen, wie er es möchte. Ich werde nicht das tun, was er von mir möchte, sondern ich möchte mich so verhalten, wie ich es möchte. Ich meine, es gibt schon Leute, die sich dann so benehmen, wie es von ihnen sozusagen gewünscht ist, wie es so in der Gesellschaft angesehen wird. Und das muss sich dann ändern. Was die Leute brauchen? Man braucht Beratungsstellen. In vielen Orten – auch in Schulen – muss das ein Thema sein, wo man darüber spricht und diskutiert. Und auch die Nachbarn müssen darüber sprechen und nicht nur im Fernsehen oder weil es irgendwo bestimmte Stellen gibt, die sich damit beschäftigen. Es muss überall ein Thema sein. Weil Rassismus nicht etwas ist, was von heute auf morgen beendet wird.

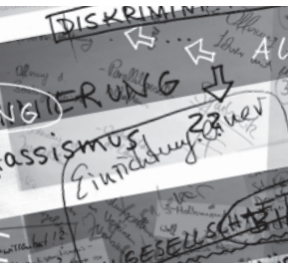
Es wird immer Betroffene geben, es wird immer Leute geben, die es schaffen, dass es dann Betroffene gibt. Die sozusagen rassistisch sind. Wenn es weiterhin Rassisten geben wird, dann wird es natürlich auch Betroffene geben. Mit den Gesetzen ist es genauso. Wenn die Gesetze sich nicht ändern, dann bleiben diese Gesetze, die wir als rassistisch empfinden. Es muss überall Aufklärungsarbeit stattfinden, in den Schulen und überall. Und wenn man zu diesem Thema arbeitet, wenn man sich mit dem Thema beschäftigt: Rechtsextremismus, Rassismus – dann muss man auch mit den Betroffenen reden und nicht für die Betroffenen. Und es geht nicht nur um Migranten oder so. Rassismus ist für alle Menschen ein Thema, ob man blonde oder schwarze Haare hat. Und das muss den Leuten klar sein, dass Rassismus in allen Bereichen des Lebens vorkommt. Menschen muss klar sein, dass einem in den Schulen, auf der Straße, in Behörden in irgendeiner Form immer wieder Rassismus begegnet.

Interviewerin Würdet Ihr Euch eine stärkere Wahrnehmung der von Dir beschriebenen Probleme von Flüchtlingen in der Zivilgesellschaft wünschen?

BefragteR Ja, auf jeden Fall. Man muss sich damit beschäftigen. Die Frage an die Zivilgesellschaft oder an Einzelpersonen ist, was für die denn überhaupt Rassismus ist? Was stellen sie sich unter Rassismus vor? Sind Rassisten oder Rechtsextremisten nur die Nazis? Muss man immer das Wort „Nazi“ benutzen, damit man sich damit beschäftigt? Ist es dann Rechtsextremismus oder Rassismus? Zählt nur das? Die Leute müssen

sich einfach damit beschäftigen und sich klar machen, was das überhaupt ist. Der Schulkamerad von meinem Sohn z. B., der lebt in einem Lager und kriegt überhaupt kein Geld, kriegt nur ein bisschen Taschengeld. Er lebt von Gutscheinen, kriegt nur Essenspakete und darf sich nicht frei bewegen. Er lebt nur so, wie es vom Amt vorgeschrieben worden ist. Ist der nicht betroffen? Schüler, die nicht an Klassenfahrten teilnehmen, die kein Recht haben, an Klassenfahrten teilzunehmen, die sind auch betroffen davon.

Rassismus hat viele Gesichter. Um das zu erkennen oder um das beschreiben zu können, um in einem Kreis darüber sprechen zu können, muss man wissen, wie die Situationen sind. Was ist der alltägliche Rassismus für die Betroffenen. Und dann muss man sich mit den Betroffenen unterhalten. Und die Betroffenen müssen mit drinsitzen und nicht als Opfer, sondern als Leute, die das ändern wollen. Und das muss auch allen Leuten klar sein. Weil, wenn ich irgendwo mitspreche, weil ich hier einen Asylantrag gestellt habe, weil ich geduldet war und irgendwo mitsprechen kann über das Thema, will ich nicht als Opfer gesehen werden. Ich war geduldet. Ich habe dagegen gekämpft, um meinen Status zu ändern.



INTERVIEW: FLÜCHTLINGSCAFÉ HANAU

Hagen Kopp

„Ihr sollt wissen, daß kein Mensch illegal ist. Das ist ein Widerspruch in sich. Menschen können schön sein oder noch schöner. Sie können gerecht sein oder ungerecht. Aber illegal? Wie kann ein Mensch illegal sein?“ (Elie Wiesel)

Das Flüchtlingscafé in Hanau wurde 1992 eröffnet, um Flüchtlinge und MigrantInnen in aufenthalts- und sozialrechtlichen Fragen zu unterstützen. Wir sind ein Team von vier bis fünf weitgehend ehrenamtlich arbeitenden Personen und bieten zweimal pro Woche kostenlose Beratung an. Wir vermitteln kompetente RechtsanwältInnen und begleiten von Abschiebung bedrohte Menschen auf die zuständigen Ämter. Das Flüchtlingscafé ist politisch wie personell mit der Hanauer Gruppe des Netzwerks „kein Mensch ist illegal“ verbunden. Diese Initiative wirkt auf regionaler Ebene beim Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (insbesondere vom Frankfurter Flughafen) mit und war im Herbst 2010 an der Gründung der gewerkschaftlichen Anlaufstelle MigrAr – für prekär beschäftigte MigrantInnen mit und ohne Papiere – beteiligt. Bundesweit und international ist „kein Mensch ist illegal Hanau“ insbesondere in Projekten und Kampagnen des „Netzwerk Welcome to Europe“ aktiv.

Interviewerin Welchen Bezug, welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus ergeben sich für Sie in Ihrer Vereins-/Verbandsarbeit? Begegnet Ihnen Rechtsextremismus, Rassismus, Antiziganismus in Ihrem Alltag?

Befragter Vor dem Hintergrund der Beratungsarbeit in Hanau in unserem Flüchtlingscafé haben wir es in erster Linie mit dem, was wir als Rassismus bezeichnen, zu tun, mit institutionellem Rassismus, der sozusagen Menschen in ihrem Aufenthalt bedroht. Wir wohnen in einer relativ kleinen Stadt, die aber trotzdem, würde ich sagen, groß genug ist, dass dort unmittelbare rechts-extreme Übergriffe selten sind. Und die Menschen, mit denen wir zu tun haben, sagen aus ihrer Wahrnehmung auch ganz klar, „Unser Problem sind keine Nazis, die es gibt. Sondern unser Problem ist, dass wir Angst haben

müssen, dass morgens um sechs die Polizei anklopft und uns zum Flughafen bringt und abschiebt.“ Das ist die Opferperspektive im aufenthaltsrechtlichen Bereich für die Menschen mit prekärem Aufenthaltsstatus. Und das macht diesen Leuten viel mehr zu schaffen. Wir hatten vor ein paar Jahren mal eine Initiative kurdischer Flüchtlinge, die alle von Abschiebung bedroht waren. Als wir nach einem Namen für dieses Komitee gesucht haben, haben die kurdischen Flüchtlinge folgenden Vorschlag gemacht: „Komitee für einen ruhigen Schlaf“. Erst habe ich auch kurz gestutzt. Und wenn man es sich überlegt, weiß man dann, was damit gemeint ist. Die Leute haben teilweise über Monate nicht ruhig schlafen können, haben sich Sorgen gemacht, haben Angst gehabt, dass sie am nächsten Morgen abgeholt werden. Und das prägt natürlich. Das ist die unmittelbare Hauptbedrohung, die Hauptangst ist die Abschiebung. Das ist auch für uns in der aufenthaltsrechtlichen Beratung der Schwerpunkt, also alles zu tun, dass Menschen nicht abgeschoben werden. Unser Ausgangspunkt als Gruppe ist: Wir lehnen grundsätzlich Abschiebungen ab. Wir gehören zum Netzwerk „kein Mensch ist illegal“, der Name ist sozusagen Programm. Die Frage des Rassismusbegriffs kann man natürlich weiter oder enger ziehen. Für uns ist eine Form von Rassismus, die Art und Weise, wie staatlicherseits mit MigrantInnen und Flüchtlingen umgegangen wird. Man muss darum streiten, was überhaupt die rechtlichen Grundlagen sind und wie weit die eigentlich auch dem offiziellen Gleichheitsgebot widersprechen. Es gibt eine ganze Menge gesetzlicher Grundlagen, bei denen es für uns völlig unstrittig ist, dass das wirklich Gesetze sind, die wir eindeutig als rassistisch bewerten. Ein Beispiel ist das Residenzpflichtgesetz. Das sozusagen den Menschen, die mit dem Status der Gestattung oder der sog. Duldung leben müssen, vorschreibt, dass sie ihren Landkreis nicht verlassen dürfen. Und wenn sie das machen und kontrolliert werden, dann haben sie zumindest eine Geldstrafe an der Backe. Oder, wenn das mehrfach passiert, auch mehr. Dafür mussten sogar schon Flüchtlinge ins Gefängnis, nur weil sie ihren Landkreis

verlassen haben. Eine ganze Reihe selbstorganisierter Flüchtlinge gehen damit allerdings sehr selbstbewusst um und wehren sich politisch offensiv. Ich weiß von vielen migrantischen Freunden und Bekannten, dass z. B. in den Zügen beim Umsteigen sehr systematisch nach Hautfarbe kontrolliert wird. Es geht dabei auch um die Residenzpflicht und darum die Leute herauszufiltern, also quasi ein „Racial Profiling“. Da wird nach rassistischen Gesichtspunkten, also in jeglicher Hinsicht dem Gleichheitsgebot widersprechend, sozusagen nach Gesichtsfarbe kontrolliert, um bewusst die Leute herauszufischen und sie zu kriminalisieren. Das passiert auf der Grundlage eines Gesetzes, das eigentlich völlig unhaltbar ist. Immerhin gibt es mittlerweile ein bisschen Bewegung. Einige Bundesländer haben jetzt angefangen, die Landkreisbegrenzungen auszusetzen, nach langen, langen Jahren Kampf dagegen.

Das ist jedenfalls unser Hauptblickwinkel und unsere Erfahrungen, mit denen wir konfrontiert sind, was Rassismus anbelangt.

Noch ein dritter Aspekt: die Behandlung bei den Behörden. Wir begleiten auch regelmäßig auf die Ämter. Es ist ein enormer Unterschied, ob da Migranten oder Flüchtlinge alleine hingehen oder ob sie Begleitung haben. Sie werden dort sehr oft sehr unhöflich, sehr bedrohlich behandelt. Und der Ton wird immer gleich ein anderer, wenn da ein weißer Zeuge dabei ist. Das ist einfach unsere regelmäßige Erfahrung. In der Ausländerbehörde in Hanau oder auch in Gelnhausen haben wir sehr viel mit Gelnhausen zu tun, weil die für den Main-Kinzig-Kreis zuständig sind. Es ist bisweilen erschreckend zu sehen, in welcher Art und Weise da einige Sachbearbeiter oder auch Bereichsleiter vorgehen und in welcher Art und Weise sie den Leuten das Leben schwer machen. Sie drohen mit der Abschiebung und setzen die Betroffenen mit allen Mitteln unter Druck, damit sie „freiwillig ausreisen“. Auch Leute, bei denen eigentlich klar ist, dass sie sie gar nicht mehr abschieben können. Aktuell betreue ich den Fall einer afghanischen Familie, die seit siebzehn Jahren hier ist, aber die in diesem elenden Duldungsstatus gefangen gehalten wird. Wo man sich fragt: Was ist da eigentlich los? Oder was ist das anderes als auch Ausdruck von einem Rassismus, bestimmten Menschen die gleichen Rechte zu verweigern?

Das ist also, wie gesagt, eher unser Zugang, wie wir Rassismus erleben und was wir als institutionellen Rassismus bezeichnen würden und bezeichnen müssen. Und wogegen wir deswegen auf der Einzelfallebene wie auch durch politische Einmischung versuchen etwas dagegen zu tun. Wir führen Kampagnen durch und de-

monstrieren regelmäßig am Frankfurter Flughafen, weil es der größte deutsche Abschiebeflughafen ist und Abschiebungen dort tagtäglich stattfinden.

Interviewerin Sie erleben also ständig Formen des institutionellen Rassismus oder beziehungsweise die Auswirkungen davon. Und es ist klar, dass das etwas sehr Massives ist und sehr, sehr beeindruckend für die Lebenssituation. Und dass ist ja der Hauptkontext Ihrer Beratungsarbeit. Gibt es darüber hinaus auch Berichte von Beratungsnehmern über alltagsrassistische Gegebenheiten?

Befragter Im gesellschaftlichen Kontext, z. B. auf der Straße wegen der Hautfarbe gibt es das schon. Aber in den letzten Jahren nicht in einer Form, wo wir intervenieren mussten. Das gibt es sicherlich als Diskriminierungsform, als Ressentiment, als Vorurteile, und im Flüchtlingscafé berichten auch Flüchtlinge und MigrantInnen ab und an, was ihnen so widerfährt. Das ist bisweilen sehr komplex, denn neben dem dominanten weißen Rassismus gibt es ja auch einen Rassismus innerhalb der migrantischen Communities, z. B. manchmal zwischen türkischen und kurdischen MigrantInnen, das wird da teilweise so empfunden. Aber in unserem Flüchtlingscafé ist das eher eine Begleiterscheinung. Vielleicht hängt es auch mit unserem Angebot zusammen, also in erster Linie die aufenthaltsrechtliche Beratung. Allerdings gibt es eine Reihe Flüchtlinge und MigrantInnen, die wir lange Jahre begleiten oder wo ein freundschaftlicher Kontakt bestehen bleibt. Die würden auch sofort kommen, wenn es in Hanau Übergriffe von Rassisten oder Neonazis gäbe. Dann würden wir das schon sehr schnell mitbekommen. Das ist momentan bei uns lokal gesehen, wie erwähnt, nicht der Fall. Wir haben jetzt allerdings gerade eine Auseinandersetzung in Bruchköbel. Da gibt es so eine kleinere Gruppe von Neonazis, die jetzt auch anfangen, Jugendliche zu bedrohen. Aber das hat jetzt gar nicht den Hintergrund, dass es Migranten sind, sondern da geht es gegen andersaussehende Jugendliche. Wie gesagt, wir kriegen das schon mit, auch weil wir in Hanau und im Main-Kinzig-Kreis viele politische Kontakte und Verbindungen haben, z. B. über das Hanauer Sozialforum, in dem wir uns regelmäßig treffen mit den unterschiedlichen Initiativen.

Interviewerin Heißt das, man könnte annehmen, wenn es Übergriffe von Rechtsextremen auf Beratungsnehmer von Ihnen gäbe, dann gäbe es da schon ein System, das sie auffangen würde, wo sie sich Hilfe holen könnten?

Befragter Hm, ich weiß nicht. „System“ wäre ein bisschen übertrieben. Aber es gäbe da die verschiedenen politischen Zusammenhänge. Also nicht nur unser Flüchtlingscafé und unser direktes Umfeld, sondern die Vernetzung in der Region, wo das sehr schnell ein Thema würde und sicher sehr schnell kommuniziert würde. Und wo je nach Situation auch reagiert werden könnte. Eine gewisse Handlungsfähigkeit sehe ich da schon gegeben.

Interviewerin Wenn es in einer Kommune Probleme mit Rechtsextremismus gibt, werden Sie dann selbstverständlich als ein Partner gefragt? Wird Ihre Perspektive eingeholt? Fragt man da nach, ob Sie Unterstützung brauchen oder ob Menschen, die Sie kennen, vielleicht besondere Unterstützung brauchen?

Befragter Als antirassistische Initiative sind wir Teil eines lokal-regionalen politischen Zusammenhangs und versuchen, verschiedene Graswurzelbewegungen, also Basisinitiativen, zu vernetzen. Das ist unser politischer Ansatz, der auf Austausch und gegenseitige Stärkung zielt und darauf, je nach Thema auch etwas Konkretes zu erreichen oder zu verhindern. So war es jetzt auch mit Bruchköbel, wo es also nicht um die Bruchköbler Stadtverwaltung geht. Sondern dort gibt es ein gut funktionierendes antifaschistisches Bündnis, die das auch selber händeln können, aber wo wir im Austausch stehen und unterstützen, soweit es möglich und nötig ist. In den letzten Wochen war es in Bruchköbel ziemlich eskaliert mit Sachbeschädigungen und plattgestochenen Reifen und wo zu befürchten war, dass die Neonazis sogar Menschen angreifen würden. Dann haben wir auch gleich zusammen diskutiert, wie man jetzt dieser Gefahr gemeinsam begegnen kann, wie das Ganze einzuschätzen ist. Die gemeinsame Diskussion entsteht also über unsere regionale Vernetzung, einem Sozialforum von Basisinitiativen, das aber nicht oder seltenst mit städtischen oder staatlichen Institutionen zusammenarbeitet.

Interviewerin Das ist also für mich die Frage, was haben Verantwortliche auf dem Schirm, wenn die merken, hier gibt es rechtsextremistische Erscheinungsformen, wen denken Sie, müssten Sie an einen Tisch holen. Wen fragen Sie in Ihrer Perspektive zu diesem Thema?

Befragter Wir betreiben unser Flüchtlingscafé seit 1992/93, also schon relativ lange Zeit, und da ist es eben bei relativ vielen Leuten bekannt, dass es solch eine Beratung gibt. Wir denken, dass es schon irgendwie

zu uns durchdringen würde, wenn es rechte Übergriffe gäbe. Und damit würden wir auch sofort umgehen, also sicherlich sofort eine Versammlung einberufen und überlegen, was man da machen kann. Es gab ganz am Anfang unserer Zeit – wir haben uns wie gesagt 1992/93 gegründet – mehrfach rassistische Pogrome. Das war von 1989 ausgehend ja so, dass immer wieder Flüchtlingswohnheime zum Ziel von Attacken wurden. Und da gab es auch einzelne Vorfälle in der Region, im Main-Kinzig-Kreis. Unsere Gruppe hatte sich aber vor einem anderen Hintergrund gegründet. Wir waren ursprünglich eine Initiative und Beratungsgruppe im Sozialhilfereich, so hieß das damals noch vor Hartz-IV. Erst mit dem 1993 verabschiedeten Asylbewerberleistungsgesetz wurden alle Flüchtlinge aus dem Sozialhilfegesetz ausgegliedert. Zuvor waren Flüchtlinge reguläre Sozialhilfeempfänger, darüber sind wir in Kontakt gekommen und hatten damals einen Sozialhilfeleitfaden in verschiedene Sprachen übersetzt. Und dann kamen immer mehr Flüchtlinge, die sagten: „Prima, dass Ihr das macht und uns beim Sozialamt unterstützt. Aber wir haben ein größeres Problem und das ist die Abschiebung.“ Und so sind wir eigentlich erst zu der Asylberatung gekommen und haben angefangen, uns einzuarbeiten in aufenthaltsrechtliche Fragen. Damals gab es – Rostock-Lichtenhagen war 1992 – eine Welle von Übergriffen bis Pogromen und es gab damals auch in Hanau Mobilisierungen. Aber ich kann mich jetzt, wenn ich überlege, zumindest für die letzten zehn bis 15 Jahre, nicht erinnern, dass etwas Ähnliches vorgekommen ist in Hanau und Umgebung. Wir haben aber in der Zwischenzeit hundert Mal und mehr versucht, Abschiebungen zu verhindern. Wir sind regelmäßig am Flughafen. Es gibt jetzt aktuell noch diese sogenannten „Dublin-Abschiebungen“ entsprechend der Dublin II-Verordnung. Wenn Flüchtlinge z. B. in Italien oder in Ungarn ihren Fingerabdruck hinterlassen haben bei der Durchreise, dann werden sie in Deutschland überhaupt nicht mehr zum Asylverfahren zugelassen. Sie werden also in relativ kurzer Zeit nach Italien oder Ungarn abgeschoben. Wie gesagt, das ist gerade ein Dauerproblem für uns und wesentlich präsenter im Vergleich zu rassistischen Übergriffen auf der Straße oder Beschimpfungen. Das erleben sicherlich viele MigrantInnen und Flüchtlinge auch in Hanau. Aber da müsste man die Leute auch fragen, wie sie damit umgehen. Irgendwie glaube ich, haben sich viele eine dicke Haut zugelegt, das prallt dann ab oder sie wehren sich ganz direkt, während sie auf der Ebene der Behörden und der Polizei sich sehr viel stärker ausgeliefert fühlen. Und es gibt m. E. einen weiteren wichtigen Grund, warum sich



bislang in Hanau Nazis nicht breit machen können. Ich denke, dass das vor allem die migrantischen Communities, die migrantischen Jugendlichen selber sind, die den Nazis dort gar keinen Platz geben. Wenn in Hanau ein paar grölende Nazis herumlaufen würden, die würden sicherlich recht schnell Probleme bekommen, viele migrantische Jugendliche würden sich gegen sie wehren. Das ist wahrscheinlich sogar der größere Faktor dafür, dass kaum nazistische Übergriffe stattfinden, als die sich politisch, also explizit antifaschistisch oder antirassistisch nennenden Gruppen in Hanau.

Sich gegen so eine Form von Strassenrassismus zu wehren oder zu behaupten – so meine Einschätzung – ist für die migrantischen Communities einfacher als gegenüber den Behörden, wo man sich ausgeliefert fühlt, oder wenn man gar die Angst haben muss, dass die Polizei einen morgens aus der Wohnung zur Abschiebung holt. Und das wird zum Teil ja richtig brachial gemacht.

Interviewerin Würden Sie vermuten, dass Menschen, die sich bedroht fühlen, also die Beratungsnehmer von Ihnen sind, dass die die Polizei verständigen, wenn sie sich bedroht fühlen?

Befragter Gute Frage. Das könnte ich nicht verallgemeinern. Ich glaube zum Teil ja, zum Teil nein. Ich glaube, das hängt eben damit zusammen, was die Betroffenen für Erfahrungen gemacht haben. Wenn die schon sehr schlecht waren, wird die Hemmschwelle, glaube ich, größer. Denn die Polizisten, die zur Abschiebung kommen, sind normale Polizisten. Die sind von der Ausländerbehörde beauftragt, aber es sind dieselben gewöhn-

lichen Polizisten, die das machen.

Interviewerin Gibt es die Möglichkeit von Ihnen, sozusagen Fortbildungen für die Polizeibeamten zu machen, diese zu sensibilisieren? Gibt es da einen Austausch?

Befragter Nein, gibt es nicht. Und das ist und wird auch nicht unser Schwerpunkt als Basisgruppe, die bestimmte andere Prioritäten hat. Das ist dann eher etwas, was auf einer institutionalisierteren Ebene laufen könnte und laufen müsste. Und uns geht es ja auch nicht um „weniger brachiale Abschiebungen“, wir lehnen, wie gesagt, alle Abschiebungen ab.

Interviewerin Wie nehmen Sie die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wahr? Haben Sie Anregungen zur Verbesserung? Sehen Sie einen Zusammenhang zwischen dem strukturellen Rassismus und dem Rechtsextremismus?

Befragter Auf jeden Fall. Das hat natürlich damit zu tun, – ich meine, da kann man ja Zusammenhänge in jede Richtung aufmachen – dass es in den Behörden noch Menschen gibt, die jenseits dessen, was ihnen rechtlich möglich ist, schikanieren oder teilweise ja sogar über die rechtlichen Grenzen hinaus Menschen verunsichern und bedrohen oder zur „Abschiebung frei geben“. Das hat natürlich auch mit dem gesamtgesellschaftlichen Klima zu tun. Dieser ganze Diskurs jetzt, in den letzten ein, zwei Jahren um Sarrazin, der steht ja für eine bestimmte Herangehensweise, die sich in erster Linie gegen MigrantInnen – jetzt gerade türkischer

oder arabischer Herkunft – richtet. Und das prägt natürlich auch gesellschaftliche Stimmungen und macht sich ebenfalls auf den Ämtern bemerkbar. In Veranstaltungen oder bei antirassistischen Konferenzen machen wir diese Zusammenhänge auch immer wieder zum Thema. Wie gesagt, in der unmittelbaren Praxis ist unser Fokus einfach ein anderer und ebenso die Bedürfnislage, die Betroffenheitslage derer, die da zu uns kommen, ist eine andere.

Interviewerin Was meinen Sie, wenn Sie sagen, dass Leute sich über das Maß hinaus, was ihnen rechtlich möglich ist, verhalten. Könnten Sie das an einem Beispiel beschreiben?

Befragter Ich habe vorhin ein Beispiel angedeutet. Also eine afghanische Familie, die seit vielen Jahren da ist und wo es rechtlich möglich ist und geboten wäre, ihr jetzt endlich ihren Aufenthaltsstatus zu geben. Aber es wird alles getan, um diese Menschen in einem Duldungsstatus zu halten, was eine Strafe sein kann, was eine Rache sein kann, weil sie sie jetzt nicht abschieben konnten. Eine Abschiebung von afghanischen Familien ist seit geraumer Zeit schwierig oder kaum möglich. Und da gibt es drei, vier Sachbearbeiter in der Ausländerbehörde, die sich seit Jahren durch eine – höflich formuliert – „besondere Strenge“ auszeichnen, durch eine Rigidität, die ich, wenn ich es freier formulieren würde, als eindeutigen Rassismus bezeichnen würde. Da ist teilweise ein unglaublicher Ehrgeiz dahinter, Flüchtlingen und MigrantInnen das Leben schwer zu machen oder sie abzuschieben zu versuchen. Das wirft dann immer wieder die Frage auf: Was ist da für ein Geist, der da in einigen Amtsstuben wirkt? Vieles ließe sich sehr viel einfacher und einvernehmlicher lösen, wenn da eine andere Herangehensweise wäre, wenn es eine offenere Atmosphäre gäbe. Es gibt ja den so genannten Ermessensspielraum. Denn es gibt ganz viele Gesetze im asyl- und ausländerrechtlichen Bereich, die mit Kann-Bestimmungen versehen sind. Und das öffnet Tor und Tür für Willkür oder für Schikane, für Disziplinierung, für Belohnen und Bestrafen. Und das wird, wie gesagt, von einigen da weidlich ausgenutzt.

Interviewerin Was würden Sie Initiativen, die sich mit dem Thema Rechtsextremismus auseinandersetzen, was würden Sie denen empfehlen? Auf welche Themen sollten die achten?

Befragter Unser Bemühen ist seit vielen, vielen Jahren eine Begriffserweiterung, was Rassismus anbelangt.

Es gibt neben dem gesellschaftlichen Rassismus, wenn wir ihn so bezeichnen, eben den institutionellen Rassismus. Und wir hatten uns schon 1992/93 – das war ja auch die Zeit der Menschenketten und der Lichterketten gegen die rechten Brandanschläge und Pogrome – immer bemüht, klarzumachen: „Das stimmt, das ist ein großes Problem. Aber es gibt dieses zweite Problem, warum wird sich dazu so wenig verhalten?“ Es ist wirklich ein marginaler Teil der Bevölkerung, der sich mit dem institutionellen Rassismus auseinandersetzt, damit in Berührung kommt, sich dafür interessiert. Und entsprechend werden da die Versuche, zum Beispiel solche Abschiebungen zurückzudrängen, weniger getragen und nur von entsprechend kleinen Gruppen. Wobei man sagen muss, dass sich das auch in den letzten Jahren insgesamt verbessert hat.

Dass also sehr viel mehr Menschen bereit sind, sich zu engagieren – vor allem, wenn sie die Betroffenen über Jahre kennen gelernt haben. Dieses konkrete Erleben macht viel aus. Wenn die Betroffenen Mitschüler sind oder im gleichen Fußballverein, dann tut sich was. Dann wehren sich viele. Das ist gerade bei den Jugendlichen ohne Grenzen, einem bundesweiten Zusammenschluss von jungen abschiebebedrohten Flüchtlingen, eine sehr positive Erfahrung, wie viele Schulklassen sich da solidarisiert haben und es dann durchaus möglich ist, bei scheinbar rechtlich völlig klarer Sachlage gegen die Betroffenen das Verfahren noch positiv zu drehen. Auch die Bleiberechtsregelungen der letzten Jahre hätte es ohne die Mobilisierungen der Jugendlichen ohne Grenzen wahrscheinlich nicht gegeben.

Doch zurück zur Frage: Unser Bestreben war eigentlich immer, da eine Brücke herzustellen. Den Rechtsextremismus ganz eng, auf die Straße oder auf die Brandanschläge damals zu richten, greift zu kurz. Da muss dieser institutionelle Rassismus auch ein verstärktes Thema sein. In diese Richtung haben wir immer wieder Veranstaltungen gemacht oder uns bemüht, wenn es übergreifend eine Demonstration gab zu so einem Thema, da auch präsent zu sein – z. B. mit Redebeiträgen. Es geht nicht darum das gegeneinander auszuspielen, aber für uns bleibt es schon ein bisschen irritierend manchmal, wie jeder kleinste Naziaufruf oder NPD-Stand sehr schnell eine breitere Mobilisierung auslöst. Wir machen ja oft auch mit und beteiligen uns.

Aber es erscheint uns oft relativ unverhältnismäßig, in dem was wir erleben, was den MigrantInnen zumindest viel mehr Sorgen bereitet oder sie viel mehr betrifft. Daher das Bemühen, da mehr darauf einzuwirken und auch den institutionellen Rassismus mit in den Blick zu nehmen.

Interviewerin Haben Sie Ideen oder Vorstellungen was Menschen brauchen, die von rassistischen Übergriffen an so einer Stelle betroffen sind?

Befragter Unterstützung. Zivilcourage. Ich glaube, das macht es aus. Es gibt einen „netten“ Bericht der Bundespolizei, die sich beklagt, dass es für sie in vielen Fällen immer schwieriger geworden ist, Abschiebungen durchzusetzen. Weil große Teile eines Dorfes hinter der Petition für eine Flüchtlingsfamilie stehen, weil ganze Schulklassen gegen die Abschiebung einer Mitschülerin demonstrieren. Abschiebungen lassen sich dann nicht mehr durchführen oder nur zu einem sehr hohen politischen Preis. Was für uns natürlich ein großes Lob ist und eine große Anregung dafür, zu sagen: „Ja, genau. Das ist die Richtung. Das muss viel öfter passieren.“ Wenn wir am Flughafen sind, gelingt es uns oft, in letzter Minute noch den Piloten dazu zu bewegen, zu sagen: „Nein. Das mach ich nicht mit.“ Die Reaktion ist aber, dass zunehmend Charterabschiebungen eingesetzt werden. Also Flugzeuge, wo nur noch Abzuschiebende transportiert werden, wo es keinerlei Öffentlichkeit mehr gibt. In den gewöhnlichen Passagierflugzeugen können sich Passagiere mit Flüchtlingen solidarisieren, die sich gegen ihre Abschiebung wehren. Sie können im wahrsten Sinne des Wortes „aufstehen gegen Abschiebungen“, dann wird häufig abgebrochen. Bei Charterabschiebungen ist es so organisiert, dass die Betroffenen zusammengekartt werden und dann dreißig, vierzig, fünfzig Menschen – Roma-Familien sehr häufig – in die Flugzeuge gezwungen werden. Da ist dann noch ein Arzt dabei, der aber auch kollaboriert, der also nicht im Sinne der Menschen arbeitet, sondern Reisefähigkeitsbescheinigungen ausstellt. Und dann werden die Leute da notfalls mit Gewalt und gefesselt ausgeflogen. Also wir haben es da mit einem grundsätzlichen Problem zu tun. Das muss vielmehr diskutiert werden.

Dieses grundsätzliche Problem ist, wie wird hier mit MigrantInnen und Flüchtlingen umgegangen? Wie ist das Verhältnis dazu? Was sind die strukturellen Hintergründe von Flucht und Migration? Was hat das mit unserer Gesellschaft zu tun? Was hat das mit dem Nord-Süd-Verhältnis zu tun? Man ist gleich in ganz komplexen grundsätzlichen Fragen drin ...

Aber nochmal: Die erwähnte Klage der Bundespolizei über die Schwierigkeit, Abschiebungen durchzusetzen, zeichnet ein klares Bild vor, wie man erfolgreich etwas gegen dieses Unrecht machen kann. Das wäre unsere Hoffnung, dass sich das weiter verbreiten lässt und dass da auch weiter Mut gemacht werden kann mit

positiven Beispielen, dass sich was durchsetzen lässt. Und das ist, wie gesagt, Zivilcourage. Wenn diese breit genug ist, wird auch bei „eigentlich hoffnungslosen Fällen“ juristisch ein Weg gefunden, auch wenn der vorher verschlossen war. Denn letztlich ist es immer eine politische Frage.



INTERVIEW: ARBEITSGEMEINSCHAFT DER AUSLÄNDERBEIRÄTE HESSEN – LANDESAUSLÄNDERBEIRAT (AGAH)

Corrado Di Benedetto *Vorsitzender des Landesausländerbeirates Hessen*

Die agah (Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat) ist der Landesverband der kommunalen Ausländerbeiräte in Hessen. Er besteht seit 1983 und hat seinen Sitz in der Landeshauptstadt Wiesbaden, Hessen. Die Ausländerbeiräte wiederum sind die gesetzliche Interessenvertretung der ausländischen Bevölkerung in ihrer Kommune oder ihrem Landkreis und werden auf der Rechtsgrundlage der Hessischen Gemeindeordnung bzw. Hessischen Landkreisordnung alle fünf Jahre direkt von der ausländischen Bevölkerung gewählt. Bisher haben sich über 90 Ausländerbeiräte in ganz Hessen der agah angeschlossen. Insgesamt sind derzeit etwa 1000 gewählte Mandatsträger/innen in den Beiräten aktiv. Sie stammen aus mehr als 90 Ländern. Die agah vertritt gegenüber Landesregierung, Landtag, Parteien und Öffentlichkeit die besonderen Belange der ausländischen Bevölkerung. Zielsetzung ist, die gesellschaftliche und rechtliche Situation der Migrant/innen in Hessen zu verbessern, das Zusammenleben zu fördern und Diskriminierungen und Rassismus entgegenzuwirken.

Interviewerin Welche Berührungspunkte haben Sie beziehungsweise die agah zum Thema Rechtsextremismus? Wie begegnet Ihnen Rechtsextremismus und Rassismus in der Arbeit?

Befragter Zu Beginn ist mir wichtig, deutlich zu machen, dass sich die agah bereits seit Beginn ihrer politischen Arbeit 1983 stets mit Ausländerfeindlichkeit, Anti-Diskriminierung und Rassismus beschäftigt hat. Wir sind erschüttert von der Aufdeckung der rassistischen Morde durch die NSU. Aber wir befassen uns nicht erst jetzt, aufgrund der aktuellen Ereignisse, mit den dahinter steckenden Phänomenen, sondern tun dies systematisch seit vielen Jahren. Allerdings haben wir das Gefühl, noch nicht allzu weit gekommen zu sein. In Gesprächen mit den Ministerien haben wir immer wieder versucht, auf diese Problematik hinzuweisen, sind aber meistens auf Widerstand gestoßen. Das hat uns

sehr gewundert, da sich das Land Hessen selbst auch als Integrationsland deklariert hat. Für uns ist es unvorstellbar, dass man, wenn man eine integrationspolitische Leitlinie des Landes erstellt und dabei Integration als zentrale Aufgabe deklariert, den gesamten Bereich der Anti-Diskriminierungspolitik außen vor lässt. Das ist unbegreiflich. Integrationspolitik ohne Anti-Diskriminierungspolitik ist nicht denkbar.

Deshalb sind wir auch sehr froh, dass immer mehr Menschen und Organisationen unsere Auffassung inzwischen teilen. Und auch von Seiten des Landes werden einige Angebote bereitgehalten, die in die richtige Richtung gehen. Aber wir sind – so sehe ich das – erst am Anfang eines Prozesses. Wir hoffen natürlich, dass dieser Prozess dazu führen wird, dass wir in einigen Jahren nicht mehr so stark von Ausländerfeindlichkeit, Rassismen, Antisemitismus und allem was damit zusammenhängt, betroffen sein werden. Wir werden als Landesorganisation regelmäßig und konstant mit Fragen der Ausländerfeindlichkeit, der Diskriminierung und des Rassismus konfrontiert. Unsere Mitgliedsbeiräte erleben vor Ort immer wieder Fälle von Diskriminierung, die natürlich auch an die agah herangetragen werden. Das ist der eine Berührungspunkt, also der direkte Kontakt mit Menschen, die Diskriminierung und Rassismuserfahrung am eigenen Leibe erleben.

In derartigen Erfahrungsberichten beschreiben Betroffene, die ganz offensichtlich aufgrund ihrer Hautfarbe angegriffen wurden und werden, zum Teil entsetzliche, dramatische Lebenssituationen und schildern schlimme Erfahrungen, die sie auch hier in Hessen gemacht haben.

Wir versuchen dann, soweit wir können, den Betroffenen zur Seite zu stehen, gerade weil es keine entsprechenden Beratungsstellen gibt und im Rahmen unserer Möglichkeiten zu beraten und Empfehlungen auszusprechen. Wir weisen auf Möglichkeiten hin, wie Menschen dagegen angehen und sich z.B. juristisch zur Wehr setzen können.

Darüber hinaus beschäftigt uns der präventive Bereich intensiv. Wir waren sehr erschrocken darüber, mit welcher Härte und Brutalität gerade einige Schwarze Menschen behandelt worden sind. Das ist für uns umso mehr ein Zeichen gewesen, dass wir diesen Bereich der Rassismusbekämpfung nicht vernachlässigen dürfen. Wir versuchen in politischen Gesprächen immer wieder darauf hinzuweisen und ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass – obwohl wir in einer sehr demokratischen Gesellschaft und in einer modernen Demokratie leben – diese Formen von Rassismus mitten unter uns passieren. Wir wollen dafür sorgen, dass darüber öffentlich debattiert wird und dass die Verantwortlichen hierzu auch ein Verantwortungsgefühl entwickeln und das auf ihre politische Agenda nehmen. In allen Gesprächen, die wir in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten geführt haben, sowohl mit Vertretern der Landesregierung als auch mit den Fraktionen und anderen Landesorganisationen, haben wir deshalb immer wieder Anti-Rassismus- und Anti-Diskriminierungsarbeit in den Mittelpunkt gerückt. Ich denke, es ist uns gelungen, ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass dieser Bereich institutionell bearbeitet und jeder in seinem Bereich tätig werden muss.

Wir haben da nie locker gelassen, selbst wenn Minister die Auffassung vertraten, dass die Anti-Diskriminierungsarbeit sowieso in den bestehenden Programmen eingebunden sei und man daher kein eigenes Ressort bräuchte, das in diesem Bereich institutionell tätig wird. Wir sind da anderer Auffassung und forcieren immer wieder, dass Antidiskriminierung ein Teil der Integrationspolitik des Landes Hessen werden muss.

Interviewerin Welche Formen von Rassismus begegnen Ihnen, also in welchen konkreten Formen begegnet der agah Rassismus, Rechtsextremismus, Diskriminierung im Alltag?

Befragter Insbesondere das Ausmaß von Alltagsrassismus und Ausländerfeindlichkeit, das es in unserer Demokratie gibt, ist für uns besonders erschreckend. Auch Studien, die in den vergangenen Jahren dazu durchgeführt wurden, zeigen dieses erschreckende Ausmaß.

Es wird von verschiedenen Seiten immer wieder an uns herangetragen, welche diskriminierenden Erfahrungen Menschen machen. Informationen zu solchen persönlichen Diskriminierungserfahrungen kommen ganz überwiegend über die kommunalen Ausländerbeiräte zu uns in die Landesorganisation. Dabei geht es um Alltagsdiskriminierungen in der Schule, in den Arztpra-

xen, auf der Straße, in den Geschäften. Ausgrenzung kommt immer noch am häufigsten im Alltag vor. Das sind dann Vorgänge, die man oft nur sehr schwer greifen kann. In vielen Beispielen geht es darum, dass den Betroffenen immer wieder sehr deutlich vor Augen geführt wird, dass sie nicht dazugehören und zwar nicht so dazugehören, wie Menschen der einheimischen Gesellschaft. Da spreche ich übrigens aus eigener Erfahrung. Ich habe selbst auch Diskriminierungserfahrungen. Egal, ob das nun ein Bereich im alltäglichen Leben ist, in dem man Diskriminierungserfahrungen macht, oder sogar in Freundeskreisen, wo auch hin und wieder mal ein Wort fällt, das eigentlich nicht richtig bedacht worden ist: das Problematische bei diesen Formen von Alltagsdiskriminierung ist, dass sie sich nicht erfassen lassen, zumindest nicht so wie andere akutere Formen wie beispielsweise verbale oder auch körperliche Angriffe. Über diese latenten, schwer greifbaren Formen wird dann auch gerne hinweggegangen. Es wird angenommen, dass sie zum Alltag einfach dazu gehören würden. Und dies ist deshalb so besorgniserregend, weil dieser Alltagsrassismus offensichtlich in den vergangenen Jahrzehnten zugenommen hat, gleichzeitig aber immer wieder darauf verwiesen wird, dass es nicht ganz so schlimm sei. Gerade im Bereich dieser latenten, schwer greifbaren Formen von Alltagsrassismus müssten präventive Konzepte entwickelt und umgesetzt werden, mit denen man das Bewusstsein der Menschen besser schärfen kann. Da ist natürlich auch die Politik – angefangen von Landesebene bis zur kommunalen Ebene – gefragt. Es muss eine andere Kultur des Umgangs mit diesem Thema des Alltagsrassismus bei den Verantwortlichen, aber auch in der Bevölkerung entwickelt werden. Wann fängt Diskriminierung, wann fängt Ausgrenzung an und wann ist es tatsächlich Spaß? Da muss sich ein anderes Bewusstsein entwickeln.

Neben dem Alltagsrassismus haben wir natürlich auch sehr viel mit dem Bereich der so genannten institutionellen Diskriminierung zu tun. Das Bildungssystem und dabei insbesondere die Frage des Zugangs zu Bildung stellen einen Schwerpunkt in Bezug auf institutionelle Diskriminierung dar. Beim Umgang mit Menschen mit Behinderungen oder im Hinblick auf sozioökonomische Problemlagen wird aus unserer Sicht sehr deutlich, dass das hiesige Bildungssystem eher ausgrenzend und selektierend als einbindend ist. Dies belegen zahlreiche Studien, z.B. die von Herrn Professor Olaf Radtke, Universität Frankfurt, der sich mit diesem Themenfeld sehr intensiv befasst hat, auf die ich verweisen möchte. Professor Radtke ist in der

Tat zu der Erkenntnis gekommen, dass das hessische Bildungssystem durch die Auslesemechanismen auch sehr diskriminierend ist. Ich glaube aber, dass die Verantwortlichen im Bildungsbereich sich dessen bewusst geworden sind. Es wird jetzt zumindest unter dem Stichwort Inklusion darüber gesprochen. Aber mir geht das Ganze noch viel zu langsam und die politische Diskussion, die wir natürlich auch im Bildungsbereich verfolgen, zeigt nicht unbedingt, dass wir hier wirklich weitergekommen sind. Es gibt noch viel zu tun, damit unser Bildungssystem auch Chancengleichheit gewährt. Bedauerlicherweise bietet unser Bildungssystem nicht die Möglichkeit einer chancengerechten, chancengleichen Bildung, so dass hier noch viel getan werden muss.

Interviewerin Ich würde gerne eine kurze Nachfrage stellen: Im Zusammenhang mit dem strukturellen Rassismusgeschehen würde mich noch interessieren, welche Erfahrungswerte Sie mit dem Verhalten der Polizei haben. Die Rolle, das Verhalten der Polizei – ist das etwas, was Sie in Ihrer Verbandsarbeit als Thema wahrnehmen? Haben Sie Berichte von Menschen, wie sie die Polizei erleben?

Befragter Zurzeit beschäftigt uns ein Fall, der Schlagzeilen gemacht hat. In einer Sozialverwaltung wurde im letzten Jahr eine Schwarze Frau von einem Polizeibeamten erschossen. Wir können natürlich nicht im Einzelnen nachvollziehen, wie es zu dieser schrecklichen Tat gekommen ist, aber es ist leider ein Beispiel dafür, dass die Polizei trotz sehr guter Ansätze der interkulturellen Öffnung eine gewisse Behutsamkeit vermissen lässt. Es wird uns immer wieder berichtet, dass Menschen sich gerade von der Polizei diskriminiert und auch rassistisch behandelt fühlen und es sehr schwer ist, Beschwerden gegen das polizeiliche Verhalten anzubringen.

Zwar sind die hessischen Sicherheitsbehörden sehr darauf bedacht, sich der neuen Situation der Pluralität in der Gesellschaft zu stellen. Ich erlebe es schon so, dass das Land Hessen sich in Bezug auf die Weiterentwicklung der Polizei im Umgang mit einer sich verändernden, pluralen Gesellschaft sehr bemüht. Das ist außerordentlich positiv. Auf der anderen Seite müssen wir aber doch auch feststellen, dass es noch verdeckte, bestimmte Ecken und Löcher im System der Sicherheitsbehörden gibt, zu denen eigentlich niemand Zugang hat. Menschen, die rassistisch behandelt worden sind, berichten uns in diesem Zusammenhang immer wieder davon, dass ihre Glaubwürdigkeit in Frage gestellt

wird. Das ist sehr schwierig und sehr belastend für die Betroffenen. Ihnen wird die Beweislast auferlegt, aber sie haben gar keine Möglichkeit, die Beweisführung zu leisten, weil sie alleine mit den Sicherheitsbeamten/innen bestimmte Situationen erleben. Sie befinden sich dann oft in einer Lage, die es ihnen unmöglich macht, Beweise vorzulegen.

Diese Erlebnisse und Erfahrungen mit der Polizei werden immer wieder auch an uns herangetragen. Wir können im Prinzip nur die Schilderungen weitergeben und immer wieder dazu auffordern, behutsamer vorzugehen. Mein Eindruck ist schon, dass wir hier in Hessen mitunter vor diskriminierenden Handlungen der Sicherheitsbehörden nicht gefeit sind. Auch dies ist eine Realität in unserem Land.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch erwähnen, dass wir im Kontext mit der Aufklärung oder Nicht-Aufklärung der NSU-Morde in unseren Reihen sehr heftig über die Rolle des Verfassungsschutzes diskutieren. Wir sind der Auffassung, dass hier unser Verfassungsschutz komplett versagt hat. Das kann ich nicht anders ausdrücken. Aufgrund der Schilderungen, die uns zugetragen worden sind, sind wir zu der Einschätzung gelangt, dass der Verfassungsschutz in weiten Teilen auf dem so genannten rechten Auge tatsächlich blind ist. Es erschließt sich uns nicht, dass ein so gut funktionierendes System der Beobachtung es einfach nicht hat wahrnehmen können, dass es hier offensichtlich gut funktionierende Strukturen im rechten Spektrum gegeben hat. Diese hat der Verfassungsschutz einfach übersehen. Das ist für uns unfassbar und nicht nachvollziehbar.

Wir verstehen natürlich das Dilemma, in dem die Sicherheitsbehörden stecken. Wir verstehen, dass es schwierige Sachverhalte sind. Aber wir nehmen uns das Recht, unsere Vermutungen sehr deutlich zu äußern und sind nach wie vor der Auffassung, dass hier der Verfassungsschutz, so wie er bisher in diesem Bereich gearbeitet hat, versagt hat. Wir sehen, dass sich der Verfassungsschutz in anderen Bereichen, der Bekämpfung von Islamismus z. B., sehr effizient aufgestellt hat. Diese Herangehensweise begrüßen wir ausdrücklich. Aber wir erwarten natürlich, dass man sich auch im rechten Spektrum ebenso gut bewährt. Dies ist bisher im rechten Spektrum – unserer Ansicht nach – nicht erfolgt.

Interviewerin Ist Ihnen etwas darüber bekannt, welche Handlungsstrategien Menschen, die sich von Rassismus oder Rechtsextremismus betroffen fühlen, entwickeln? Gibt es da Dinge, die Sie mitbekommen,



verschiedene mögliche Handlungsstrategien, die Menschen dazu entwickelt haben?

Befragter Von einem planmäßigen Vorgehen oder von systematischen Handlungsstrategien kann man nicht sprechen. Die Menschen, die zum Teil in verzweifelten Lebenslagen sind, werden sehr allein gelassen. Sie finden keine Hilfestrukturen vor. Es wird auch von staatlicher Seite nichts bereitgehalten. Es fehlt an juristischem Beistand, psychologischem Beistand, ganz generell an allem, was die Betroffenen unterstützen oder ihnen Wege aufzeigen könnte, wie sie sich zur Wehr setzen können.

Ich erfahre immer wieder von Situationen, die sich aus Sicht der Betroffenen einfach als hoffnungslos darstellen. Die Betroffenen haben weder Gesprächspartner noch Menschen, die sie ernst nehmen, wenn sie irgendwo vorsprechen und über solche Vorfälle erzählen. Mir wird auch berichtet, dass Menschen, die zur Polizei gehen und versuchen Anzeige zu erstatten, hin und wieder abgewehrt werden und dass man es sehr schwer hat, wenn man Diskriminierungen ausgesetzt war oder rassistisch attackiert worden ist, dies entsprechend „loszuwerden“ und Hilfe in Anspruch nehmen zu können. Deshalb erscheint es uns wichtig, damit anzufangen auch in Hessen ein Netzwerk aufzubauen und dieses auch gut bekannt zu machen. Vor allem die Betroffenen sollten wissen, wo es Beratungsstellen gibt, die ihnen juristisch und psychologisch zur Seite stehen können.

Zusammengefasst kann man hier nicht von einer Strategie reden, welche Menschen anwenden können, um

Problemlösungen zu finden. Wir werden eher mit einer großen Hilflosigkeit konfrontiert angesichts der komplett fehlenden Strukturen.

Interviewerin Eine Frage, die wir bisher nicht so stark besprochen haben, zielt auf den Bereich der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung. Wie nehmen Sie die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung momentan wahr? Also was passiert auf zivilgesellschaftlicher Ebene und gibt es da Optimierungsvorschläge von Ihnen? Was könnte da besser laufen?

Befragter Wir waren überrascht und schockiert, dass die Reaktionen in der Zivilgesellschaft auf das Aufdecken der rassistischen NSU-Morde doch sehr verhalten ausgefallen sind. Sicherlich wird von einem Großteil der Zivilgesellschaft Rassismus nicht für gut geheißen, aber dieser Teil der Bevölkerung erachtet es nicht als notwendig, auf die Straße zu gehen und sich offen dagegen auszusprechen. Das finde ich bedauerlich. Die Reaktionen und der persönliche Einsatz, um zu zeigen, dass wir das hier nicht dulden, sind noch relativ bescheiden. Diese schrecklichen Morde haben allerdings dazu geführt, dass der Anteil der Personen in der Zivilgesellschaft, die sich schon seit Jahrzehnten gegen Rassismus wenden und diesem Problem stellen, wächst. Und auch die Qualität des Protestes steigt. Ich war selbst als Sprecher bei der Kundgebung vor einigen Monaten in Kassel. Es war für mich sehr wohltuend, dass nahezu zehntausend Menschen auf die Straße gegangen sind und sehr offen protestiert haben. Protestiert haben, weil sie hier eine Gesellschaft wollen, die

frei ist von Diskriminierung und Rassismus. Ich glaube, dass die Pluralität in unserem Land dazu geführt hat, dass auch der Großteil der Zivilgesellschaft offener mit dieser Pluralität und offener mit dem Anderssein umgeht. Leider geschieht dies noch nicht in dem Maß, wie wir uns das wünschen. Die Gesellschaft insgesamt bekämpft diese Rassismen nicht so, wie sie eigentlich bekämpft werden müssten.

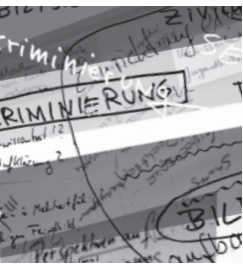
Es gibt einen „harten Kern“ von rechten Gewaltbereiten, gegen die muss man tatsächlich institutionell, aber auch durch den Protest der Zivilgesellschaft ganz entschieden vorgehen. Ich erwarte von unserer Zivilgesellschaft, dass auch sie ein deutlicheres Zeichen setzt, dass wir dieses Krebsgeschwür in unserer Demokratie nicht wollen und ich hoffe, dass sich auch in nächster Zeit und in den kommenden Jahren die Zivilgesellschaft effizienter und entschiedener in diesen Prozess einbringt.

Interviewerin Haben Sie Ideen, Vorstellungen dazu, was Menschen brauchen könnten, die von Rechtsextremismus, rassistischen, antisemitischen Übergriffen konkret betroffen sind. Sind die bisherigen Angebote ausreichend? Ein bisschen haben Sie schon dazu gesagt, aber vielleicht gibt es noch irgendetwas, was Sie noch präzisieren wollen.

Befragter Die ganz wenigen Beratungsstellen, die wir hier hessenweit haben, sind meiner Kenntnis nach absolut überlastet und viele der Menschen die sich diskriminiert fühlen, wissen oft gar nicht, dass es diese ganz wenigen Stellen überhaupt gibt. Im Hinblick auf die Ansprechpartner im Lande Hessen kann ich sagen, dass wir in einer „Wüste“ leben.

Viele suchen Rat auf der Ebene der kommunalen Ausländerbeiräte, die uns wiederum darüber informieren. Diese Menschen, die sich an uns wenden, haben es einfach nicht geschafft, irgendjemand vor Ort zu finden, der ihnen diesbezüglich zur Seite steht. Wir versuchen diese Fälle jetzt zu dokumentieren, auch um damit deutlich zu machen, dass und wie oft wir es tatsächlich mit diesem Problem zu tun haben.

Wir brauchen unbedingt den Aufbau von Anti-Diskriminierungsstellen, die mit ausreichendem und kompetentem Personal den Betroffenen sowohl juristisch als auch psychologisch zur Seite stehen. Die Betroffenen sollen dann im Ergebnis sagen können: Ich fühle mich wieder besser, rehabilitiert, entschädigt oder sie haben eine Gerichtsentscheidung errungen, mit deren Ergebnis sie einverstanden sind. Das brauchen wir als Integrationsland Hessen unbedingt.



INTERVIEW: VERBAND DEUTSCHER SINTI UND ROMA, LANDESVERBAND HESSEN

Adam Strauß *Vorsitzender*

1981 wurde der Vorgänger des heutigen Landesverbands in Darmstadt vor allem von den Nachkommen der Überlebenden des Völkermords als eingetragener Verein gegründet. Neben der individuellen Betreuung, Beratung bis hin zur Übernahme einer quasi anwaltlichen Bevollmächtigung aller hessischen Sinti und Roma – unabhängig ob Vereinsmitglied oder nicht – war es in den ersten Jahren das Ziel, dass Politik und Gesellschaft die Vernichtung von circa 500.000 Sinti und Roma im Nationalsozialismus als Völkermord anerkennen. Daneben war die Aufarbeitung der Geschichte der materiellen Entschädigung und deren Auswirkungen auf die Überlebenden im Rahmen des Bundesentschädigungsgesetzes fast 15 Jahre ein fester, ein wesentlicher Bestandteil der Bürgerrechtsarbeit des hessischen Landesverbands. Ralph Giordano bezeichnete diese bundesdeutsche Realität als „zweite“ Schuld.

Stellungnahme

Der Landesverband nimmt manchmal an Podiumsdiskussionen im Kontext Rechtsextremismus teil und zwei Fragen stehen dabei immer im Mittelpunkt. Deshalb erachten wir als sinnvoll, den Leserinnen und Lesern der Broschüre zum einen unsere Position zu den Fragen, aber auch zum anderen Gedanken zum Antiziganismus zu präsentieren.

„Wie erleben Sie den Rechtsextremismus?“

Die Gefahr von Gewalt gegenüber uns Sinti und Roma ist immer vorhanden und dessen sind wir uns bewusst. Dass dies nicht nur eine unbegründete Angst ist, zeigen doch die vier Roma, die im Februar 1995 in Oberwarth ermordet wurden.

Die Bewertung dieser Morde ist eindeutig, aber im Weiteren möchte ich an zwei Beispielen versuchen, ein wenig hinter das Offensichtliche zu blicken.

Das erste Beispiel ist bekannt, aber dennoch ergeben sich für uns Sinti und Roma zusätzliche Fragen.

Ich denke, Sie werden mir zustimmen, wenn ich sage, dass eine der Motivation der Mörder bei der Mordse-

rie des so genannten NSU war, diejenigen zu töten, die aus ihrer Sicht nicht zu Deutschland gehören beziehungsweise hier nicht leben sollen.

Es besteht auch darüber höchstwahrscheinlich Konsens, dass die Mörder auch deutsche Sinti und Roma nicht als Deutsche angesehen haben.

Diese Meinung wird aber leider nicht nur von solchen Verbrechern geteilt. In einer Meinungsumfrage sagten 37 Prozent, dass Sinti und Roma raus aus Deutschland sollen. Diese Ergebnisse wurden seinerzeit auch im Darmstädter Echo präsentiert und sie wurden durch spätere Umfragen bestätigt.

Zu der Mordserie gibt es eine Frage, auf die ich noch keine klare Antwort habe.

Bewerten all diejenigen, die die Morde der Terrorzelle verurteilten bzw. verurteilen, auch die Ermittlungsmaßnahmen im Fall Kiese Wetter, bei der die gesamte Minderheit der Sinti und Roma in Sippenhaft genommen wurde, als Diskriminierung?

Gestatten Sie mir, dass ich einen Blick zurückwerfe, weil sich vielleicht kaum jemand an den konkreten Vorgang erinnert.

Was ist damals geschehen und wie wurde darauf reagiert?

Unter den Opfern war auch die Polizistin Michèle Kiese Wetter. Im Ermittlungsverfahren wurden lange Zeit beinahe unwidersprochen Sinti und Roma pauschal und in haltloser Weise von Polizei und Justiz als potentielle Täter („aus dem Sinti-Roma-Milieu“) öffentlich stigmatisiert.

Nicht einmal im Nachhinein gab es eine Erklärung des Bedauerns, nachdem die Täter offensichtlich ermittelt waren.

Was ist geschehen und warum ist in einem anderen Zusammenhang nichts geschehen?

Das öffentliche Bedauern gegenüber einer Gruppe, die diskriminiert wurde und gegenüber den Verwandten der Opfer, die verdächtigt wurden, hat sehr lange gedauert und diese Entschuldigung war überfällig und dies sollte doch selbstverständlich sein, wenn Unrecht geschehen ist.

Warum hat sich weder die Polizei, Staatsanwaltschaft noch die Bundesregierung bei den Sinti und Roma entschuldigt, die pauschal und zu Unrecht verdächtigt wurden. Dies hat nichts mit Rechtsradikalismus zu tun, sondern meiner Meinung nach ist dies eine Auswirkung des Antiziganismus, der sehr stark in der Bevölkerung verankert ist, was unter anderem auch dadurch erkennbar ist, dass 68 Prozent der Bevölkerung keine Sinti und Roma als Nachbarn wollen, wie es in der zitierten Umfrage heißt.

Noch ein weiteres Beispiel: Im Februar 2011 erschien in der Frankfurter Rundschau ein Artikel über unsere Auseinandersetzung mit dem hessischen Kultusministerium über die Benutzung des Begriffs Shoah für Völkermord im schulischen Unterricht. Die Unstimmigkeiten konnten mittlerweile größtenteils behoben werden. Deshalb will ich auf den Inhalt des Artikels nicht weiter eingehen.

Der Artikel wurde mit einem Foto und einer dazugehörigen Textzeile ergänzt. Auf dem Foto ist ein Mädchen zu sehen, im Hintergrund steht ein Pkw mit holländischem Kennzeichen und dahinter sind mehrere Wohnwagen zu sehen. Welches Bild würde möglicherweise erscheinen, wenn nicht der Völkermord an Sinti und Roma Gegenstand des Artikels gewesen wäre?

Eine weitere Frage ist, warum wurde dieses Foto über eine Diskussion über einen von uns nicht akzeptierten Begriff, nämlich Shoah, für den Völkermord an Sinti und Roma ausgewählt?

Ein Pkw mit holländischem Kennzeichen ist sicherlich nicht relevant für den Völkermord. Aber eine Diskussion über einen Begriff für den Völkermord an Sinti und Roma mit einem Foto mit Wohnwagen zu ergänzen, ist schon bemerkenswert.

Aber es geht ja weiter, denn die unter dem Foto stehende Textzeile ist Rassismus, Antiziganismus pur. Dort steht: „Andere Ethnie, andere Lebensweise: Das kostete viele Sinti und Roma unter den Nazis das Leben.“ Was sagt nun dieses Bild und der Text: Sinti und Roma sind Nomaden und weil sie Nomaden waren, wurden sie umgebracht. Oder anders ausgedrückt: Ihre spezielle Lebensweise war der Grund des Völkermords und nicht der nationalsozialistische Rassenwahn.

Wie wäre die öffentliche Diskussion verlaufen, wenn eine ähnliche Beschreibung über eine andere Opfergruppe veröffentlicht worden wäre?

Grundsätzlich ist zu sagen: Der Antiziganismus beinhaltet immer die Ausgrenzung, die es nach dem Grundgesetz nicht geben dürfte, und deshalb ist der Antiziganismus aus der Sicht einer Demokratie zu verurteilen, die sich ernst nimmt.

Und die Frage ist aber auch, wie kann man die Verurteilung der grundgesetzwidrigen Diskriminierung gegenüber Sinti und Roma zum Ausdruck bringen.

Zum Beispiel durch Solidarität. Unsere Minderheit erfuhr aber fast keine Solidarität in der Öffentlichkeit, als die Beschuldigungen verbreitet wurden, hat bis jetzt niemand die Vertreter des Staates aufgefordert, dass sie sich bei der Minderheit der Sinti und Roma wegen Diskriminierung im Mordfall Kiesewetter entschuldigen bzw. ein Bedauern aussprechen sollen.

Diese Einzelbeispiele verdeutlichen zum einen eine der Lebenswirklichkeiten der Sinti und Roma und zum zweiten sollten meiner Meinung nach unser Blick und unsere Aktivitäten sich nicht nur auf spektakuläre Großereignisse richten, die oftmals „nur“ zu einer kurzzeitigen Betroffenheit führen.

„Wie sehen Sie den aktuellen Stand von Rassismus und Rechtsextremismus?“

Meine Position zum extremen Rassismus habe ich vorher zum Ausdruck gebracht, aber genauso wichtig oder aber vielleicht noch viel wichtiger ist es, die alltägliche Diskriminierung von Menschen in den Mittelpunkt zu rücken. Meiner Meinung nach sollte eine kontinuierliche und nachhaltige Beschäftigung mit dem Rassismus und seinen unterschiedlichsten Ausdrucksformen in den Mittelpunkt des städtischen Handelns und seiner Bürger gerückt werden.

Beispiel: Der Landesverband machte 2010 im Rahmen des Lokalen Aktionsplans in Darmstädter Jugendhäusern eine Umfrage. Die Stadt unterstützte auch inhaltlich das Projekt und ich denke die Ergebnisse der Umfrage lassen sich verallgemeinern.

50 Prozent der Jugendhäuser machten mit und zusammenfassend kann gesagt werden: Die Aussagen der Jugendlichen sind vielschichtig, aber eines machen sie fast durchweg deutlich: Wie alltäglich der Rassismus auch in Darmstadt ist. Hier ist ausdrücklich zu betonen, dass die Verantwortlichen der Stadt Darmstadt einiges zum Abbau des Antiziganismus machen, aber offensichtlich noch nicht genug.

Zurück zu dem Projekt. Ein Ergebnis aus der Umfrage war das Folgende: 70% der befragten Jugendlichen sagten im Zusammenhang mit der Minderheit, dass Sinti und Roma mit Kutschen umherfahren. Weitere Bilder – die Ihnen höchstwahrscheinlich auch bekannt sind – wurden genannt und die Frage ist auch, wie können sich Bilder auswirken. Eine Antwort bzw. die Antworten sollte man doch auch von den Leserinnen und Lesern der Broschüre erwarten können. Als Hinweis



für das eigene Nachdenken wollen wir die Ergebnisse von den unterschiedlichen Meinungsumfragen benennen und auf ein Ergebnis wurde oben hingewiesen. Ein anderes Ergebnis – das sicherlich seinen Hintergrund eher im traditionellen Antiziganismus hat – einer Meinungsumfrage ist, dass 68 Prozent der Befragten sagten, sie wollen keine Sinti und Roma als Nachbarn haben und dieses Ergebnis wird durch weitere Studien belegt. Ein Erlebnis mit meiner Enkeltochter hat mich bestürzt, aber gleichzeitig weist dieses wahrscheinlich alltägliche Beispiel darauf hin, wie schwierig es ist, sich als Angehöriger der Minderheit zu erkennen zu geben. Beispiel: Ich holte meine Enkeltochter von der Schule ab. Auf dem Nachhauseweg sagte sie zu mir: „Pappo hole mich bitte nicht mehr von der Schule ab.“ Ich fragte nach: „Warum?“ Ihre Antwort war: „Damit die Anderen nicht wissen, dass ich eine Sinteza bin.“ Nach diesem Gespräch wurde leider ihre Angst bestätigt. Früher war sie auf dem Schulhof nicht allein, sondern sie war sozusagen mittendrin und nachdem bekannt wurde, dass sie eine Sinteza ist, stand sie allein auf dem Schulhof und keine der Freundinnen besuchte sie mehr zu Hause.

Wir kennen nicht die Gründe der Politiker, Fußballer und anderer Menschen, die die Gesellschaft anerkennt, warum sie sich nicht als Angehörige der Minderheit zu erkennen geben. Es ist anzunehmen, dass höchstwahrscheinlich die Angst vor Ausgrenzung, Diskriminierung, ja vor gesellschaftlichem Abstieg, der Grund für das Nichtouten ist. Z. B. Musiker, die sich als Angehörige zu erkennen geben, haben offensichtlich nicht diese

Angst wie andere und die Frage nach dem Warum soll hier nicht weiter vertieft werden.

Schlussbemerkungen

Zum allgemeinen besseren Verständnis, für einen gleichberechtigten Dialog und dies auf der Grundlage unseres Grundgesetzes, sollten sich – wenn noch nicht geschehen – alle mit den Ursachen des Antiziganismus und dessen Folgen für die Nicht-Sinti/-Roma und für die Sinti und Roma zumindest beschäftigen.

Im Grundgesetz ist der Gleichheitsgrundsatz verankert und deshalb ist es bemerkenswert, dass

- bei allen nationalen Minderheiten und ihren Interessenvertretungen in der Bundesrepublik zumindest ein Vertrag unterzeichnet wurde bzw. in den jeweiligen Bundesländern eine vertragliche und somit strukturelle Grundlage für ihre Arbeit vorhanden ist, aber für die Angehörigen der nationalen Minderheit Sinti und Roma in Hessen nicht.
- neben dem Gleichheitsgrundsatz noch eine weitere Grundlage für einen Vertrag zwischen dem Land Hessen und dem Verband Deutscher Sinti und Roma besteht. Das Land Hessen hat dem europäischen Rahmenübereinkommen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten im Bundesrat zugestimmt, und die Bundesregierung hat im Jahr 1998 dieses Rahmenübereinkommen ratifiziert. In Hessen ist die Gruppe der deutschen Sinti und Roma eine vertragsrechtlich geschützte Minderheit.
- aufgrund der besonderen Geschichte im Nationalsozialismus das Land Hessen zu Recht mit den Jüdischen

Gemeinden in Hessen einen Vertrag unterzeichnet hat. Es versteht sich, dass mit der Unterzeichnung die Verantwortung des Landes Hessen für die Überlebenden des Völkermords und deren Nachkommen – auch in finanzieller Hinsicht – festgeschrieben wurde. Das Land Hessen anerkennt zwar die deutschen Sinti und Roma in Hessen als Angehörige einer nationalen Minderheit und als Opfer eines Völkermordes, aber dennoch lehnt das Land Hessen einen Vertrag mit der Interessenvertretung der Sinti und Roma ab. Dies kann nur eine Hierarchisierung zwischen den beiden Gruppen bedeuten. Beide waren Opfer des nationalsozialistischen Rassenschwachs und beide Gruppen wurden als außereuropäische „Fremdrassen“ aus der so genannten Volksgemeinschaft ausgeschlossen.

- das Land Hessen Folgendes unterzeichnete: Das Land Hessen ist „gewillt, die in diesem Rahmenübereinkommen niedergelegten Grundsätze mittels innerstaatlicher Rechtsvorschriften und geeigneter Regierungspolitik zu verwirklichen“. Das Land Hessen vertritt in öffentlichen Erklärungen, dass es seiner Verpflichtung nach dem von ihr unterzeichneten Vertrag nachkommt, wenn es Projekte auf der Grundlage der Freiwilligkeit finanziell unterstützt. Es deutet alles darauf hin, dass der nichtvertragliche Zustand und dessen Folgen, z. B. einer fehlenden Kontinuität und Nachhaltigkeit, das Ergebnis des Antiziganismus ist.
- sowohl der Abbau der Vorurteile gegenüber Sinti und Roma in Hessen als auch die Förderung der Angehörigen der nationalen Minderheit in Hessen in gesellschaftlichen Bereichen und dies auf der Grundlage des europäischen Rahmenübereinkommens nicht zielgerichtet auf Kontinuität und Nachhaltigkeit angelegt ist. Möglicherweise kommt hier eine paternalistische, eine antiziganistische Denkstruktur zum Vorschein, und dieser Ansatz ist weder mit dem Rahmenübereinkommen noch mit dem Grundgesetz vereinbar. Die Erkenntnisse einiger Studien zeigen doch deutlich, dass die Angehörigen der Minderheit der Sinti und Roma – wenn sie sich als Angehörige der Minderheiten outen – nicht die gleichen Chancen, und dies in allen gesellschaftlichen Bereichen, haben, wie die Nicht-Sinti/-Roma. Das bedeutet auch, dass die fehlende Chancengleichheit und der Antiziganismus unmittelbar miteinander verbunden sind.

Die Förderung der Angehörigen der Minderheit – die es wollen, denn die Zugehörigkeit zur Minderheit ist freiwillig – und der Abbau von Vorurteilen gegenüber Sinti und Roma sind die Aufgaben des Verbands Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen. Dem entgegen steht der fast feststehende Antiziganismus. Was ist

zu tun? Aufklärung über die Ursachen der „Zigeunerbilder“ und deren Folgen für die Minderheit und auch der Folgen für die Nicht-Sinti/-Roma und für die Gesellschaft. Auf das Individuum bezogen heißt es, dass neben der Aufklärung über die „Zigeunerbilder“ ebenso eine Reflexion über den Nutzen der Vorurteile für das Individuum notwendig ist, denn ansonsten würden sie nicht für die individuelle Harmonie benötigt. Vorurteile haben noch einen anderen Nutzen und zwar bei Auseinandersetzungen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft, um politische, gesellschaftliche Ziele, die oftmals auf die Mehrheitsgesellschaft ausgerichtet sind, besser durchsetzen zu können und dies erfolgt auch durch die Instrumentalisierung z. B. der „Zigeunerbilder“. Die Möglichkeit einer zielgerichteten „Meinungsmache“ von gesellschaftlichen Interessengruppen würde ins Leere gehen, wenn keine z. B. „Zigeunerbilder“ bei dem größten Teil der Nicht-Sinti/-Roma vorhanden wären.

Ein Motto von Bundespräsident Gauck lautet: „*Nehmen wir uns die Freiheit, in Verantwortung.*“ Eine kleine Ergänzung sollte erlaubt sein: Jeder oder Jede wird erst wirklich „frei“ sein, wenn er oder sie frei von Vorurteilen ist, hier sind vor allem die Vorurteile, die schon zu Urteilen geronnen sind gegenüber Minderheiten – bezogen auf ihre Herkunft oder Religion – gemeint. Erst auf dieser Grundlage ist ein gleichberechtigter Dialog in freiheitlicher Verantwortung im Sinne des Grundgesetzes möglich bzw. lebbar.

Warum „Die zweite Schuld“?

Es ist wichtig zu erkennen, dass der Alltagsrassismus und auch der Alltagsantiziganismus das Leben von den Opfern stark beeinträchtigt, aber es ist doch eine Binsenweisheit, ohne Täter gibt es keine Opfer.

Es ist wichtig zu erkennen, dass der Antiziganismus eine fast 500jährige Tradition in der Geschichte im deutschsprachigen Raum hat. Die letzte Konsequenz des Antiziganismus war im Nationalsozialismus der Völkermord an Sinti und Roma.

Wenige überlebten das Grauen und nur deutsche Staatsbürger waren nach dem Gesetz berechtigt, Anträge nach dem Bundesentschädigungsgesetz zu stellen.

Die Aussage von Ralph Giordano bezog sich damals auf einen alltäglichen Vorgang und erst im Nachhinein wird es zur Geschichte.

Was ist nun in diesem Bereich, der damals Alltag war, geschehen?

Vielleicht ist die Denkstruktur, mit der die überlebenden Sinti und Roma zu tun hatten, mit drei Hinweisen vermittelbar.

1. Im BEG wurden einige Opfergruppen ausgegrenzt, und eine davon war die Gruppe der Sterilisierten. Dieser Sachverhalt sollte nicht Gegenstand dieser Ausarbeitung sein, aber dennoch gibt in diesem Zusammenhang ein Protokoll des deutschen Bundestags aus dem Jahre 1961 Anlass, aus dem Ausschuss zur Wiedergutmachung zu zitieren. Hier heißt es: „Der Vorsitzende bemerkt, daß die Entschädigung auch von Gesunden mißbräuchlich verwendet werden könnte, aber Erscheinungen, wie sie z. B. bei den zum Teil sehr hohen Entschädigungen der Zigeuner zu beobachten gewesen seien, nicht dazu berechtigten, allen Sterilisierten die Entschädigung grundsätzlich zu verweigern.“
2. Der Bundesgerichtshof – drei Richter – bezog sich bei der folgenden Entscheidung im Jahre 1956 auf ein Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz. In der Urteilsbegründung des BGHs heißt es: „Sie (die Zigeuner, der Autor) neigen, wie die Erfahrung zeigt, zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen und Betrügereien, es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe der Achtung vor fremden Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb eigen ist“ und weil „die bereits erwähnten asozialen Eigenschaften der Zigeuner“ vorhanden waren und sind, waren die Deportation im Jahre 1940 nicht rassenbiologischen Ursprungs, sondern der „Bekämpfung der Zigeunerplage“ geschuldet.
3. Stellungnahme einer hessischen Entschädigungsbehörde aus dem Jahre 1952: „Die Verfolgungsmaßnahmen waren nicht wegen ihrer Rasse“ durchgeführt worden, sondern wegen ihrem Hang „zur Begehung strafbarer Handlungen. Maßnahmen zur Bekämpfung der sogenannten Zigeunerplage sind auch heute wieder erforderlich.“

Fazit

Die Frage, ob die Denkstruktur sich konkret ausgewirkt hat, kann man mit einem Ja beantworten. Alle Akten die der Landesverband bisher eingesehen hat, waren von einer antiziganistischen Grundhaltung geprägt. Die Mehrzahl der Behördenmitarbeiter, Mediziner und Richter waren Antiziganisten oder nahmen Positionen ein, die im Nationalsozialismus staatstragend waren. Die Positionen entsprachen weder den Werten des Grundgesetzes noch dem Inhalt des Bundesentschädigungsgesetzes. Eine Sinteza sagte hierzu: Ich wollte doch nur Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit blieb ihr bis 1995 versagt, aber nicht nur das, erst mit der Anerken-

nung ihres Schicksals und ihrer Leiden wurde der Weg zu einem würdevollen und respektvollen Dialog möglich gemacht.

Meine Feststellung im Jahre 2012:

Die Minderheit der Sinti und Roma ist nicht homogen. Berufe waren und sind: Selbständige, vor allem Reise-gewerbetreibende und Kaufleute vor Ort, aber auch Arbeitnehmer. Einige Sinti und Roma, die nach Auschwitz deportiert wurden, wussten gar nicht, dass sie Angehörige einer Minderheit sind. Ab 1939 gab es fast keine reisegewerbetreibenden Sinti und Roma in Deutschland mehr, sondern sie gingen größtenteils einer geregelten nichtselbständigen Arbeit nach. Im Jahre 1952 wird das Ausüben eines von der IHK und den Gewerbeämtern anerkannten Berufs – siehe GG Art. 11 und 12 – von einer deutschen Behörde als „Zigeunerplage“ bewertet. Das waren die 1950er Jahre.

Die politische Anerkennung des Völkermordes wurde 1982 erreicht. Der hessische Landesverband konnte auch in Hessen eine veränderte Sichtweise erreichen, und dies hatte für die Überlebenden, die in den 1980er noch lebten, zur Folge, dass zum einem ihre Würde hergestellt werden konnte, und zum zweiten wurde im Rahmen von Zweitverfahren Recht gesprochen, das den Namen auch verdient. Nicht unerwähnt bleiben sollte, dass der hessische Landesverband hier einen wesentlichen Einfluss zur Realisierung des Hessischen Härtefonds ausgeübt hatte. Auch für die angemessene Umsetzung des Härtefonds – auch für überlebende Sinti und Roma, die wegen der Fristenregelung im Rahmen des BEGs keinen Antrag wegen verfolgungsbedingten Spätschäden stellen konnten – hat der Landesverband sich sehr aktiv zu Wort gemeldet. Der Hessische Härtefonds stellt eine Erfolgsgeschichte dar, spät, aber für einige nicht zu spät.

Ein wesentlicher Einschnitt stellt seit 1995 die Anerkennung der deutschen Sinti und Roma als nationale Minderheit dar. 1998 hat die Bundesregierung – mit der Zustimmung aller Bundesländer – das europäische Rahmenübereinkommen zum Schutz und zur Förderung nationaler Minderheiten ratifiziert.

Drei wesentliche Elemente beinhaltet das Abkommen, und die Inhalte sollen mittels verpflichtender Maßnahmen umgesetzt werden:

- Förderung der Angehörigen der nationalen Minderheit in allen gesellschaftlichen Bereichen und dies, um eine Chancengleichheit zwischen der Mehrheit und der Minderheit Sinti und Roma herzustellen und die gleichberechtigte Teilhabe.

- Der Schutz vor Diskriminierung und allein die Aufnahme in das Rahmenübereinkommen zeigt, dass auch der Antiziganismus ein Problem ist. – Näheres über die Geschichte und die Auswirkungen des Antiziganismus sind nachzulesen unter: <http://sinti-roma-hessen.de/9.html>: Antiziganismus, Engbring-Romang. Richtig ist, dass sich der Antiziganismus auf die Minderheit der Sinti und Roma auswirkt(e), aber er ist ein sehr großes Problem bei dem größten Teil der Nicht-Sinti/Roma.
- Pflege und Förderung der kulturellen Tradition, sei es die Minderheitensprache, das Romanes oder z. B. im musikalischen Bereich.

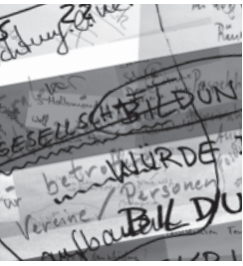
Ein vierter Bereich findet sich nicht im europäischen Rahmenübereinkommen, aber dennoch ist dieser Bereich ebenso ein wichtiger Bestandteil der Arbeit der Interessenvertretung der nationalen Minderheit in Hessen.

Das sind die Aufarbeitung und die Vermittlung der fast 600-jährigen Verfolgungsgeschichte der Sinti und Roma in Hessen. Der Landesverband hat deshalb sieben Lokaldokumentationen, ein Standardwerk für Hessen und die Ausstellung: „Hornhaut auf der Seele – Die Geschichte zur Verfolgung der Sinti und Roma in Hessen“ – herausgegeben. Auf Initiative des Landesverbands gibt es in Hessen zwei Mahnmale und mehrere Gedenktafeln für die ermordeten Sinti und Roma. Nur das Denkzeichen Güterbahnhof in Darmstadt war das Ergebnis der Bürgerschaft – der Landesverband war aber ein Teil des gesamten Prozesses – und hier ist noch darauf hinzuweisen, dass dieses Denkzeichen an die Opfer der beiden Gruppen – Juden und Sinti und Roma – erinnert. Darüber hinaus hat der Landesverband bis jetzt vier Medienboxen für hessische Schüler und Schülerinnen – für Darmstadt, Wiesbaden, Frankfurt und Südhessen – hergestellt und diese wurden und werden den örtlichen Schulen kostenlos zur Verfügung gestellt.

Die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte zur Verfolgung der Sinti und Roma – bezogen auf den Nationalsozialismus – kann in Hessen als fast abgeschlossen bezeichnet werden. Was fehlt ist die Aufarbeitung der Ursachen des Antiziganismus und dessen Auswirkungen auf Sinti und Roma. Ganz wesentlich ist auch die Analyse des Antiziganismus auf die Nicht-Sinti/Roma. Denn „Zigeunerbilder“ oder (Vor-)Urteile gegenüber Sinti und Roma haben für den Träger oder die Trägerin der Bilder einen Nutzen und dies trifft auf alle vorurteilsbehaftenden Bilder – bezogen auf Gruppen – zu. Dieses bewusst zu machen, im nächsten Schritt

dann die Bilder zu dekonstruieren, um einen vorurteilsfreien Dialog zu führen, ist eine große Aufgabe für die Zukunft.

Mit ein wenig Ehrlichkeit muss angesichts der Versteinerung der jahrhundertealten Vorurteile eines deutlich gesagt sein: Trotz der nachweisbaren Erfolge muss der Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen, seine Arbeit als einen Tropfen auf einen heißen Stein wahrnehmen und bewerten. Die Hoffnung liegt darin, dass der stete Tropfen den Stein höhlt.



INTERVIEW: TÜRKISCH ISLAMISCHE UNION DER ANSTALT FÜR RELIGION E.V. (DITIB)

Selçuk Doğruer Landesbeauftragter DITIB Hessen

DITIB, Türkisch islamische Union der Anstalt für Religion e.V., wurde im Jahre 1984 gegründet. Der DITIB Dachverband vereint bundesweit 896 Ortsgemeinden. Unser Vereinsziel ist es, Musliminnen und Muslime einen Ort zur Ausübung ihres Glaubens zu geben und einen Beitrag zur Integration zu leisten. Darüber hinaus engagieren wir uns intensiv im sozialen Bereich. Stets haben wir als gemeinnützige Einrichtung einen offenen, kooperativen Umgang und Dialog mit vielen Institutionen und Religionen.

Unser Haus ist ein Gemeindezentrum, in dem Muslime ihre Religion praktizieren können. Darüber hinaus haben wir eine Vielzahl an Bildungs-, Sport- und Kulturangeboten. Wir engagieren uns in den Bereichen Jugend-, Senioren- und Integrationsarbeit. Jährlich absolvieren bei uns viele Menschen Sprach- und Alphabetisierungskurse, darunter Integrationskurse, die in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) durchgeführt werden. Unsere Türen stehen nicht nur türkischen, türkischstämmigen oder muslimischen Menschen, sondern allen offen.

Interviewerin Welche Bezüge und welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus ergeben sich für Sie in Ihrer verbandlichen und gemeindlichen Arbeit?

Befragter In der rechtsextremistischen Szene sind sowohl ethnisch begründete Motive als auch religiös begründete Formen der Stigmatisierung weit verbreitet. Aufgrund der konfusen rechtsextremistischen Szene in Deutschland beobachte ich die Entwicklungen mit großer Sorge, da neben vielen anderen Milieus die meisten Muslime zweifach betroffen sind, nämlich zum einen vom ethnisch und zum anderen vom religiös begründeten Extremismus. Zudem werden aus dem Bereich der Schule vielerlei Empfindungen an uns herangetragen, bei denen es um Jugendliche geht, die Erfahrungen mit Stigmatisierungen machen, sich durch Mobbing in der Klasse, aber auch teilweise durch Lehrer marginalisiert

fühlen. Aus diesem Grund ist es ein heikles Thema, das seine Aktualität leider beibehält.

Interviewerin Begegnen Ihnen Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus in Ihrem Alltag bzw. in dem Alltag der Gemeindemitglieder?

Befragter Offensichtliche Erfahrungen zum Antisemitismus erlebe ich eher weniger. Obwohl die antisemitische Gesinnung nicht weniger verbreitet ist, wird eine gewisse historische Scheinsensibilität gepflegt. Offensichtlicher werden Islamophobie und Muslimfeindlichkeit eher thematisiert. Persönlich werde ich manchmal auf Podiumsdiskussionen oder Vorträgen von rassistisch gesonnenen Personen verbal angegriffen, worauf ich versuche nicht einzugehen. Ansonsten erfahren muslimische Familien verschiedene Formen der Diskriminierung an Schulen, durch Freunde und Lehrer. Manchmal gibt es auch Anschläge auf Moscheen oder beleidigende Sprüche auf kopftuchtragende Frauen in der Öffentlichkeit, wie z.B. in öffentlichen Verkehrsmitteln.

Interviewerin Und ist Ihnen etwas bekannt darüber, wie die Gemeindemitglieder damit umgehen, welche Handlungsstrategien sie entwickelt haben?

Befragter Die verschiedenen Formen der Islamophobie in Deutschland beängstigen sowohl unsere Mitglieder als auch Muslime insgesamt. Terror ist nicht nur etwas, von dem Nicht-Muslime betroffen sind, sondern etwas, was auch Muslime fürchten. Aus diesem Grund ist jede Form von Extremismus ein Grund dafür, dass auch Muslime dadurch beunruhigt und beängstigt werden.

Interviewerin Finden darüber dann Gespräche statt, wenn es jetzt zu solchen im Alltag spürbaren Bedrohungen oder Angriffen kommt?

Befragter Wir fördern die induktive Aufklärung in Sache Basisarbeit durch engagierte Mitgliedschaften in ver-

schiedenen Gremien auf Landesebene. Ich bin Mitglied im Rat der Religionen in Frankfurt, im Islamisch-Christlichen Arbeitskreis Hessen, der Christlich-Islamischen Begegnungswoche und Gründungsmitglied im neuen Hessischen Forum für Religion und Gesellschaft - HFRG, in dem wir unter anderem gesellschaftspolitische Themen mit Vertretern der Gesellschaft thematisieren werden. Darüber hinaus bemühen wir uns durch zahlreiche Teilnahmen an verschiedenen Podiumsdiskussionen, Veranstaltungen und durch Moscheeführungen wie z.B. für Schulklassen, Studenten, Lehrer und Pfarrer, in der Moschee die Begegnung zu fördern, Einblick zu verschaffen und Vorbehalte abzubauen. Außerdem besuchen wir Synagogen und Kirchen und bieten in diesem Rahmen verschiedene Fortbildungen an, um die Pluralität durch Kenntnis über die Anderen zu fördern. Was unserer bescheidenen Arbeit besonders schadet, sind undifferenzierte Berichterstattungen in den Medien, die manchmal sehr ertragreich geleistete Arbeit sorglos zerstören. Das ist natürlich ein Themenfeld, in dem wir uns sehr benachteiligt fühlen.

Interviewerin Können sie da ein Beispiel geben?

Befragter Beispielsweise hatten wir letzte Woche eine Veranstaltung zum 11. September. Der US-amerikanische Generalkonsul wurde ebenfalls eingeladen und ist der Einladung gefolgt. Schließlich haben wir gemeinsam die Synagoge, die Kirche und die Moschee besucht. Dabei haben wir in jedem Gotteshaus eine gemeinsame Erklärung gelesen. Auf einen weiteren Moscheebesuch des Generalkonsuls an einem Freitagsgebet haben wir uns ebenfalls gefreut. Die Kontrollen der Polizei vor dem Besuch, und insbesondere die Art und Weise dabei, war leider etwas unverhältnismäßig. Diese werden anscheinend bei US-amerikanischen Diplomaten immer ähnlich gehandhabt. Die Polizei hat dabei die Moschee sozusagen gestürmt. Es waren auch wahrscheinlich interkulturell unerfahrene Beamte, die etwas rücksichtslos vorgingen. Davon hat sich ein Teilnehmer am Freitagsgebet provoziert und diskriminiert gefühlt und sich mit folgenden Fragen dazu geäußert: „Was soll das? Wir sind hier in einem Gotteshaus. Auch wenn der amerikanische Generalkonsul kommt, bleibt er ein Mensch wie alle anderen hier vor Ort.“ Ein Journalist der Frankfurter Rundschau war dabei. Der Generalkonsul war jedoch noch nicht anwesend, sondern nur ein Pressesprecher des Konsulats. Im Artikel zum Besuch des Generalkonsuls in der Frankfurter Rundschau wurde die gesamte Veranstaltung auf dieses Ereignis reduziert und so wiederge-

geben, als ob ein weitgehender Protest stattgefunden habe. Die Darstellung in der FR war dermaßen polarisierend, dass dies unserer Gemeinde und auch dem Generalkonsul wirklich sehr geschadet hat. Und wir uns schließlich fragten, ob wir ähnliche Veranstaltungen lassen sollten. Ich frage mich oftmals dabei, welche Gesinnung zu derartiger Rücksichtslosigkeit führt. An unseren Gottesdiensten nehmen Muslime aus verschiedenen Schichten und Milieus der Gesellschaft teil. Es kommen Banker und es kommen sozial benachteiligte Muslime und so weiter. Auch bei der FES, also bei der Müllentsorgung arbeitende. In dem Artikel der FR war dann die Rede von „Bärtigen Müllmännern“, also in einer absolut diskriminierenden und stigmatisierenden Form.

Ich habe dies als Mitglied im Rat der Religionen thematisiert, alle Mitglieder haben dies sehr bedauert. Wir werden auch mit der Redaktion sprechen und sie darauf hinweisen, dass unserer Ansicht nach gegenüber Heiligtümern und gläubigen Menschen ein Mindestmaß an Respekt und Sensibilität mindestens human ist.

Wir fordern und fördern die Basisarbeit, den Dialog, und die Idee begegnend zu lernen, miteinander zu leben, anstatt aneinander vorbei zu leben. Und dann kommen solche Artikel in der Zeitung, wodurch man sich fragt, was kann man denn noch machen, um die Öffentlichkeit besser zu erreichen. Sie können sich sicherlich gut vorstellen, welche Auswirkungen solche Berichterstattungen auf die Leser haben, was für ein Bild sie sich von der Veranstaltung verschaffen, und mit welchen Denkmustern sie fortfahren. Eine Veranstaltung, in der alles bestens verlaufen ist. Der Generalkonsul hat sehr höflich und respektvoll gegenüber den Teilnehmenden dem Gebet zugesehen. Er hat im Anschluss eine Grußrede gehalten, in der er sich glücklich bedankt hat, während die Teilnehmenden ihm aufmerksam zugehört haben.

Wir haben der Polizei auch noch einmal während der Veranstaltung erklärt, dass mehr Fingerspitzengefühl sicherlich angemessen sei, weil eben das hier ein Gotteshaus ist. Was sie auch eingesehen haben und sich dafür entschuldigt haben.

Interviewerin Der 11. September scheint ja insgesamt, also im Kontext der Islamophobie, eine große Rolle zu spielen. Gibt es da noch weitere Beispiele?

Befragter Leider wird weitgehend auf der ganzen Welt der 11. September mit dem Islam als solches assoziiert. Ich habe damit ein Problem, dass jedes Jahr der



11. September zu einem Gedenktag geworden ist, und die Themen so undifferenziert mit dem Islam und mit den Muslimen im Einklang thematisiert werden, und die Vorbehalte und Vorurteile gegenüber Muslimen dadurch gefestigt werden. Und es schließlich an Reflexion und Differenzierung oftmals stark mangelt. Jedes Jahr finden zum 11. September Veranstaltungen statt, bei denen Vorstellungen zu „Muslimen“ und allgemein zum „Islam“ durch die Medien in den Gedächtnissen der Menschen geprägt werden. Und dies wird jedes Jahr noch mal hervorgerufen, als ob man sagt: „Schaut mal, vergesst das ja nicht. Das waren Muslime, die das getan haben.“ Obwohl es viele andere schreckliche Ereignis-Tage auf der Welt gibt, wie zum Beispiel der 20. März 2003. Sagt Ihnen das etwas? Der Irak-Krieg hat an diesem Tag begonnen. Die Folge davon ist, dass über eine Million Menschen gestorben sind. Oder der Afghanistan-Krieg zum Beispiel, bei dem allein 6 000 US-Soldaten und zehntausende Zivilisten gestorben sind, und der 22. Juli 2011, das Massaker vom Massenmörder Breivik in Norwegen, diese sind ebenfalls schreckliche Daten, die historisch bedeutend sind. Keinesfalls möchte ich das Ereignis am 11.09. verleumden, ich habe jedoch ein grundsätzliches Problem mit dieser Form von Stigmatisierung. Wir müssen jeden weltweiten Terror, Mord, Krieg und Folter verurteilen, und darunter auch den 11. September. Aber nicht mannigfache Verbrechen durch den Fokus auf den 11. September mithilfe pragmatischer Politik und verantwortungslosen Manövern unter den Teppich kehren. Ich erwarte ein Mindestmaß an Vernunftstrenghheit und Gewissenstrenghheit insbesondere bei folgen-

schweren Zuschreibungen mancher Eigenschaften an bestimmte religiöse oder ethnische Gruppen.

Interviewerin Machen sich diese islamophoben „Bilder“ im Alltag der Gesellschaft in Deutschland noch an anderen Stellen bemerkbar?

Befragter Eine Muslima, eine Lehrerin, Frau El-Sherbini, wurde im Gerichtssaal – einem deutschen Gerichtssaal – ermordet von einem Rassistin, der sie zuvor beleidigt hat. Sie hatte ihn angezeigt, worauf sie im Anschluss im Gerichtssaal mit mehreren Messerstichen von ihrem Mörder ermordet wurde. Die Kommunikationswissenschaftlerin Sabine Schiffer äußerte sich hierzu, dass sie gehnt habe, dass die Entwicklung in Deutschland darauf hingedeutet habe, dass es zu solchen Fällen kommen könne. Sie hat die These geäußert, dass die Medien, die Politik und im allgemeinen Sinne meinungsbildende Apparate, die Islamophobie schüren, und sich die Islamophobie in Deutschland weit verbreite. Der Staat sei dafür verantwortlich, da er dieser Entwicklung nicht entgegenwirkt und sich damit nicht genug präventiv auseinandersetzt. Die Verteidigung dieser Thesen war keinesfalls einfach für sie.

Interviewerin Diese Formen von Islamophobie, Rassismus, Rechtsextremismus, die wir jetzt angesprochen haben, sind die Thema in Gemeindevorständen?

Befragter Auch in den Gemeindevorständen, aber stärker in Leitungsgremien, wie zum Beispiel in den Landesverbänden wie hier bei uns oder auf Bundesebene. Die

Suche nach nachhaltig konstruktiven Lösungen geht weiter.

Interviewerin Entwickeln Sie da entsprechende Handlungsstrategien?

Befragter Zur Muslimfeindlichkeit meinen Sie? Also das zentrale Problem ist ja, dass die Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft, die verzerrte Wahrnehmung der Mehrheitsgesellschaft, zurecht gerückt werden muss. Und dass geht nicht deduktiv sondern nur induktiv. Ich bin der Auffassung, dass wir einer flächendeckenden Basisarbeit bedürfen. Sie können die Wahrnehmung im Hinterland, in Städten, in Gegenden, wo man über Muslime alle möglichen Bilder fantasieren kann, nicht durch eine Arbeit auf Bundesebene verändern. Dort muss man dicke Bretter bohren um durchzudringen. Sicherlich muss die Gemeinde sich dafür einsetzen, die Moscheen müssen geöffnet werden. Wir bieten zum Beispiel gerade auf Bundesebene mit drei muslimischen Dachorganisationen zum Tag der Deutschen Einheit, einen „Tag der offenen Moschee“ an, an dem wir den ganzen Tag die Moscheen offen haben und den Besuchern zur Verfügung stehen. Das sind zum Beispiel wichtige Schritte, mit denen wir dazu beitragen. Wir können jedoch nicht die gesamte Gesellschaft durch Maßnahmen dazu bringen, dass sie toleranter miteinander umgehen. Das geht nicht von heute auf morgen. Das ist ein flächenübergreifender Prozess. Sicherlich können wir auf Bundesebene Projekte fördern und unterstützen. Aber meines Erachtens ist die Basisarbeit essentiell, nicht nur in Bezug auf Muslimfeindlichkeit, sondern auch auf Antisemitismus und Xenophobie, also Fremdenfeindlichkeit, und alle möglichen Formen von Vorurteilen, die nicht einer zivilisierten Gesellschaft entsprechen. Hierbei empfinde ich die zeitgemäße Anpassung der Curricula an den Schulen als sehr elementar. Stellen Sie sich vor, dass die 50 Jahre alte Migrationsgeschichte der türkischen Einwanderer darin nicht thematisiert wird. Wie kann man in dieser Form eine plurale Gesellschaft und Identität fördern? Die Kultur und die Identität sind dynamische Substanzen, die wachsen. So wünsche ich mir eine Mehrheitsidentität, mit der sich jeder Muslim bestens identifiziert, ohne weniger Muslim sein zu müssen, um mehr Deutscher zu sein. Also wohl seine Religion als gläubiger Muslim lebt und genauso gut Deutscher ist.

Interviewerin Wie nehmen Sie in diesem Zusammenhang die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der Mehrheitsgesellschaft wahr?

Befragter Es gibt sehr gute Projekte, die dazu beitragen, eine bessere, eine friedvolle Zukunft zu fördern. Andererseits gibt es auch Aktivitäten, die weitgehend Schaden anrichten, die die Muslime als potentielle Terroristen vermitteln und dabei auch oftmals antisemitisch gesonnen sind.

Sehr positiv ist, dass mittlerweile Fördermittel durch das BAMF – Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, nicht so wie zuvor an ausschließlich deutsche Organisationen vergeben werden, sondern vorausgesetzt wird, mit Migrantenorganisationen zu kooperieren. Das ist ein sehr geschickter Schritt, um die Zielgruppe zu erreichen.

Interviewerin Noch einmal ein bisschen fokussiert auf Rechtsextremismus. Wie nehmen Sie da die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wahr?

Befragter Grundsätzlich glaube ich, dass Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit noch weitgehend zu bekämpfende und ein unsere Zukunft bedrohendes archaisches Geistesgut sind und manche Teile unserer Gesellschaft beherrschen. Ich empfinde, dass wir in Deutschland an einem Punkt angelangt sind, an dem wir uns zwischen unserem schwer errungenem Grundgesetz und dem zeit- und vernunftwidrigen rechtsextremistischen Gedankengut befinden, ein Ringen zwischen polaren Weltanschauungen. Wir stehen für die Würde des Menschen, für die Religionsfreiheit, für Menschenrechte, und bestehen andererseits in einer globalen Welt paradoxerweise auf eine biodeutsche Identität. Der Grund dafür ist auch für mich zugespitzt formuliert das fehlende Selbstbewusstsein, das letzten Endes auch punktuell den Grund für das Misstrauen und die Angst vor den Anderen darstellt. Derjenige, der auf seinen eigenen Beinen fest steht, fürchtet auch das Fremde nicht, sieht bestenfalls die Chance durch Neugier darin. Oftmals hört man populistische Formulierungen zur Definition der Identität, der Leitkultur, in denen all das negiert wird, was man nicht ist, aber nicht definiert werden kann, was man ist. Ein Versuch der Aufrechterhaltung des anonymen Eigenen durch Abgrenzung vom Fremden. Der Islam gehöre nicht zu Deutschland, Minarette werden verboten, religiöse Kleidungs Vorschriften werden nicht toleriert, die Beschneidung wird verboten: Wo bleibt hier unser schwer erkämpftes Fundament, die Würde des Individuums, die Religionsfreiheit, die Demokratie? Das religiöse Leben wird beinahe unmöglich gemacht. Hierbei scheint es mir, als ob das statische Verständnis von Leitkultur und unsere demokratischen Werte kollidieren.

Interviewerin Welche Auswirkungen hat das in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus für die Akteure der Mehrheitsgesellschaft?

Befragter Der Fremde wird durch die mangelnde Aufnahmebereitschaft ausgegrenzt, und schlimmstenfalls die potentiell vorhandene Integrationsbereitschaft von vornherein demotiviert.

Interviewerin Das würde bedeuten, dass die Mehrheitsgesellschaft sehr viele Anschlüsse hat zum Rechtsextremismus...

Befragter Nein. Ich möchte nicht sagen, dass die Mehrheitsgesellschaft überwiegend rechtsextremistisch ist, sondern betonen, dass die gegenwärtigen Gegebenheiten die Basis dafür bieten, dass das bestehende Vakuum aufgrund mangelnder interkultureller Befähigung durch Meinungsträger mehr und mehr durch Rechtsextremisten gefüllt werden kann.

Darüber hinaus liegt historisch vor, dass Deutschland religiös und kulturell überwiegend über homogene Strukturen verfügte. Dieser Homogenitätsvorstellung widersprechen auch viele. Aber ich glaube daran, dass in der Vorstellungswelt der überwiegend christlichen Gesellschaft es in gewissem Maße eine Rolle spielt, dass der Fremde noch nicht genug bewusst ist. Anders als im Nahen Osten, wo Juden, Christen und Muslime aber auch zig weitere Religionen und Ethnien zu Hause sind wie in der Türkei oder in Syrien – wo ich fünf Jahre gelebt habe – dort lebt man anders miteinander. Die Pluralität ist total anders belegt als bei uns. Es existiert eine öffentliche plurale Mehrheitsidentität, an der alle partizipieren und ein – wie soll ich sagen – interner, ein persönlicher Glaube, mit dem man sich dann individuell artikuliert.

Und durch diese homogene Vorstellung von Identität besteht momentan das Problem, dass muslimische Jugendliche sich mit der Mehrheitsidentität in gewissem Maße nicht optimal identifizieren können, weil ihnen auferlegt wird, dass die Leitkultur christlich ist, und dass – wie früher vielleicht noch mehr üblich, wenn man Deutscher gesagt hat, einem vor allem die Attribute blond und christlich einfallen. All' diese Motive und manche andere existieren noch. Wenn der muslimische Jugendliche sich mit der Wahrnehmung oder der Mehrheitsidentität nicht identifizieren kann, sucht er nach Ersatzidentitäten. Und im schlimmsten Fall tendiert er dann zu radikalen fundamentalistischen Strömungen.

Es müsste eigentlich so sein, dass ein Muslim nicht we-

niger Muslim sein muss, um mehr Deutscher zu sein, sondern eine Identität gefordert werden müsste, in der sich alle ethnischen Gruppen sehen können und nicht nur ethnische Deutsche und nicht jeder christlich sein muss, um sich in dieser Identität der Gesellschaft in Deutschland wiederzufinden. Sondern, dass es pluralistisch ausgeweitet und bereichert werden muss, dass alle ethnischen Gruppen, alle religiösen Gruppen, sich mit dieser Mehrheitsidentität, einer deutschen Mehrheitsidentität, identifizieren können und sich dazu zugehörig fühlen.

Interviewerin Das wäre Ihr Vorschlag zur Verbesserung.

Befragter Das wäre ein Vorschlag, dass man die Pluralität in der Zukunft stärker aufgreift und durchsetzt, und den Jugendlichen intensiver flächenübergreifend vermittelt, dass sie zu Deutschland gehören, und nicht so wie es vom Bundesinnenminister gesagt worden ist, dass der Islam nicht zu Deutschland gehöre. Was folgeschwer dazu führen kann, dass Jugendliche sich im Identitätsbildungsprozess stigmatisiert fühlen und als eine marginale Gruppe in der Gesellschaft dargestellt werden. Was schließlich Nährboden dafür bietet, dass extremistische Gruppen wie um Pierre Vogel, dies instrumentalisieren und folglich sagen: „Der Westen will Euch sowieso nicht. Ihr seid alle Muslime. Schaut mal, der Bundesinnenminister sagt sogar: 'Der Islam kann nie zu Deutschland gehören. Wir sind alle Christen.'“ In der Hoffnung auf eine sicherere Zukunft finden oft orientierungslose Jugendliche auf der Suche nach alternativen Identitäten sich in diesen Lagern wieder.

Interviewerin Ich käme dann zu dem dritten Bereich. Haben Sie Ideen oder Vorstellungen dazu – vielleicht auch durch Gespräche mit Menschen, die davon betroffen waren – was Menschen brauchen, die von rechtsextremistischen oder rassistischen Übergriffen betroffen sind?

Befragter Keinesfalls dürfen wir den Rechtsextremen Aufmerksamkeit schenken. Wir dürfen uns nicht provozieren lassen und müssen Geduld bewahren. Sicherlich wird es immer Fehlentwicklungen in Gesellschaften geben solange es Menschen gibt, wichtig ist diese auf einen tragbaren Anteil der Gesellschaft zu reduzieren. Ich kann niemandem, der davon betroffen ist, sagen, dass das in der Zukunft nie wieder stattfinden wird. Oft werden wir gezielt angesprochen, dass wir uns dafür einsetzen, dass dies nie wieder passieren soll. Kinder sind hierbei auch betroffen, was ich sehr schlimm fin-

de. In der Schule haben Kinder und Jugendliche wiederholt zu hören bekommen, dass sie und ihre Eltern ursprünglich nicht zu Deutschland gehören und dass sie nicht aus Deutschland stammen. Das finde ich schrecklich. Das ist ganz schrecklich in der Sozialisation. Ich habe diese Erfahrungen auch in der Schule gemacht aufgrund meines Namens und meiner Religion. Ich musste mich auch damit zurechtfinden. Muslimische Jugendliche müssen aus diesen Gründen oftmals viel mehr leisten als „biodeutsche“ Jugendliche.

Interviewerin Gibt es Orte, an die sich zum Beispiel Jugendliche wenden können, wenn sie sich ausgegrenzt fühlen, dass sie dann einen Ort haben, der sich um sie kümmert?

Befragter Leider fehlen in diesem Bereich noch viele institutionalisierte Anlaufstellen. Ehrenamtlich bieten unsere Imame in den Gemeinden die Möglichkeiten und wir als DITIB Landesverband Hessen.

Interviewerin Also das war jetzt auch nicht so gemeint, hat DITIB etwas dazu, sondern gibt es das überhaupt oder hat sich da etwas in Deutschland entwickelt? Oder fehlen da vielleicht Angebote?

Befragter Ja. Wir haben auch in unserer zentralen Hotline Telefonnummern für ähnliche Problemfelder.

Interviewerin Und welche Wünsche oder welche Vorschläge gäbe es, was es für Angebote geben sollte?

Befragter Als zentral betrachte ich eine Auseinandersetzung mit Themen wie z.B. Bildungsgerechtigkeit und Partizipation. Damit werden sich viele zivilgesellschaftliche Organisationen beschäftigen müssen. Mit der Frage, dass sich die Jugendlichen hier in allen Bereichen der Gesellschaft etablieren, sich in der Schule bestens qualifizieren, studieren können. Das sind Themen, die m.E. sehr zentral angesprochen werden sollten. Ich möchte Ihnen dies an einem Beispiel verdeutlichen: Im Rahmen eines Fortbildungsseminars für Jugendliche berichtete ein etwa 15jähriger Teilnehmer, er habe eine Drei bekommen in Deutsch. Und der Lehrer habe ihm gesagt: „Für Deine Verhältnisse ist das gut“, weil er ursprünglich Türke sei. Gleichzeitig habe er den deutschen Schulkameraden beobachtet, der eine Zwei erreichte, wie er, um die Note Eins zu bekommen, motiviert wurde. Ihn habe er so behandelt, als würde er ursprünglich nicht aus Deutschland stammen, obwohl er hier geboren ist und hier sozialisiert ist. Stellen Sie sich

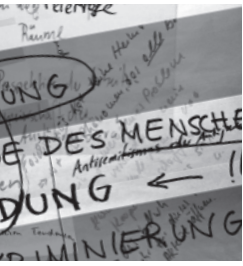
mal vor, ihm wird gesagt: „Du bist ursprünglich kein Deutscher, deswegen ist eine Drei für Deine Verhältnisse gut.“ Das finde ich auch ein ganz wichtiges Beispiel, einfach weil man daran sieht, wie damit umgegangen wird.

Er ist ein Deutscher, auch juristisch gesehen ist er ein Deutscher mit deutschem Pass. Aber anhand des Namens, des Ursprungs, der Wurzeln, wird ihm gesagt „Drei ist für Dich gut.“ Einfach schrecklich so etwas in der Schule. Die Kinder sollten in der Schule motiviert und nicht demotiviert werden.

Ich denke, dass es unbedingt verstärkte Fortbildungsangebote für Schulleiter/innen, Lehrkräfte und Erzieher/innen zur Entwicklung von interkultureller, interreligiöser Kompetenz geben müsste.

In diesem Bereich ist noch sehr viel Nachholbedarf, und vielen sind grundlegende Substanzen fremd. Ich empfangen hier stets Lehrergruppen und Erzieher/innen, denen ich in der Moschee eine Einführung in den Islam gebe. Unter angehenden Erzieherinnen und Erziehern gibt es welche, die sich weigern, in die Moschee zu gehen, weil sie ein Problem damit haben. Ich benenne jetzt Problemfälle, aber sie bestehen. Stellen sie sich vor, es gibt Menschen, die sich weigern, ein Gotteshaus zu besuchen, aber dann in einer Einrichtung, einer Kindertagesstätte, arbeiten, die von über 50 Prozent muslimischen Kindern besucht wird. Ich habe jährlich Programme mit einer Lehrerin aus der Bertajordan-Schule, wo Erzieherinnen ausgebildet werden, jedes Jahr besucht jede Klasse, die sich zum Abschluss nähert, die Moschee und erhält auch eine Einführung in den Islam. Aber im Schulsystem ist das nicht vorhanden.

Ein Schwerpunkt in interkultureller Kompetenz ist im Curriculum der Schulen leider nicht vorhanden. Es ist leider noch nicht so weit, dass die Lehrkräfte befähigt werden mit verschiedenen Religionen und Sensibilitäten, mit verschiedenen Kulturen umzugehen. Auf Landesebene sollte man zum Beispiel grundlegend durch das Kultusministerium die Lehrer interreligiös und interkulturell qualifizieren.



TUS MAKKABI FRANKFURT 1965 e.V.

Alon Meyer *Präsident von TuS Makkabi Frankfurt 1965 e. V.*

TuS Makkabi Frankfurt ist ein jüdischer Sportverein (gegründet im Jahr 1965) mit Sitz in Frankfurt am Main. Der Verein bietet Mitgliedern verschiedenster Religionen und Herkunftsländer zur Zeit 25 unterschiedliche Abteilungen an.

Makkabi gehört mit mehr als 1.200 aktiven Mitgliedern mittlerweile zu einem der größten Sportvereine im Raum Frankfurt. Sportliche Vielfalt und individuelle Entfaltung werden bei Makkabi Frankfurt groß geschrieben.

Zahlreiche Mannschaften des Vereins nehmen regelmäßig an nationalen und internationalen Fußballturnieren teil. Makkabi Frankfurt hat mehrere Prinzipien, an die sich der Verein seit seiner Gründung 1965 hält. Unter anderem, dass kein Spieler aufgrund seiner finanziellen Situation bei Reisen oder Freizeitaktivitäten zu Hause bleiben muss, sei es durch bezuschusste Beiträge oder gar die Komplettübernahme der Kosten in Notsituationen.

Interviewerin Welchen Bezug und welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus gibt es in der Vereinsarbeit?

Befragter In Anbetracht dessen, dass wir als Makkabi Frankfurt ein jüdischer Verein sind, gibt es natürlich besonders viele Berührungspunkte. Unser Problem ist, dass wir noch nicht bei allen Vereinen als ein Verein gesehen werden, der mitten in der Gesellschaft steht, der ein Verein ist wie jeder andere. Es wird im Prinzip so gesehen, dass wir ein jüdischer Verein sind. Manche denken noch, dass wir ausschließlich aus jüdischen Mitgliedern bestehen. Insofern gibt es Vorurteile, die von meist unwissenden Kindern und Jugendlichen – aber selten auch von Erwachsenen – an uns herangetragen werden. Das zeigt sich beispielsweise in Begrüßungsformeln: „Da kommen die Juden.“ Und wenn dann der erste Pfiff gegen die andere Mannschaft erfolgt, dann meinen sie auch zu wissen, warum der Pfiff erfolgt. Dann hat das meistens etwas mit Bestechung, mit Geld zu tun, weil, „das sind doch die reichen Juden.“ Dann hat das im Prinzip etwas mit „organisiertem Ju-

dentum“ zu tun, dass jedes Spiel beziehungsweise das Ergebnis von vornherein festgelegt wurde. Das heißt, wir haben die Berührungspunkte mit Antisemitismus und Rassismus eigentlich alltäglich.

Es gibt dabei allerdings Unterschiede in den einzelnen Abteilungen des Vereins. Wir sind in unseren Angeboten sehr breit gefächert. Antisemitismus zeigt sich sehr oft und ziemlich stark in speziellen Sportabteilungen. Besonders beim Fußball, aber auch ansatzweise in den Sportabteilungen Basketball, Handball und weniger beim Schach und beim Tennis. Dabei ist uns wichtig wahrzunehmen, dass wir gerade eine neue Phase des Rassismus und des Rechtsextremismus erleben. Das ist nicht mehr die klassische Art und Weise, wie wir sie früher – ich denke jetzt da an die Zeit vor fünfzehn oder zwanzig Jahren – hatten. So in dem Sinne: „da kommen die Glatzköpfe und die Skinheads“. Leider ist es eine neue Art des Rassismus und Antisemitismus, den wir erfahren. Der hat viel mit islamistischen Formen des Antisemitismus zu tun und er begegnet uns, auch bei deutschen Vereinen, wo eben die Mitglieder muslimische Hintergründe haben.

Interviewerin Ist Ihnen etwas darüber bekannt, wie Vereinsmitglieder und Menschen damit umgehen? Welche Handlungsstrategien sie wählen, wenn sie damit konfrontiert sind?

Befragter In erster Linie handeln die Vereine dahingehend, dass sie erst mal leugnen, abstreiten und sich verstecken. Wenn etwas passiert, dann heißt es: „Wir waren es nicht.“ „Das war gar nicht.“ Wenn es dann nachgewiesen ist, dass es passiert ist, dann wird sich dahinter versteckt und gesagt: „Wir können ja nichts dafür, das sind die Sportler.“ Ich meine aber, dass sie ganz viel dafür können, dass es deren Aufgabe ist auf dem Gebiet, die Spieler und die Mannschaften für solche Punkte zu sensibilisieren, insbesondere, wenn man aus der Vergangenheit gelernt hat, dass man bei diesen Spielen mit Makkabi Frankfurt eben diese Probleme hatte. Einmal darf immer so etwas passieren,

kann so etwas passieren. Aber wichtig ist, dass man daraus lernt und die Konsequenz zieht, dass so etwas in Zukunft nicht passieren darf. Wir erfahren sehr unterschiedliche Handlungsweisen der gegnerischen Vereine. Die einen bereiten sich wirklich darauf vor. Die anderen wollen damit einfach nichts zu tun haben, sie sagen: „Wenn es kommt, passiert es eben. Mit der Strafe müssen wir einfach leben.“

Interviewerin Bei den Vereinsmitgliedern selbst – gibt es da Handlungsstrategien, die sie entwickelt haben, die Sie beobachtet haben? Wie gehen die Vereinsmitglieder selbst damit um?

Befragter Sie meinen unsere Vereinsmitglieder?

Unsere Vereinsmitglieder gehen damit eigentlich recht gut um, weil sie eben wissen, – sie erfahren das sehr oft – wie sie zu reagieren haben. Meistens und am liebsten reagieren sie gar nicht, weil das dann nur die Emotionen noch hochkocht. Sie handeln sehr defensiv und sehr passiv, kriegen aber alles mit. Und es wird alles berücksichtigt und hat meistens auch Konsequenzen. Aber in dem Moment, wenn ein Spiel gerade läuft, bringt es eben sehr wenig, darauf direkt zu kontern und direkt zu antworten.

Wir versuchen, wenn wir sehen, dass manche Vereine dem selbst nicht gut und rechtzeitig entgegenwirken, im Vorfeld eines bevorstehenden Spiels auf den gegnerischen Verein zuzugehen. Wir versuchen dann, Kontakt mit den Sportlern aufzunehmen und unter den Sportlern anzuregen. Wir versuchen und bitten unsere Sportler, die ja meistens über die Schulen, über die Jugendzentren, über die Vereinsaktivitäten in anderen Sportarten bei anderen Vereinen den Kontakt zu den anderen Vereinen haben, die Stimmung etwas aufzuweichen, etwas vorzubereiten, etwas vorbeugend mit denen zu besprechen. So ist es zum Beispiel vor kurzem passiert, dass wir eine Art Zusammenkunft der beiden Mannschaften schon eine Woche vor dem Spiel hatten. Wir sind zu denen in das Training gegangen und haben uns dann nach dem Training zusammengesetzt und schon das Spiel vom Wochenende angesprochen. Und so fallen dann meistens schon die ersten Spannungen ab, dadurch dass man sich vorher getroffen hat und darüber gesprochen hat. Das geht dann alles erheblich besser, erheblich leichter. Und somit verhindern wir solche hochkochenden Emotionen schon im Vorfeld.

Interviewerin Ist es denn im Verein Makkabi irgendwie Thema? Gibt es damit eine Auseinandersetzung?

Befragter Ja gut. Es ist leider tagtäglich Thema. Gewollt oder ungewollt. Aber es ist auch in Ordnung, dass das als Thema im Prinzip durch uns schon angesprochen wird. Das beginnt bei Spielern, die zu uns wechseln. Die konfrontieren wir schon damit, dass sie wissen müssen, dass bei uns so etwas möglich ist. In vielen unserer Mannschaften sind nur ein, zwei jüdische Spieler, beispielsweise bei einem Kader von siebzehn Spielern wie bei einer Fußballmannschaft. Dann werden wir als „Judensau“ – wie auch immer – tituliert und das sind dann meistens Spieler, die mit Judentum nur wenig am Hut haben, teilweise auch einen muslimischen Hintergrund haben. Teilweise werden dann bei den Spielen auch Moslems von anderen Moslems als „Juden...Punkt...Punkt...Punkt“ tituliert. Damit werden Sportler, die bei uns spielen, konfrontiert. Und sie wissen, wie damit umzugehen ist, weil wir sie darauf vorbereitet haben. Die wundern sich dann schon, dass es noch solche Berührungspunkte gibt, dass es noch solche Personen gibt, die mit solchen Vorurteilen leben und in ihrer – ich sage mal – Bildungsreise durch die Schule nicht aufgeklärt wurden.

Wir erleben immer wieder, dass wir auf Leute, Gegner treffen, die antisemitischen Theorien anhängen und antisemitische Vorstellungen formulieren, die sie zum Teil wirklich auch aus Überzeugung haben. Wir werden mit Vorstellungen konfrontiert, die sie über das Judentum, über jüdische Mitbürger haben, die natürlich haarsträubend sind. Das erfahren wir, wenn wir nach dem Spiel mit der gegnerischen Mannschaft ganz in Ruhe noch mal darüber reden, was sie während des Spiels da so von sich gegeben haben. Bei diesen Unterhaltungen fragen wir uns natürlich schon, wo bleibt deren Bildung. Und ich glaube, das größte Problem ist die fehlende Bildung dieser Jugendlichen. Nur dann ist man bereit, so etwas zu übernehmen, denn es ist definitiv so: Keiner wird als Rassist, keiner wird als Antisemit geboren. Das kriegen die Leute durch die Erziehung seitens Schule, seitens Familie, seitens der Freunde mit und übernehmen dann Klischees, übernehmen dann Vorurteile. Das ist das Traurige. Dem muss man entgegenwirken.

Interviewerin Ich würde gerne wissen, wie reagieren eigentlich die Zuschauer und Vereinsfunktionäre von diesen Vereinen?

Befragter Noch viel schlimmer. Meistens ist es so, dass die Zuschauer des gegnerischen Vereins noch viel schlimmer reagieren, weil sie in der Anonymität leben und sich in der Anonymität verstecken. Ein Spieler



der gegnerischen Mannschaft, der seinen Spielerpass abgegeben hat, der ist genau identifizierbar, auch anhand seiner Rückennummer. Das heißt, wenn der einen Spruch loslässt, dann reagieren wir auf dem Platz nicht. Nicht direkt – versuchen wir zumindest. Wir notieren uns den Vorfall und melden das auch im Nachgang. Damit haben wir überhaupt keine Probleme. Sehr oft hört es der Schiedsrichter nicht. Trotzdem versuchen wir, das Ganze mitzubekommen und zu dokumentieren und halten das dann auch fest.

Viel schwieriger sind Angriffe durch Zuschauer. Denn der Zuschauer, der anonyme Zuschauer, der von außen zuguckt, der ist ja nicht greifbar. Die Vertreter der Gegnerischen sagen dann: „Den kennen wir nicht.“ Auch die Spieler des gegnerischen Vereins verheimlichen die Identität der Zuschauer und unterstützen uns nicht dabei herauszubekommen, wer das ist. Die meisten wollen gar nichts mit der Sache zu tun haben, obwohl sie ihn vielleicht auch kennen oder auch nicht. Kurzum durch diesen Kreis der Anonymität fördern sie gezielt, dass immer mehr Emotionen in das Spiel hineingebracht werden. So dass man sagen kann, dass das noch viel größere Problem die Zuschauer sind, die einfach da zuschauen und dann die Hektik, den Stress, die Emotionen hoch kochen lassen.

Interviewerin Dann kommen wir jetzt zu einer zweiten und wesentlichen Hauptfrage. Wie nehmen Sie eigentlich die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus wahr?

Befragter Also ich persönlich nehme das so wahr, dass

Deutschland sich seiner Vergangenheit schon bewusst ist und sehr viele Leute aus ihrer Geschichte heraus bestimmte Wählergruppen überhaupt nicht in Betracht ziehen. Also das heißt, rechte Parteien gar nicht wählen würden, auch wenn sie die ein oder andere Idee dieser Vereine doch unterstützen. Aber aus der Vergangenheit heraus würden sie es nicht machen. Das kann man an einigen Umfrageergebnissen ablesen. Aber die Gefahr verläuft dahin gehend, dass diese Generation abtritt und die Situation vielleicht in dreißig, vierzig Jahren dann ganz anders aussieht. Momentan ist es für diese Leute auch einfach noch zu frisch und deswegen ist man nicht bereit diese Gruppen zu wählen. Andererseits – bei Umfragen – den latenten Antisemitismus, den spürt man schon. Und den gibt es. Leute haben im Unterbewusstsein Ressentiments, die im Prinzip ganz klar dieser Ecke zuzuschreiben sind. Davor müssen wir einfach Angst haben. Dessen müssen wir uns annehmen. Wir müssen schauen, dass wir diese Ressentiments abbauen, damit, wenn diese zehn, fünfzehn, zwanzig weiteren Jahre vergangen sind, diese rechten Gruppierungen nicht an Wählerstimmen gewinnen. Denn ich glaube ganz einfach, jetzt ist es einfach nur zu frisch. Die Leute wissen vor siebzig Jahren ist da etwas passiert, das darf nicht passieren. Deswegen darf ich sie nicht wählen. Aber eigentlich haben die ganz gute Ideen.

Interviewerin Ein Vorschlag wäre dann also Ressentiments abzubauen?

Befragter Ressentiments abbauen, Aufklärungsarbeit leis-

ten, das halte ich für wichtig. Die Probleme sind nicht zu lösen, wenn man die Leute in die Schranken weist, wenn man Leute ausweist. Das klingt sehr einfach und ist sehr populistisch. Aber die Probleme sind nicht so einfach zu lösen. Es ist wichtig, dass die Leute das verstehen. Es ist natürlich problematisch, wenn eine „gewisse Unterbildung“ vorhanden ist. Aber wichtig ist, dass man Bildungsanstrengungen unternimmt und die Jugendlichen aufklärt. Vor allem die Kinder, denn das ist die Zukunft. Die Erwachsenen, die diese Vorstellung noch haben und die jetzt – ich sage mal – 30, 35 und 40 sind, die wird man nicht mehr umstimmen. Aber die Jugendlichen, die mit dieser Einstellung aufwachsen und schon falsch aufwachsen, die muss man dazu bewegen, anders zu denken.

Interviewerin Wie nehmen Sie zum Beispiel an dieser Stelle Aktivitäten in Schule oder in anderen Vereinen wahr? Werden diese denn dem Wunsch von Ihnen gerecht?

Befragter Also – ich sage mal ganz ehrlich – ich wurde selbst zu einigen – meiner Meinung nach viel zu wenigen – Veranstaltungen seitens der Schulen, aber auch allen anderen Organisationen, die mit Jugendlichen zu tun haben, eingeladen. Ich sage mal so, wir sind deutschlandweit mit Abstand der größte Verein, wir sind in Frankfurt der einzige jüdische Sportverein. Ich glaube, mit Sport lassen sich Hemmungen und Hemmnisse sehr einfach abbauen. Insofern würde ich mich sehr freuen, wenn andere Vereine es mehr nutzen würden, einen jüdischen Verein um Hilfe zu bitten, dahin gehend Hemmungen, Vorstellungen abzubauen, die gar nicht existieren sollten und dürfen. Aber im Endeffekt muss das jeder nicht-jüdische Verein für sich selber entscheiden, wie viel er braucht, wie viel er umsetzen möchte. Ich weiß auch, dass es momentan sehr schwer ist, Jugendliche überhaupt für irgendetwas zu aktivieren. Für ein – in Anführungsstrichen – solches Thema „Rechtsextremismus, Antisemitismus“ Jugendliche zu aktivieren, ist schon sehr schwer. Das glaube ich. Das glaube ich den anderen Vereinen, die händeringend nach Sportlern suchen. Wissen sie, das ist zum Beispiel auch ein Problem, dass andere Vereine uns dann auch sagen: „Hör mal zu, lieber Alon, lieber Herr Meier, das ist gut und schön, dass wir auf die Sportler viel mehr achten sollten, solche Sportler mit solchen Meinungen gar nicht mehr bei uns aktiv spielen lassen sollten, aber wir haben gar keine Sportler. Wir brauchen diese Sportler, damit wir ausreichend haben, um überhaupt einen Verein darstellen zu können,

überhaupt eine Mannschaft zu haben. Und insofern sind wir glücklich, dass wir sie haben.“ Das ist ein viel größeres Problem. Das kann ich natürlich verstehen. Die kümmern sich natürlich in erster Linie darum, dass sie überhaupt eine Mannschaft haben, dass der Verein weiter existiert und nicht gleich darum, Hemmungen und Hemmnisse mit anderen Vereinen abzubauen. Ich glaube, das können die organisatorisch gar nicht schaffen. Das verstehe ich auch.

Interviewerin Aber wenn ich das richtig verstanden habe, wären Sie bereit, sich an viel mehr Informationsveranstaltungen, nicht von einzelnen Vereinen, sondern überhaupt zivilgesellschaftlichen Akteuren, die sich mit diesem Thema beschäftigen, zu beteiligen?

Befragter Auf jeden Fall. Auf jeden Fall sind wir dazu bereit. Ich glaube, der ganze Verein ist dazu bereit. Dazu braucht und sollte man auch gar nicht immer nur die Vereinsfunktionäre nehmen, sondern auch gerne Eltern, die sehr aktiv sind in unserem Verein, sowohl jüdische als auch nicht-jüdische Mitglieder. Gerne würden auch die muslimischen Mitglieder bei Makkabi Frankfurt, von denen wir viele haben, das Gespräch suchen und helfen, Hemmungen abzubauen. Einfach mal hingehen und sagen: „Was habt ihr denn für ein Problem mit Makkabi? Ich bin selber euer Glaubensbruder und die ganzen Vorurteile, die ihr habt, die stimmen gar nicht. Die kann ich euch wegfegen.“ Ich bin sicher, dass man damit eigentlich viel mehr Erfolg hat als mit irgendwelchen Strafen, die man danach verhängen muss und die dann wirklich nur noch mehr Aggressionen auslösen. Ein Spieler, der sowieso schon aggressiv ist und einen Hass hat, wird seine Einstellungen durch eine Spielsperre von – ich sage mal – zwei drei Monaten nicht ändern. Er wird eher einen noch größeren Hass entwickeln. Nach dem Motto: „Wegen dem wurde ich drei Monate lang gesperrt oder wegen dem habe ich zweihundert Euro Strafe bezahlt.“ Dadurch wird noch ein größerer Hass entstehen und nicht abgebaut. Natürlich müssen diese – ich sage mal – entsprechenden Urteilen folgen, wenn etwas passiert ist. Das ist klar. Aber vielleicht sollte man darüber nachdenken, wie solche Urteile durch Berührungsmaßnahmen rehabilitiert oder zumindest teilweise rehabilitiert werden könnten. Das heißt, jemand kriegt eine Sperre von drei Monaten, aber wenn er an einem Programm teilnimmt oder mal vier Stunden zu einem Verein hinget und sich irgendetwas anhört oder etwas anhören muss und sich das bestätigen lassen muss, dann kann das um die Hälfte reduziert werden. Und das sind solche Maßnahmen,

die wir von der Zivilbevölkerung, aber auch seitens des hessischen Fußballverbandes des DFBS einfach ein bisschen vermissen.

Interviewerin Dann kommen wir jetzt zu dem dritten und letzten Fragenteil: Haben Sie Ideen oder Vorstellungen dazu, was die Menschen, die von rechtsextremen rassistischen, antisemitischen Übergriffen betroffen sind, brauchen könnten? Gibt es eine Idee dazu? Einen Vorschlag?

Befragter Ich glaube, dass man das ganz individuell entscheiden muss. Es ist situationsabhängig: Wurde jetzt z. B. eine Frau auf dem Nachhauseweg, die eine andere Hautfarbe hat, von vier Leuten misshandelt, wurde sie geschlagen oder wurde sie in Anführungsstrichen „nur“ beschimpft? Wurde eine Fußballmannschaft beschimpft? Das hängt natürlich immer davon ab, was passiert ist. Dementsprechend müsste die Aktion, die Hilfe dann erfolgen. Ich glaube verallgemeinern kann man das nicht. Man muss die betroffene Person dann daraufhin ansprechen, wie man da helfen kann. Aber einen Allgemeinvorschlag wüsste ich jetzt nicht.

Interviewerin In Bezug auf die Vorfälle, die Ihnen im Verein begegnen?

Befragter Ja gut, bei Vorfällen, die den Verein betreffen, kann ich ganz konkret werden. Wie vorhin schon erläutert: Wenn es zu einem antisemitischen Vorfall kommt, dann müssen die bei dem gegnerischen Verein betroffenen Mannschaftsteile, vielleicht sogar ganze Abteilungsgrößen, entsprechend sensibilisiert werden, ob sie wollen oder nicht, sie müssen dann daran teilnehmen. Und nur damit können sie einer ziemlich extremen Strafe entgehen oder sie abmildern. Also das heißt, die extreme Strafe muss ausgesprochen werden, aber unter dem Vorhalt, dass man vorbeugend durch diese Maßnahme die Strafe mindern kann. Es wäre ganz einfach wichtig, Wege zu finden, damit die Spieler der gegnerischen Mannschaften, die sich antisemitisch verhalten, Vorurteile abbauen können.

Interviewerin Uns würde noch die Frage interessieren, ob Sie etwas dazu sagen können, welche Handlungsstrategien und Unterstützungsmöglichkeiten die von Anfeindungen, von Sprüchen betroffenen Mitglieder des Vereins brauchen?

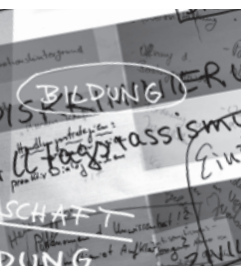
Befragter Es ist ja so: Wir bestehen aus einem jüdischen Anteil und einem nicht-jüdischen Anteil. Der jüdische

Anteil ist mal per se qua Geburt – sage ich mal – schon mit dem Thema konfrontiert. In dem Moment, in dem man hier zum Beispiel in die jüdische Gemeinde zum Kindergarten, zur Krabbelstube kommt und die Polizei steht vor der Tür, muss man einem Kind erklären, warum steht da eigentlich die Polizei. Nicht weil wir den Luxus haben, die Polizei vor unserem Kindergarten haben zu dürfen, sondern weil es eben sein muss. Weil wir Angst haben müssen vor Übergriffen und deswegen unsere Kinder und Jugendlichen schützen müssen. Also das heißt, die werden von Geburt an mit dem Thema konfrontiert. Und wenn wir nach Israel fahren, dann gibt es spezielle Sicherheitsbestimmungen und spezielle Kontrollen. Und so kennen sich unsere jüdischen Mitglieder sozusagen damit aus. So gesehen ist es in erster Linie mal etwas, was wir für unsere nicht-jüdischen Mitglieder tun müssen, die erstmals zu uns in den Verein kommen. Die sind zum Teil ziemlich unwissend und kommen einfach aus sportlichem Interesse zu uns. Und dann liegt es an uns, dass wir eine gewisse Aufklärungsarbeit leisten. Das machen wir bei Elternabenden und den ersten Spielen. Das heißt, sie werden mit dem Thema konfrontiert. Wir klären sie im Vorfeld auf: „Was ist Makkabi, warum gibt es Makkabi, was kann passieren, wie reagieren wir, was für ein Verhalten legen wir an den Tag?“ Also wir klären, glaube ich, unsere Mitglieder schon ziemlich gut auf. Natürlich sind wir kein Aufklärungsverein. Wir sind ein Sportverein, der nebenbei auf unsere – ich sage mal leider – immer noch existierende spezielle Situation hinweisen muss.

Interviewerin Gibt es noch Wünsche an das Beratungsnetzwerk zu Rechtsextremismus?

Befragter Es gibt im Sport von den Dachorganisationen (dem DFB z. B.) Initiativen, um dem entgegenzuwirken. Und das ist immer ganz schön, wenn man dann diese ganzen Banner sieht gegen Rechtsextremismus etc. Letztendlich glaube ich, ist die Arbeit in den Fanblocks, in den Fangemeinden doch die wichtigste, weil man hier – glaube ich – an einen Personenkreis herankommt, der davon zum größten Teil betroffen ist. Es ist natürlich ganz nett und vielleicht auch werbewirksam, wenn sich Vereine (wie z. B. St. Pauli) plakativ für alle Zuschauer in einem Stadion gegen Antisemitismus stellen. Aber letztendlich geht es an dem Kern, den es betrifft, eigentlich ziemlich vorbei. Denn bei 55.000 Zuschauern sind ja – sage ich mal – 40.000 oder 45.000 überhaupt nicht latent antisemitisch eingestellt oder auch rassistisch eingestellt. Insofern geht es an denen vorbei. Ich glaube, man muss den Personenkreis, den

es eigentlich betrifft, viel, viel besser eingrenzen. Zu denen muss man gehen. Man muss an die Problemschulen gehen. Man muss dort Aufklärungsarbeit leisten, ob man will oder nicht. Und genauso wie ich in jede Grundschule zum Beispiel die Polizei schicke, um dort eine Woche lang einen Fahrradkurs anzubieten, muss man einfach mehrere Gruppen organisieren, die in die Schulen gehen und dort zwei, drei Stunden oder fünf Stunden die Woche mal Aufklärungsarbeit leisten – in jeder Klasse, damit niemand sagen kann, er wusste das gar nicht.



ANTIFASCHISTISCHE BILDUNGSINITIATIVE (ANTIFA-BI)

Andreas Balsler

Die Antifaschistische Bildungsinitiative ist ein demokratischer und gemeinnütziger Verein mit 180 Mitgliedern in Hessen, der sich für eine offene Gesellschaft ohne Diskriminierung einsetzt. Die Antifa-BI hat sich 2005 aufgrund vermehrter Aktivitäten von Neonazis in Mittelhessen gegründet. Inzwischen beraten wir Menschen in verschiedenen Regionen Hessens, führen Workshops an Schulen durch, betreiben eine intensive Recherche sowie Öffentlichkeitsarbeit und bieten regelmäßig Seminare und Vortragsveranstaltungen an. Für die Tätigkeiten der überwiegend jungen Mitglieder wurde die Antifa-BI e.V. in den letzten Jahren mit mehreren Ehrenamtspreisen ausgezeichnet.

Interviewerin Beginnen wir mit der ersten Frage: Welchen Bezug, welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus habt ihr in eurem Verein, in der Antifa-BI?

Befragter Rechtsextremismus ist unser Hauptaufgabengebiet, d. h. wir beschäftigen uns alltäglich mit rechtsextremem Gewalt und rechtsextremen Vorfällen. Wir erfahren dabei auch sämtliche Facetten der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit, so dass es für uns nicht nur ein Bezugs- oder ein Berührungspunkt ist, sondern der Hauptbestandteil unserer politischen Arbeit. Wir erleben NPD-Aktionen, Vorfälle mit dem Hintergrund der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit an Schulen, den alltäglichen Rassismus bis hin zu Übergriffen auf verschiedene Gruppen durch Neonazis sehr direkt und sind teilweise auch selbst betroffen.

Interviewerin Gibt es Stellen, an denen euch Rechtsextremismus im Alltag begegnet, also in eurem Alltag des Vereins oder der BI?

Befragter Also innerhalb der BI sicherlich nicht, leider jedoch im alltäglichen Leben, zum Beispiel was Bedrohung durch Neonazis angeht, was Übergriffe auf unsere Mitglieder angeht, ist es halt nicht alltäglich aber relativ häufig. Und genau das Gleiche gilt natürlich auch dafür, was das Mitbekommen von rechten Aktio-

nen angeht. Sprich, also wenn man sich als Aktivist_in gegen Neonazis im ländlichen Gebiet Lebensräume mit Neonazis teilen muss und mit ihnen gezwungenermaßen im Alltag konfrontiert ist, ob in der Disko, auf der Kirmes, in der Fahrschule, an der Bushaltestelle oder in der Schule, sind sie auch gezwungenermaßen Bestandteil des Lebens vieler Menschen. Somit stellen sie auch eine alltägliche latente Bedrohung für uns als ihre politischen Gegner_innen dar.

Interviewerin Ist euch etwas darüber bekannt, wie die Mitglieder von der BI damit umgehen, also welche Handlungsstrategien sie damit haben, mit diesen Konfrontationen, mit Rassismus, Rechtsextremismus?

Befragter Im Kontext einer „Stammtischsituation“: Erst die Aussagen thematisieren, situationsabhängig die Menschen, die diese äußern, mit ihren Aussagen konfrontieren und gegebenenfalls mit ihnen diskutieren. Hierbei den Menschen klarmachen, was für Aussagen sie getroffen haben, welche Ideologie dahintersteht und dass man diese klar ablehnt. Mit den Betroffenen dieser Aussagen solidarisch sein beziehungsweise die Gruppe der Betroffenen direkt stärken, einzubinden und ihnen deutlich machen, dass das, was jetzt gefallen ist, halt kein Argument mehr war, sondern z.B. eine rassistische Äußerung.

Interviewerin Du hast ja davon gesprochen, dass man sich mit Rechtsextremen öffentliche Räume teilen muss und was ergeben sich da für Handlungsstrategien für Menschen, die konkret, ja vielleicht auch in der Opposition den Raum teilen. Ist euch etwas darüber bekannt, wie Menschen damit umgehen?

Befragter Einige nehmen Angebote, wie den Besuch der Kerb, nicht mehr wahr und halten sich von Orten fern, an denen sie eine Bedrohung vermuten müssen. Hiermit ziehen sie sich automatisch aus Teilen ihres lokalen Umfeldes zurück und müssen ihr Privatleben oft deutlich umgestalten. Dies gilt für rechte Hochburgen, wie

jetzt zum Beispiel Echzell-Gettenau im Wetteraukreis. Klar gibt es auch gegenteilige Effekte, es gibt auch Räume, um die dann auch gekämpft werden kann, Räume in denen versucht wird, Sachen zu thematisieren. Dies funktioniert aber nur, wenn sich eine klare Mehrheit mit den Betroffenen solidarisiert und den Neonazis klar signalisiert wird, dass sie nicht erwünscht sind.

Interviewerin Wie nehmt ihr die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wahr, also gibt es da Dinge, die ihr merkt und – ja vielleicht auch welche, bei denen ihr sagen würdet, das müsste sich verändern?

Befragter Eine Auseinandersetzung mit gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit findet oft erst dann statt, wenn Vorfälle bekannt geworden sind, d. h. es wird nur reagiert und die Prävention wird deutlich vernachlässigt. Die gesellschaftliche Auseinandersetzung mit Neonazis findet statt, wenn eine Öffentlichkeit geschaffen wird. In vielen Gruppen sind rassistische Äußerungen Konsens und es fehlen die Menschen, die dies thematisieren.

Was wir uns wünschen würden, wäre zum Beispiel, dass die gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit generell an Schulen im Unterricht thematisiert wird, dass es dafür Bausteine gibt. Bei der Jugendleiter_innen-Card muss ein solcher Baustein verbindlich aufgenommen werden. Lehrer_innen, Leiter_innen, Multiplikator_innen von Einrichtungen sollten automatisch Schulungen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erhalten, um einen präventiven Ansatz zu wählen. Zusätzlich sollten Projekte gegen Rechts von der antidemokratischen und strukturell rechten Extremismus-„Theorie“ befreit werden. Die so genannte „Demokratieerklärung“ gehört abgeschafft. Die Basis der zivilgesellschaftlichen Auseinandersetzung sind wissenschaftliche Studien wie die zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ oder der „Extremismus der Mitte“ und nicht parteipolitische Programme.

Interviewerin Gibt es Ideen von euch, was die Menschen, die mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus konfrontiert sind, was die brauchen könnten?

Befragter Ja, natürlich gibt es da einige Ideen von uns. Was Menschen brauchen könnten, ist primär eine breite gesellschaftliche Solidarität mit den Betroffenen dieser Vorfälle. Dies trägt auch stark zur Stärkung der Betroffenen bei und erhöht ihre Glaubwürdigkeit. Hier könnten sich z. B. die verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen solidarisch erklären.

Eine Erhöhung der Glaubwürdigkeit wird auch dadurch gesichert, dass rechtsextreme Gewalt auch in der Polizeipresse veröffentlicht wird. Dies ist zurzeit in Hessen leider nicht der Fall. Eine weitere Sensibilisierung der Polizei sowie der Polizeipressesprecher ist sicherlich hilfreich. Wenn Menschen später in der Zeitung lesen, es würde sich z. B. bei Übergriffen durch Neonazis um einen Nachbarschaftsstreit handeln, ist dies nicht nur eine Entpolitisierung, die eine Minderung der Glaubwürdigkeit der Betroffenen rechter Gewalt darstellt, sondern sie werden gefühlt nochmal in eine „Opferrolle“ gedrängt. Die Betroffenen müssen von staatlichen Stellen ernstgenommen werden und auch das Gefühl erhalten, dass dies so ist.

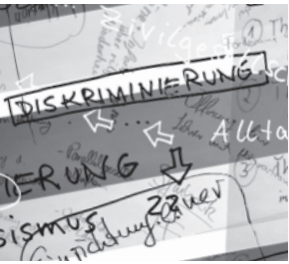
Der Kontakt zu anderen Betroffenen rechter Gewalt und der Erfahrungsaustausch mit diesen ist hilfreich. Die Menschen können sich gegenseitig stärken und beraten und werden somit handelnde Akteure. Diese Treffen sollten von nichtstaatlichen Gruppen organisiert und bei Bedarf auch von Psychologen betreut werden. Betroffene rechter Gewalt müssen oft juristische Konflikte mit den Tätern ausfechten. Da Neonazis oft über geschulte Juristen verfügen und Prozesse Geld kosten, sollte eine Finanzierung der Anwälte auch als Nebenkläger sichergestellt werden. Das Gleiche gilt für eine psychologische Betreuung, die vor Ort stattfinden sollte, d. h. bei Bedarf zu den Betroffenen kommt und dauerhaft telefonisch erreichbar ist.

In vielen Regionen besteht das Problem, dass sich die Betroffenen und Täter Räume teilen müssen. Ein Fernhalten der Neonazis von gewissen Räumen und den Betroffenen rechter Gewalt, vermindert die Angst dieser vor sich wiederholenden Übergriffen.

Betroffene rechter Gewalt sollten alle Möglichkeiten erhalten, um selbstbewusste und aktive Akteure gegen rechts zu werden und somit die „Opferrolle“ verlassen zu können. Hier wären leichter abrufbare und weniger bürokratisch gestaltete Fördertöpfe vor Ort eine wichtige Grundlage. Die Menschen benötigen Schulungen vor Ort und sollten mit Infos über Ideologie, Codes und Ziele der Neonazis und einem Argumentationstraining gegen rechte Parolen geschult werden, um später gemeinsam lokale Gegenstrategien zu entwickeln und umzusetzen.

Es kann nicht sein, dass Menschen, die sich gegen Neonazis engagieren, bedroht werden, Probleme im Job kriegen, auf Schulden sitzen bleiben und teils psychische Probleme haben, während die Neonazis weiterhin ganz normaler Bestandteil ihrer Jugend- oder Dorfkultur bleiben. So verliert die Zivilgesellschaft den Kampf um einige Dörfer und Regionen gegen die Neonazis.





INTERVIEW: LESBEN INFORMATIONEN- UND BERATUNGSZENTRUM (LIBS)

Die Lesben Informations- und Beratungsstelle e.V. (kurz LIBS genannt) in Frankfurt am Main verfolgt seit 1992 das Ziel, den Ursachen und Folgen gesellschaftlicher Diskriminierung und Ausgrenzung von lesbischen und bisexuellen Mädchen, Frauen und Transgender entgegenzuwirken und einen Beitrag zur Akzeptanz und Gleichwertigkeit unterschiedlicher Lebensformen zu leisten. Dies bedarf zum einen der direkten Unterstützung von Mädchen, Frauen und Transgender in Form von Beratungs- und Gruppenangeboten. Zum anderen suchen die Mitarbeiterinnen von LIBS den Dialog mit der Öffentlichkeit in Form von Aufklärung und Information sowie intensiver Netzwerkarbeit auf kommunaler Ebene, auf Landes- und auf Bundesebene.

Interviewerin Welchen Bezug oder welche Berührungspunkte zum Thema Rechtsextremismus ergeben sich hier in der Arbeit?

Befragte Wir beschäftigen uns seit ungefähr drei Jahren mit dem Thema Migration/Mehrfachzugehörigkeiten innerhalb der Lesben-Schwulen-Szene in Frankfurt am Main. Einige Lesben haben uns Ende 2010 informiert, dass im schwul-lesbischen Buchladen in Frankfurt das Buch von Thilo Sarrazin „Deutschland schafft sich ab“ ausliegt. Das war für uns ein Schock. Auf der einen Seite informieren wir über das neue LIBS Angebot für lesbische Migrantinnen, das wir in Kooperation mit dem Verein Deutsch-Iranische Beratungsstelle für Frauen und Mädchen e.V. durchführen, im lesbischen Schaufenster und im anderen Schaufenster liegt das Buch von Sarrazin. Das war ein unheimlicher Konflikt für uns, weil der Buchhändler im persönlichen Gespräch mitteilte, dass er jahrelang die Rechte von Schwulen erkämpft habe und jetzt von ausländischen Jugendgruppen wieder sehr angefeindet werde. Er werde wieder angepöbelt und angegriffen, wenn er sich händchenhaltend mit seinem Lebensgefährten auf der Straße zeige. Regelmäßig ginge die Tür des Buchladens auf und er werde beschimpft. Ich kann schon sehr gut nachvollziehen, wenn eine lesbisch-schwule Einrichtung so sichtbar wird, dass die Tür aufgemacht und etwas Abwertendes von Personen

reingebrüllt wird, die gleichgeschlechtliche Lebensformen ablehnen. Dieser Personenkreis lässt sich nicht nur auf „ausländische“ Jugendliche beschränken.

Hier geht es eher um Rassismus, also weniger um Rechtsextremismus, aber das ist die erste Auseinandersetzung gewesen, bei der wir als Einrichtung gemerkt haben, wie sich die schwul-lesbische Szene gegenüber Mehrfachzugehörigkeiten eigener Szenemitglieder verhält.

Die Frage war ja, inwieweit wir im Arbeitsalltag uns mit Rechtsextremismus auseinander setzen oder ihn erleben. Faschistische oder nationalistische Ideologien oder Aktivitäten begegnen uns nicht offensichtlich. Viele Lesben und Schwulen beziehen sich sehr auf die juristische Gleichstellung zu heterosexuellen Lebensformen und Ungleichheiten innerhalb der Szene geraten schnell außerhalb des eigenen Blickfeldes.

So auch bei dem CSD (Christopher Street Day) Motto 2011 mit dem Titel „Einigkeit und Recht auf Gleichheit“, das für uns sehr national ausgerichtet war. Die Organisator_innen des CSDs wollten damit eine Verbindung zum Artikel 3 herstellen, um deutlich zu machen, dass der Bereich sexuelle Orientierung auch im Grundgesetz mitverankert werden soll.

Daraufhin hat sich das kommunale Aktionsbündnis Schrägstrich mit verschiedenen Einzelpersonen und Initiativen gegründet. LIBS ist Teil dieses Bündnisses. Wir haben die Veranstalter_innen aufgefordert, dieses Motto zu verändern, weil es für uns sehr homonational ist und die Vielfalt innerhalb der Lesben- und Schwulenszene nicht zum Ausdruck bringt und einen Teil der LSBTIs (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transpersonen und Intersexuelle) nicht mit einbezieht. Es wurde daraufhin ein wenig verändert. Das Wort Gleichheit wurde gestrichen und mit „Gleichstellung – Artikel 3 jetzt“ ersetzt, bezogen auf das Aufnehmen des Bereiches „Sexuelle Orientierung“ im Grundgesetz, Artikel 3. Laut CSD Veranstalter_innen war das die einzige Änderung, die im Vorfeld des CSDs noch möglich war.

Die Teilnehmenden des Aktionsbündnisses haben beim Sommerfest der Aidshilfe Frankfurt und beim CSD

2011 in Frankfurt den Flyer „Sind wir uns einige?“ verteilt, in dem eine offene Diskussion über bestehende Unterschiede und auch Ungerechtigkeiten innerhalb der LSBTI-Szene angestrebt wird. Geplant wurde eine Veranstaltung zum Thema Rassismus, Islamophobie und Ausländerfeindlichkeit in der LSBTI-Szene mit einem Input der Kolleginnen und Kollegen aus Berlin und Frankfurt. Ziel dieser Veranstaltung ist es, über rassistische und islamophobe Tendenzen innerhalb der schwullesbischen Szene ins Gespräch zu kommen und einen selbstkritischen Blick für Ausgrenzungen und Diskriminierungen in der Szene zu entwickeln. Die Veranstaltung „Offen für wen? – (Anti-)Rassismus in der LSBTI-Szene“ wird wohl erst im Vorfeld des CSDs 2012 stattfinden.

Ich möchte noch auf einen weiteren Aspekt hinweisen. LIBS e.V. hat sich 1992 gegründet und die ersten Räume waren in einer offenen Ladengalerie, was für viele der Besucherinnen ein Problem darstellte. Das Beratungsangebot richtet sich auch an Frauen, die sich in einem Klärungsprozess bezüglich ihrer eigenen Identität befinden und nicht zugeordnet werden wollen. Da ist immer die Angst, dass von außen eine Zuordnung stattfindet, wenn sie sichtbar in den Räumen einer Lesbeneinrichtung zu sehen sind. Daraufhin gab es eine bewusste Entscheidung der Kolleginnen, Räumlichkeiten in einem Hinterhaus anzumieten, die nicht mehr so einsehbar sind und den Frauen damit eine Anonymität gewährleisten. Die LIBS-Besucher_innen müssen sich nicht erklären. Wir erleben es schon immer wieder, dass für Mädchen und Frauen dieser Schritt hierher zu kommen, nicht einfach ist. Das Überschreiten der Türschwelle ist immens schwierig. Manchmal haben sie auch erst beim dritten Mal den Mut zu klingeln und mit ihrem Anliegen die LIBS-Tür zu öffnen. Wir als eine Einrichtung für lesbische Mädchen und Frauen sehen unsere Aufgabe darin, für diese Zielgruppe einen Raum zu bieten, wo sie andere treffen können und sich nicht sofort erklären müssen. Auch das lesbisch-schwule Jugendzentrum an der Konstablerwache hat einen Teil seiner großen Fenster beklebt. Damit wird der Widerspruch ganz deutlich: Nämlich sichtbar, offen für alle sowie ein Teil der Gesellschaft zu sein und gleichzeitig Raum zu bieten, der einer Ablehnung, Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund der gleichgeschlechtlichen Lebensform entgegenwirkt. Wir befinden uns in dem Dilemma, auf der einen Seite sich nicht zu verstecken, sondern öffentlich präsent zu sein, und gleichzeitig den Besucher_innen Schutz vor Anfeindung und Diskriminierung zu bieten. In der Arbeit mit jungen Lesben ist es mir wichtig, nicht nur hier in unseren Räumlichkeiten zu bleiben, sondern auch nach außen zu gehen, also auch an öffentlichen

Veranstaltungen teilzunehmen, um präsent zu sein. Dazu möchte ich zwei Beispiele nennen: Wir haben schon öfters mit einem Motivwagen an der CSD-Parade teilgenommen. Immer gab es Teilnehmende, die das Gefühl hatten, dass sie nicht gesehen werden wollten. Dafür gab es die Möglichkeiten z.B. mit Masken das Gesicht zu verdecken.

2003 entstand in der Junglesbengruppe die Idee, auch an der Parade der Kulturen hier in Frankfurt teilzunehmen. Für die Teilnahme mit einem Motivwagen fehlte uns die Finanzierung, deshalb nahmen wir als Fußgruppe daran teil. Für einige Gruppenteilnehmerinnen war dies zu öffentlich und sie entschieden sich gegen eine Teilnahme. Für andere aus der Gruppe war dies keine Frage, sie wollten auch ohne Motivwagen an der Parade der Kulturen teilnehmen. Wir haben T-Shirts mit dem LIBS-Logo drucken lassen und das LIBS-Banner mit dem Titel Junglesbengruppe beschriftet. Am Tag der Parade der Kulturen kamen aber dann doch weniger Teilnehmerinnen als geplant. Plötzlich hatte ich als Pädagogin Schwierigkeiten mit nur vier oder fünf Teilnehmenden an der Parade präsent zu sein. Doch die Fünf waren so motiviert und meinten: „Doch, das machen wir!“ Ich war von ihrem Engagement beeindruckt, sich als Gruppe junger Lesben in der Vielfalt der verschiedenen Kulturen zu zeigen, deshalb sind wir bis zum Ende mitgelaufen. Zwischenzeitlich fand ich es auch spannend, wie mutig sich die Gruppe zwischen einer griechischen Tanzgruppe und der Jugendfeuerwehr auf der öffentlichen Straße zeigt. Auch in den Gesichtern und Reaktionen der Zuschauenden am Straßenrand war zu sehen, wie erstaunt sie über die Teilnahme junger Lesben zwischen all den Kulturgruppen waren.

Interviewerin Welche Begegnungen habt ihr mit der Thematik Anti-Homosexualität oder Heteronormativität, begegnet euch das hier und in welcher Form?

Befragter In der Regel finden bei Informations- und Aufklärungsveranstaltungen z.B. in Schulen keine Anfeindungen statt. Es ist dann eher so, dass bei Jugendlichen die Schere im Kopf gut funktioniert und sie keine abwertenden Äußerungen machen, wenn eine Lesbe in ihrem Unterricht teilnimmt. Gleichzeitig gehen sie über den Schulhof und bezeichnen alles als schwul, was sie ablehnen oder ihnen nicht gefällt. „Schwule Sau“ ist immer noch das meistbenutzte Schimpfwort auf Schulhöfen und bezieht sich inzwischen auch gar nicht mehr auf nur Personen, sondern der Pulli oder der Stift kann schwul sein, wenn er mir nicht gefällt. Junge Lesben reagieren sehr sensibel auf solche negativen Äußerungen

im schulischen oder beruflichen Kontext. Damit steigt die Hemmschwelle sich an diesen Plätzen zu outen. Ein lesben- oder schwulenfeindlicher Witz oder die Äußerung, Homosexualität sei eklig, können ebenfalls das Coming-Out an diesem Ort verhindern.

In meiner Arbeit stoße ich oft auf Unverständnis oder ein Nicht-Informiert-Sein über lesbisch-schwule Lebensweisen in dem unmittelbaren Umfeld aller. Lesben haben kein sichtbares Merkmal, das sie als Lesbe erkennbar macht. Meistens werden sie als heterosexuelle Frau sofort zugeordnet. Gleichgeschlechtliche Lebensformen werden im Alltagssprachgebrauch nicht mit einbezogen und in der Regel nicht mitgedacht. Eine unhinterfragte Heteronormativität ist stets im Alltag präsent. Im Bereich Transgender- und Queer-Studies definiert Heteronormativität die Auflösung der Zweigeschlechtlichkeit und macht deutlich, dass männlich/weibliches Rollenverhalten konstruiert wird und dass dieser unhinterfragten Zuordnung entgegengewirkt werden muss, um Diskriminierungen zu verhindern. In dem Moment, in dem Lesben sich nicht outen und nicht deutlich machen, dass sie lesbisch leben, werden sie in ihrem Umfeld als heterosexuell-lebende Single-Frau wahrgenommen. Als Lesbe möchte ich nicht auf meine Sexualität reduziert werden, sondern meine gleichgeschlechtliche Lebensweise soll als gleichwertige Lebensform neben all den anderen respektiert und akzeptiert werden. Wir verwenden aus diesem Grund den Begriff Homosexualität nicht, weil er den Bereich Sexualität in den Fokus stellt und nicht die lesbische oder schwule Lebensweise. Lesbisch-Sein ist Teil der Persönlichkeit und lässt sich nicht nur auf eine sexuelle Handlung reduzieren. Gesellschaftlich werden lesbische oder schwule Lebensweisen als Privatsache gesehen, weil sie oft nur auf die Sexualität reduziert werden. Für viele ist ein offenes Outing nicht notwendig, weil es die Privatsache jeder Einzelnen ist und sie ihr Lesbisch-Sein zu Hause in ihren vier Wänden leben kann. Das permanente Verstecken einer nicht-heteronormativen Lebensweise schwächt das eigene Selbstwertgefühl und macht auf die Dauer krank.

Interviewerin Ist dir etwas bekannt darüber, dass Beratungsnehmer oder Leute, mit denen ihr diese Aktionen zum Beispiel macht, die du vorhin beschrieben hast, dass sie aus Furcht bestimmte Dinge unterlassen oder sich vor bestimmten Dingen schützen, z.B. sagen: „Ich bereise bestimmte Orte vielleicht lieber nicht.“?

Befragte Sicherlich haben einige Lesben Bedenken, eine Fahrradtour an die mecklenburgische Seenplatte zu machen, weil sie sich fragen, können wir in Ostdeutschland

unser Lesbisch-Sein sichtbar leben, oder werden dort von Personen, die dem rechten Spektrum angehören, angegriffen. Ich denke, dass solche Diskriminierungen genauso in West-, Nord- und Süddeutschland stattfinden können. Immer dort, wo Faschisten einen größeren Raum haben sich auszubreiten und das kann auch im Vogelsberg und der Wetterau sein, weil eine Lebensweise sichtbar wird, die nicht der gesellschaftlichen Norm entspricht. Einige Lesben entscheiden sich dagegen in Länder zu reisen, in denen gleichgeschlechtliche Lebensweisen strafbar sind. Aber auch in Frankfurt passieren Situationen, die wir uns eigentlich nicht mehr vorstellen, dass sie passieren können. Z.B. wurde meine Kollegin vor einigen Jahren aus einem Frankfurter Ausflugslokal geschmissen, weil sie dort ihre Freundin geküsst hat. Dies passierte nicht in den 50er oder 70er Jahren, sondern Anfang 2000, also in einer Zeit, in der Lesben und Schwule öffentlich in Frankfurt präsent sind. Meine Kollegin hat sich daraufhin als LIBS-Mitarbeiterin an die Presse gewandt, die das Thema aufgegriffen und eine Erklärung des Wirtes dazu eingefordert hat. Ein Kiss-In vor dieser Kneipe wurde von Lesben und Schwulen organisiert, um deutlich zu machen, dass Lesben und Schwule auch öffentlich Zärtlichkeiten austauschen. Erst ein erotischer Kuss oder eine körperliche Berührung machen deutlich, hier geht es um ein gleichgeschlechtliches Liebespaar und nicht um zwei befreundete Frauen. Dieses Beispiel macht deutlich, dass lesbische Beziehungen nicht wahrgenommen oder per se als eine Lebensform mitgedacht werden. Ganz sicher stellt sich jede lesbisch-lebende Frau die Frage, will ich es nach außen tragen, will ich sichtbar sein oder schütze ich mich, damit ich nicht mit möglichen Ausgrenzungen und Angriffen rechnen muss. Manchmal ist es die verinnerlichte Norm, dass ich als Lesbe falsch, nicht richtig und die einzige hier bin. In dem Moment, in dem lesbische Mädchen und Frauen nicht in den Kontakt mit anderen gehen, die genauso lesbisch leben, sind sie mit ihren Erlebnissen und Erfahrungen isoliert. Der Schritt des Nach-außen-Gehens mit der gleichgeschlechtlichen Lebensweise kostet für alle Lesben jeden Alters viel Überwindung.

Interviewerin Wie nehmt ihr zivilgesellschaftliche Auseinandersetzungen wahr, z.B. im Zusammenhang mit der Auseinandersetzung um den Buchladen oder beim Christopher Street Day? Was wären vielleicht eure Wünsche, also Optimierungswünsche, oder auch Wünsche von anderen Menschen, mit denen ihr kommuniziert? Welche konkreten Wünsche an die Zivilgesellschaft gibt es?

Befragte Eine wichtige Bedeutung ist, dass die Zivilgesellschaft die Belange und Bedarfe von Lesben und Schwulen, aber auch von Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen in das Blickfeld nimmt und eine gleichberechtigte Akzeptanz zu heterosexuellen Lebensweisen ermöglicht. Die politische Wahrnehmung und Auseinandersetzung mit nicht heteronormativen Lebensweisen ist unumgänglich. Die Frankfurter Kommunalpolitik hat von 2001 bis 2003 einen Runden Tisch zur Verbesserung der Lebenssituation von Lesben und Schwulen in Frankfurt einberufen. VertreterInnen aus Politik, Verwaltung und Lesben-Schwulen-Gruppen haben Maßeempfehlungen für die Stadtverordneten erarbeitet, die zum Teil aufgegriffen und umgesetzt wurden, wie z.B. die Änderung des Friedhofsrechts, dass Lesben und Schwule miteinander in ein Grab beerdigt werden können. Auch die Eröffnung eines lesbisch-schwule Jugendzentrums war eine Forderung des Runden Tisches, die vor zwei Jahren dann umgesetzt wurde. Den Wunsch an die Zivilgesellschaft, akzeptiert zu werden, möchte ich noch einmal an einem Beispiel deutlich machen. Eine Teilnehmerin aus der Junglesbengruppe hat gefordert, dass sie sich nicht ständig erklären möchte, warum sie lesbisch lebt und woran sie gemerkt hat, dass sie Frauen liebt. Lesben wird damit immer vor Augen geführt, dass sie nicht der Norm entsprechen. Heterosexuelle stellen ihre sexuelle Identität nicht in Frage und überlegen sich, woran sie gemerkt haben, dass sie heterosexuell sind. Die immer wieder gestellte Frage beim Kennenlernen von neuen Personen: „Hast du einen Freund?“ als Frau sollte einen größeren Raum vielfältiger Lebensgestaltungen eröffnen und die Möglichkeit der gleichgeschlechtlichen Beziehung miteinbeziehen. Die Teilnehmenden einer Berufsschulklasse habe ich gefragt, ob sie sich vorstellen können, wenn sie auf eine Party kommen, nicht mehr zu fragen, hast du einen Freund, sondern auch zu fragen, hast du einen Freund oder eine Freundin? Ein Schüler meinte daraufhin, wenn er dies in der Disko eine junge Frau fragen würde, hätte er ja gar keine Chancen mehr bei ihr, wenn er ihr unterstellt, dass sie lesbisch sein könnte. Er geht davon aus, dass die junge Frau sich von ihm abwendet, wenn er den Verdacht äußern würde, dass sie auch mit einer Frau zusammenleben könnte. Was aber ganz spannend war, dass eine Schülerin darauf antwortete, dass sie sich die Frage so gar nicht trauen würde an einen jungen Mann zu stellen, weil sie Angst hätte, dass er sie daraufhin schlagen würde, wenn sie ihn als evtl. schwul bezeichnen würde. Sie geht davon aus, dass es nicht nur zu einer Abwehrhaltung kommen, sondern auch zu einer körperlichen Auseinandersetzung führen würde, wenn

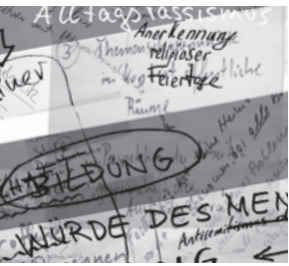
sie einen jungen Mann verdächtigen würde, schwul zu sein. Solange solche Rollenbilder noch vorhanden sind, braucht es wirklich noch viel Information, Aufklärung und Sensibilisierung zu dem Thema.

Interviewerin Wie nehmt ihr die zivilgesellschaftliche Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus wahr? Gibt es da Dinge, die ihr positiv findet, Dinge, wo ihr sagt, da gibt es blinde Flecken, oder das ist sehr einseitig oder gefährlich?

Befragter Bisher haben lesbische Mädchen und Frauen uns von keiner Situation berichtet, bei der sie von Rechtsextremisten angegriffen wurden. Wobei wir auch so nicht nachfragen, ob die Diskriminierungserfahrung aufgrund eines rechtsextremistisch motivierten Tatbestands ausging.

Wir haben die Verfolgung von Lesben und Schwulen während des Nationalsozialismus nicht vergessen und wissen, dass es immer noch Zeitzeugen in Deutschland gibt, die davon berichten können. Diese geschichtliche Thematik beziehen wir oft in unsere Arbeitsschwerpunkte mit ein. So haben wir 2009 von LIBS aus eine Stadtführung organisiert, die zu den lokalen Plätzen im Nordend führte, an denen Frauen wohnten, bevor sie aus ganz unterschiedlichen Gründen in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert wurden. Dabei haben wir uns auf das Buch „Frankfurt am Main – FrauenKZ Ravensbrück, Lebensspuren verfolgter Frauen“, herausgegeben von dem Studienkreis Deutscher Widerstand 1933–1945 bezogen. Darin werden über 270 Frauen genannt, die ihre letzte Meldeadresse hier in Frankfurt hatten, bevor sie ins FrauenKZ Ravensbrück kamen. Der Frankfurter Engel, das Mahnmal verfolgter Schwulen und Lesben im Nationalsozialismus, wird immer in unsere Subtouren oder thematischen Stadtführungen mit einbezogen. Der Engel steht am Klaus-Mann-Platz, in der Nähe der Konstablerwache und trägt die Inschrift: HOMOSEXUELLE MÄNNER UND FRAUEN WURDEN IM NATIONALSOZIALISMUS VERFOLGT UND ERMORDET. DIE VERBRECHEN WURDEN VERLEUGNET, DIE GETÖTETEN VERSCHWIEGEN, DIE UBERLEBENDEN VERACHTET UND VERURTEILT. DARAN ERINNERN WIR IN DEM BEWUSSTSEIN, DASS MÄNNER, DIE MÄNNER LIEBEN UND FRAUEN, DIE FRAUEN LIEBEN IMMER WIEDER VERFOLGT WERDEN KÖNNEN. FRANKFURT AM MAIN, DEZEMBER 1994.

Eine Veranstaltung mit Claudia Schoppmann zu ihrem Buch „Zeit der Maskierung – Lebensgeschichten lesbischer Frauen im ‚Dritten Reich‘“ haben wir 2001 hier in Frankfurt organisiert.



INITIATIVE SCHWARZE MENSCHEN IN DEUTSCHLAND (ISD)

Die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD) ist ein eingetragener Verein, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Interessen Schwarzer Menschen in Deutschland zu vertreten. Dabei versteht die ISD sich nicht als alleinige Vertreterin, sondern vielmehr als Teil der Schwarzen Community. Die ISD bietet auf der einen Seite eine positive Identitätsfindung und eine Plattform, wo Erfahrungen Schwarzer Lebensrealitäten und Fähigkeiten entwickelt, ausgetauscht und gestärkt werden. Die Aneignung Schwarzer Deutscher Geschichte ist dabei ein wesentliches Instrument. Auf der anderen Seite tritt die ISD für eine anti-rassistische Haltung in allen gesellschaftlichen Bereichen ein, zeigt die Diskriminierung und Benachteiligungen von Schwarzen Menschen auf und bekämpft sie. Die Themen Alltagsrassismus, rassistische Gewalt und Polizeiwillkür/Polizeiübergriﬀe stellen zentrale Schwerpunkte ihrer Arbeit dar. Schwarzer Widerstand ist für den Verein in erster Linie ein Kampf um Anerkennung dieser Perspektiven.

Rassismus ist nicht gleich Rechtsextremismus und umgekehrt: Über die Perspektive Schwarzer Menschen in Deutschland

„In Deutschland groß geworden habe ich gelernt, dass mein Name Neger(in) heißt und die Menschen zwar gleich, aber verschieden sind, und ich in gewissen Punkten etwas überempfindlich bin. In Deutschland groß geworden habe ich gelernt, zu bedauern Schwarz zu sein, ‚Mischling‘⁹ zu sein, deutsch zu sein, nicht deutsch zu

sein, afrikanisch zu sein, nicht afrikanisch zu sein, deutsche Eltern zu haben, afrikanische Eltern zu haben, Exotin zu sein, Frau zu sein.“ (May Ayim)

1. Bewegungsgeschichte

Wenn heute von der jüngeren Schwarzen¹⁰ Bewegung gesprochen wird, so deswegen, weil es schon lange vor den heute existierenden Initiativen gesellschaftsrelevante Aktivitäten Schwarzer Menschen in Deutschland gab. So schlossen sich beispielsweise bereits in den 1920er Jahren Schwarze Arbeiter_innen, Gewerkschafter_innen und Künstler_innen zusammen, um für ihre Rechte und Lebensentwürfe einzutreten. Etwa 60 Jahre später führte der Lehrauftrag von Audre Lorde an der Freien Universität Berlin zur Wiederbelebung dieser Tradition. So ermutigte 1984 die afrikanisch-amerikanische Schriftstellerin und Frauenaktivistin in ihren Vorlesungen Schwarze Frauen dazu, ihre persönlichen Geschichten und damit die der Schwarzen Diaspora in Deutschland aufzuschreiben. Ziel der daraus entstandenen Bewegung war und ist es, aus jahrzehntelanger, erlebter Isolation auszubrechen, um Freiräume für Schwarze Menschen zu schaffen und dabei nach selbstbestimmten Definitionen ihres Daseins zu suchen und der einseitig weißen Geschichtsschreibung ein eigenständiges Bild entgegenzusetzen. Bis heute arbeiten Schwarze Menschen daran, ihre Lebenszusammenhänge und ihre Perspektiven zu verändern und zu erweitern. Widerstand ist in Deutschland ein wichtiger Bestandteil der Schwarzen Bewegung. Denn trotz der Tatsache, dass Schwarze Menschen seit mehreren hundert Jahren hier leben, versteht sich Deutschland noch immer als eine homogen weiße Nation.

⁹ „Mischling“, „Halbblut“ und „Bastard“: Diese rassistischen Beschimpfungen sind nur einige der Namen, die schwarzen „Besatzungskindern“ in den 1940er- und 1950er-Jahren in Deutschland gegeben wurden. Das Nachkriegsdeutschland war noch vom Rassenhass der NS-Zeit geprägt, die Kinder aus binationalen Ehen nicht akzeptierte.

¹⁰ „Schwarz“ und weiß sind gesellschaftlich wirkungsvolle Kategorien. Wir verwenden „Schwarz“ (großgeschrieben) nicht um eine äußerliche Zuschreibung zu markieren, sondern als politische Selbstbezeichnung. Die Bezeichnung weiß wird klein und kursiv geschrieben, da es sich hier ebenfalls um ein Konstrukt handelt, das aber kein Widerstandspotential beinhaltet (angelehnt an: Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grada/Piesche, Peggy/Arndt, Susan (Hg) 2005: Mythen, Masken und Subjekte. Münster: Unrast Verlag, S. 13). Wir verzichten in diesem Text auf die kursive Schreibweise von weiß, weil dies das Wort visuell gegenüber der Großschreibung von Schwarz/Schwarzsein hervorhebt und wir das Augenmerk auf Schwarze Perspektiven richten wollen.

2. Rassismus ist allgegenwärtig

Rassismus ist ein machtvoll System der Unterscheidung und Klassifizierung. Als Grundprinzip gilt zunächst die Einteilung in „Wir“ und „die Anderen“. Letztere werden von einer Mehrheit oft als Bedrohung konstruiert. Dabei funktioniert das „Fremdmachen“ der „Anderen“ (das so genannte „othering“) über die Zuschreibung bestimmter Merkmale und Eigenschaften, wie zum Beispiel ‚kulturelle Differenz‘, Aussehen und Verhalten, die in ihrer Ausformulierung als möglichst gegensätzlich zur weißen Mehrheitsgesellschaft konstruiert und darüber hinaus hierarchisierend bewertet werden. Die Mehrheitsgesellschaft verfügt über die Macht, das „Andere“ zu definieren, weil sie auf allgemein anerkannte Deutungsmuster zurückgreift. Diese finden im Kolonialismus westlicher Gesellschaften ihren Ursprung.

Oft herrscht unter Mitgliedern intellektueller Kreise die Annahme, frei von Rassismus zu sein. Man versteht sich als solidarisch und antirassistisch und erklärt Schwarzen Menschen, was rassistisch ist und was nicht. Nur wenige stellen dabei das gesellschaftliche Privileg des „Weißseins“ infrage. Dieses Privileg auszublenden, greift ebenso zu kurz wie ein Rassismusbegriff, der in erster Linie auf ein fehlgeleitetes Einstellungsproblem einiger „Weniger“ reduziert wird. Vielmehr lässt sich Rassismus als ein ordnendes Prinzip begreifen, bei dem die gesellschaftlich-strukturelle Ebene eng mit der individuellen Denk- und Handlungsweise verknüpft ist und über eine ungleiche Verteilung von Ressourcen, Rechten und Privilegien legitimiert und immer wieder neu reproduziert wird.

3. Blicke auf Rassismus

Erfahrungen mit Rassismus und rassistischer Gewalt gehört für Schwarze Menschen in Deutschland zum Alltag. Es gilt, sich gegen unterschiedliche Formen von Rassismus zur Wehr zu setzen. Dazu gehört bspw. indiskrete und einfältige Fragen abzuwimmeln, hinter denen oft

das Bedürfnis nach Kategorisierung des Schwarzen Gegenübers steckt. Auch ist die Wahrnehmung der bundesdeutschen Kultur- und Medienlandschaft von einer Deutungshoheit über das geprägt, was rassistisch ist und was nicht. Zuletzt wurde dies durch die Anfang 2012 entfachte Debatte über das an deutschen Theatern praktizierte „Blackfacing“¹¹ deutlich, bei dem weiße Schauspieler_innen schwarz geschminkt werden. Ein weiteres Beispiel ist der im März 2012 in die Kritik geratene Polizeikalender¹² der Deutschen Polizeigewerkschaft, der aufgrund der abgebildeten Karikaturen als rassistisch zu bezeichnen ist. Von Seiten des bayerischen Landesvorsitzenden der Polizeigewerkschaft hieß es, dass im Kalender „Situatationen des täglichen Dienstbetriebes“ abgebildet seien. „Wenn diese Karikaturen Ausdruck realer Geschehnisse sind, müssen die Polizeiführung und die Polizeigewerkschaften sich endlich hinterfragen, wie stark Rassismus auch innerhalb der Polizei vorhanden ist“, forderte der ISD-Bund in einer Pressemitteilung. Schließlich stehe die Polizei im Dienste der Gesellschaft. Aber scheinbar nicht im Dienste derjenigen, die sie in ihrem Kalender rassistisch diskriminierte.

3.1 Blicke auf Rassismus: Polizeigewalt

Rassismus begleitet Schwarze Menschen von Kindheit an: in Schule und Beruf, bei der Wohnungs- oder Jobsuche, im Kaufhaus, in den Medien, im eigenen Bekanntenkreis oder in Behörden. Rassismus äußert sich in Vorurteilen und Klischees, die sich in besetzenden (okkupationalen) Verhältnissen materialisieren. Er beleidigt, demütigt, verletzt und er tötet.

Auch in Deutschland liegt aus rassismus-kritischer Perspektive in unseren Augen eine Kontinuität bei der Gewalt mit Todesfolge gegenüber Schwarzen Menschen durch die Polizei bedenklich nahe. Das zeigen beispielsweise die Fälle, Urteile und Kampagnen um die Schicksale von Mareame N'deye Sarr, Achidi John, Dominique Kouma-

¹¹ Ein rassistisches „Stilmittel“, das zunächst auf den Bühnen der USA der 1920er Jahre eingesetzt wurde, um Schwarze Menschen lächerlich zu machen, ihnen den Zugang zu den Bühnen zu verwehren und das später in Europa zum Ausdruck des kolonialen Rassismus wurde.

¹² Darin abgebildet unter anderem Bilder eines Schwarzen mit dicken, rot überzeichneten Lippen, der sich gegen den Griff eines Polizeibeamten wehrt und in „gebrochenem“ Deutsch etwas über Verdunkelungsgefahr schreit oder das Bild eines Schwarzen, der Kamelexkreme auf sammeln muss.

dio, Oury Jalloh oder Christy Schwundek¹³. In all diesen Fällen sind Schwarze Menschen durch staatliche Organe zu Tode gekommen, beziehungsweise im Polizeigewahrsam durch nicht abschließend geklärte Umstände gestorben. Es besteht in jedem Fall aber ein Wechselspiel zwischen Rassismus in der Polizei und Rassismus in der Gesellschaft, in der rassistische Stereotypen von den so genannten „kriminellen Ausländern“ produziert werden. So wird der Rassismus in der Gesellschaft durch Behörden wie die Polizei in unseren Augen als strukturelles Problem verkörpert, reproduziert und verstärkt. Verdeutlichende Beispiele dafür sind die Verstrickung der Behörden in die Morde der Neonazi-Terrorgruppe NSU und die Repressionen und Kriminalisierung derjenigen Schwarzen Aktivist_innen, die für Gerechtigkeit und Aufklärung in den Mordfällen ihrer Freunde und Verwandten kämpfen.

Ein weiterer Aspekt ist der institutionelle Rassismus in Form der Asyl- und Ausländerpolitik, der eine gesetzliche Grundlage für rassistische Denk- und Handlungsweisen sowie Gewalttaten darstellt, indem er Menschen bereits durch ihren rechtlichen Status eine ungleiche Position zuweist. Die im Asylverfahrensgesetz geregelte Residenzpflicht besagt beispielsweise, dass sich Flüchtlinge nur in dem ihnen zugewiesenen Bezirk oder Landkreis aufhalten

beziehungsweise bewegen dürfen. Sie sind aufgrund ihres Aussehens gezielteren so genannten Personenkontrollen als weiße Menschen ausgesetzt. Denn durch das so genannte „Racial Profiling“ ist es wahrscheinlicher, dass sie kontrolliert werden – unabhängig von ihrem jeweiligen „Migrationshintergrund“ oder Aufenthaltsstatus. Im Februar entschied das Koblenzer Verwaltungsgericht¹⁴ darüber, dass Hautfarbe und das „ausländische“ Erscheinungsbild zulässige Kriterien für eine Personenkontrolle durch die Bundespolizei sind. Dieses Urteil wird in den Augen Schwarzer Menschen als gerichtlich legitimer Rassismus betrachtet. Dabei haben internationale und europäische Gremien wie der UN Menschenrechtsausschuss, der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte und die Europäische Grundrechteagentur eindeutig festgestellt, dass Personenkontrollen und Identitätsfeststellungen, die allein oder wesentlich auf Kriterien wie der zugeschriebenen ethnischen Zugehörigkeit oder „Hautfarbe“ einer Person basieren, gegen das Verbot rassistischer Diskriminierung verstoßen.

Die systematische Kriminalisierung von Menschen aufgrund äußerlicher (unveränderbarer) Merkmale hat in Deutschland eine lange Tradition. Mit seiner Entscheidung hat das Verwaltungsgericht jedoch eine juristische Präzedenzsituation geschaffen. Dieses Urteil ist nicht nur

¹³ Mareame N'deye Sarr wurde im Juli 2001 in Aschaffenburg im Haus ihres Ex-Mannes von einem Polizisten erschossen. Die ISD schloss sich in einem Bündnis mit der ADEFRA, der Black Student's Organisation, SOS Struggles of Students und der African Refugees Association (ARA) sowie der Flüchtlingsinitiative Brandenburg (FIB) zusammen. Es folgten zahlreiche bundesweite Demonstrationen und Aktionen.

Achidi John starb Dezember 2001 in Hamburg nach einem Brechmitteleinsatz. Der Todesfall blieb ohne strafrechtliche Konsequenzen. Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren ein.

Oury Jalloh verbrannte bei lebendigem Leibe am 07. Januar 2005 in einer Dessauer Polizeizelle, gefesselt an Händen und Füßen auf einer feuerfesten Matte. Zuvor hatten zwei Frauen, die sich von ihm belästigt fühlten, die Polizei gerufen. Er wurde verhaftet und in eine Polizeizelle gesperrt. Als der Feueralarm ausbrach, wurde dieser mehrmals ignoriert und ausgestellt. Ermittlungen ergaben, dass sich der Dienstgruppenleiter, der Arzt sowie zwei Polizisten direkt nach dem Brand rassistisch äußerten. Erst durch die Mobilisierung seiner Freunde kam der Fall um Oury Jalloh zwei Jahre später, im Sommer 2008, vor Gericht. Das Verfahren endete mit einem Freispruch. In seiner Begründung bekräftigte der Vorsitzende Richter Manfred Steinhoff das Urteil als „einfach nur ein Ende, das formal sein musste“. Dabei warf Steinhoff der Dessauer Polizei „Schlamperei“ vor und kritisierte die „Falschaussagen der Beamten“, die jede Chance auf ein rechtsstaatliches Verfahren sowie die Aufklärung des Sachverhaltes verhindert hätten. Gegen das Urteil legten sowohl Staatsanwaltschaft als auch Nebenklage Revision ein. Am 7. Januar 2010 hob der Bundesgerichtshof (BGH) das Urteil auf, soweit der Dienstgruppenleiter freigesprochen worden war. Der Fall wurde ab dem 12. Januar 2011 vor dem Landgericht Magdeburg hinsichtlich des Dienstgruppenleiters neu verhandelt. Wie schon beim ersten Prozess konnte die Mutter Oury Jallohs, Mariama Djombo Jalloh, als Beobachterin am Prozess in Magdeburg teilnehmen, verstarb jedoch am 23. Juli 2012 kurz nach ihrer Rückkehr in Tourahol. Am 13. Dezember 2012 wurde der Dienstgruppenleiter wegen fahrlässiger Tötung zu einer Geldstrafe in Höhe von 10.800 Euro verurteilt. Das Urteil wird von Kritikern als verhöhnend gewertet.

Dominique Koumadio wurde im April 2006 durch zwei Schüsse eines Polizisten in Dortmund getötet. Ein Kioskbesitzer hatte zuvor die Polizei benachrichtigt, weil er sich von Dominique bedroht fühlte. In den Medien wurde behauptet, Dominique habe ein Messer gehabt, obwohl die Polizei selbst angegeben hatte, dass die Situation nicht bedrohlich gewesen sei. Das eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde von der Dortmunder Staatsanwaltschaft wegen angeblicher Notwehr eingestellt.

Christy Schwundek wurde im Mai 2011 in einem Frankfurter Büro der Arbeitsagentur von einer Polizistin erschossen. Das Verfahren gegen die Polizeibeamtin wurde durch die Frankfurter Staatsanwaltschaft eingestellt. Daraufhin wurde auf Antrag des Bruders der Getöteten ein Klageverfahren gestellt und von der Initiative Christy Schwundek organisatorisch und finanziell unterstützt. Ziel des Begehrens war es, dass die Öffentlichkeit im Rahmen eines ordentlichen Gerichtsverfahrens gegen die beschuldigte Polizistin erfährt, was sich im JobCenter konkret abgespielt hat, alle Zeugen angehört und die Beschuldigte sich dem Tatvorwurf stellen muss. Im November 2012 lehnte der 3. Strafsenat des OLG Frankfurt jedoch den Antrag auf Klageerzwingung wegen Unzulässigkeit ab. Er sah darin nach Aktenlage keine hinreichende Begründung für die Ablehnung der Notwehr-Lage der Polizistin. Mit der Ablehnung sind alle juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft und es gibt keine rechtliche Möglichkeit mehr, ein öffentliches Gerichtsverfahren zu erwirken.

ein Freischein für die deutsche Polizei, mögliche diskriminierende Kontrollpraktiken ungehindert weiterzuführen, es gibt ihnen damit auch eine juristische Basis, auf die sich Beamte im Klagefall berufen können. Zusätzlich werden rassistische Denkmuster in der Polizei und der weißen deutschen Mehrheitsgesellschaft genährt und potenziert. Darüber hinaus bekräftigt das Urteil die national-rassistische Vorstellung über die deutsche Gemeinschaft als ausschließlich weiße Gemeinschaft. Racial Profiling vollzieht somit erneut das rassistische Grundprinzip der Einteilung in ein „wir“ und „die anderen“, es kriminalisiert, bewertet und hierarchisiert Menschen.

Deshalb haben der Verein Arbeitskreis Panafrikanismus, ADEFRA, die Internationale Liga für Menschenrechte, ReachOut – Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus und die ISD ein Schreiben an das Secretariat of ECRI Council of Europe verfasst und eine Onlinepetition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages eingerichtet, mit der knapp 16 000 Stimmen gesammelt wurden. Sie enthielt Forderungen wie die Einführung eines verpflichtenden Anti-Rassismus-Trainings für Polizist_innen und Polizeischüler_innen, das sich tatsächlich mit Rassismus und nicht mit euphemistischen Begrifflichkeiten wie Fremdenfeindlichkeit und Ausländerfeindlichkeit befasst. Des Weiteren wurde eine Meldepflicht aller Rassismusschuld gegenüber der Polizei, die von einer unabhängigen, von geschultem Fachpersonal besetzten Stelle geprüft und archiviert werden, gefordert, sowie die Überarbeitung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) anhand der europäischen Anti-Rassismus-Richtlinien, da dieses derzeit zu viele Ausnahmeregelungen beinhaltet und daher in vielen Diskriminierungsfällen nicht greift. Nach der Vorsprache im Forum gegen Rassismus und konkreter Bündnisschaffung mit anderen Organisationen wie Amnesty International, Anwält_innen und Wissenschaftler_innen ist angesichts der Revisionsverhandlung am

29. Oktober 2012 eine weitere Öffentlichkeitskampagne geplant, um das Thema nicht als Einzelfall-Erklärung in Vergessenheit geraten zu lassen.

3.2 Rassismus in Beratungskontexten

Schwarze Menschen und People of Color erleben im Kontext der Beratung nach rassistischen Gewalterfahrungen nach wie vor, dass sie von jenen beraten werden, die von Rassismus profitieren und an seiner (Re-)produktion beteiligt sind. Was bedeutet das genau?

Aus postkolonialer Perspektive ist kein Raum frei von Rassismus, somit auch nicht der Beratungskontext. Auch in Beratungskontexten zum Thema Rassismus dominiert beispielsweise die Präsenz weiß positionierter Berater_innen. Die Kritische Weißseinsforschung definiert Weißsein als ein System rassistischer Hegemonie, eine Position aufgrund strukturell verankerter Privilegien, die nicht nur Bestandteil, sondern – und das ist maßgeblich – gleichzeitig Initiator und Motor von Rassifizierungsprozessen ist. Deswegen erfordert die Beschäftigung mit Rassismus von weißen Menschen eine kritische Selbstpositionierung innerhalb rassistischer Diskurse. Vorher ist an eine Beratung für PoC oder Schwarze Menschen, in welcher Form auch immer, gar nicht zu denken. Aber auch danach bedeutet eine Beschäftigung mit der eigenen Verstricktheit in rassistische Machtverhältnisse nicht, sich von diesen freisprechen zu können. Vielmehr geht es darum, herrschaftsdestabilisierende Umgangsweisen damit zu finden und anzuerkennen, dass eine Beratung durch weiß positionierte Menschen in Bezug auf Rassismus immer von der sozialen Position des eigenen Weißseins dieser Berater_innen ausgeht.

Die kritische Reflexion und Positionierung weißer Berater_innen in Beratungskontexten um Rassismus ist in den meisten Beratungskontexten nach wie vor nicht vorhanden. Das ist nicht nur politisch skandalös, sondern auch im Hinblick auf Sinn und Zweck eben dieser Beratungs-

¹⁴ Konkret ging es um den klassischen Fall der „verdachtsunabhängigen Kontrolle“ der Bundespolizei auf einer Zugstrecke der Deutschen Bahn. Der betroffene Schwarze deutsche Bahnreisende hatte eine Klage gegen zwei Bundespolizist_innen eingereicht, da er sich durch die gegen ihn gerichtete Kontrolle, Durchsuchung und Abführung rassistisch behandelt fühlte. Basierend auf bisherigen Rassismuserfahrungen hatte er sich geweigert, seine Papiere vorzuzeigen. Da der Kläger seine Papiere nicht vorlegte, durchsuchten die Beamten seinen Rucksack, ohne aber die Ausweispapiere zu finden. Daraufhin wurde der Kläger zur zuständigen Dienststelle der Bundespolizei verbracht, wo bei ihm ein Führerschein gefunden und seine Personalien festgestellt werden konnten. Das alles wollte der Reisende nicht ohne Konsequenzen über sich ergehen lassen und klagte. Die Bundespolizei zeigte den Mann zeitgleich wegen Beamtenbeleidigung an. Im Verfahren gegen den Mann gaben die Beamten zu Protokoll, den Mann aufgrund seiner Hautfarbe gezielt kontrolliert zu haben. Das Verwaltungsgericht Koblenz wies die Klage des Bahnreisenden zurück mit der Begründung, dass bei Kontrollen, die der Verhinderung der „illegalen Einreise“ von Personen nach Deutschland dienen, das „äußere Erscheinungsbild“ als Auswahlkriterium hinzugezogen werden könnte. Dieser offenen Billigung von Rassismus trat das Oberlandesgericht Frankfurt im gleichen Fall zumindest indirekt entgegen. Sie entschieden, dass der Betroffene dann dem Beamten auch ins Gesicht sagen durfte, das Verhalten erinnere ihn an die Methoden der SS. Mehr dazu hier: <http://www.anwaltskanzlei-adam.de/index.php?sonderseiten-vg-koblenz-presseinformationen>
<http://www.anwaltskanzlei-adam.de/index.php?id=106,753,0,0,1,0>
http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2012/Racial%20Profiling_20120404.html

kontexte verheerend. Diese Tatsache gibt Aufschluss darüber, inwiefern die hiesige so genannte Intersektionalitätsdebatte nach wie vor das Gewaltverhältnis (das die Strukturkategorie „Rasse“ hervorbringt) nicht anerkennt. So wird innerhalb der weiß dominierten Besetzung von Beratungsstellen ignoriert, dass diese Konstellation eben jene Gruppe, von der die rassistische Gewalt ausgeht, in die Position versetzt. eine beratende Funktion bzw. beratende Rolle einzunehmen.

4. Widerstand und Protest

Die Themen Alltagsrassismus und rassistische Gewalt stellen zentrale Schwerpunkte der Arbeit Schwarzer Netzwerke und Vereine dar. Solange sie nicht als gesellschaftliches Problem anerkannt werden, findet keine ernsthafte Auseinandersetzung statt und rassistische Vorfälle, Gewalt und Mord bleiben Alltag. Deshalb haben Schwarze Menschen in Deutschland Netzwerke gegründet. Sie stärken sich gegenseitig und entwickeln gemeinsame Strategien für die politische Arbeit, um ihre Perspektiven in den dominanten Diskurs einzubringen. Dies ist auch der Grund, warum die Gruppe der ISD-Frankfurt sich gegen eine Teilnahme am vorangegangenen Hearing-Treffen 2012 mit den Akteuren und Akteurinnen des Beratungsnetzwerks Hessen vor Erstellung dieser Broschüre entschied und dem Beratungsnetzwerk Hessen gegenüber aufgrund seiner Zusammensetzung kritisch eingestellt bleibt.

Unseren Beitrag in dieser Broschüre verstehen wir als eine Form der Intervention. Das Hearing und diese Broschüre waren von der Bildungsstätte Anne Frank initiiert worden, doch wurden sie vom Beratungsnetzwerk Hessen finanziert. Dieses wiederum bezieht die Unterstützung seiner Berater_innen aus einem so genannten Expertenpool – zu dem unter anderem die Polizei-Akademie Hessen über das Aussteigerprogramm IKArus, sowie das Landeskriminalamt zählt. Dass die ISD-Frankfurt jedoch die oben genannten polizeilichen Praktiken verurteilt und keine Kooperationspartnerschaft besteht – sollte durch das Verlesen eines Statements unsere Position deutlich machen. Die Teilnahme am Hearing hätte im Verständnis der Gruppe eine Art Kompliz_innenschaft mit denjenigen dargestellt hätte, die wir oftmals als Täter_innen wahrnehmen und die als diese auftreten.

5. Repräsentanz

Die ISD versteht sich nicht als alleinige Vertreterin Schwarzer Menschen in Deutschland, sondern vielmehr als Teil der Schwarzen Community. Besonders hervorzuheben sind jene Gruppen, die von Flüchtlingen organisiert werden, wie die African Refugee Association (ARA), The Voice, Refugees Emancipation und Women in Exile. Sie setzen sich für die Einhaltung der Menschenrechte gegenüber Flüchtlingen ein und mobilisieren in regelmäßigen Abständen für Kampagnen gegen Abschiebungen, Übergriffe durch Staatsorgane, die radikale Rechte und die Residenzpflicht.

Schwarzer Widerstand ist für die ISD in erster Linie ein Kampf um Anerkennung dieser Perspektiven. Politische Partizipation Schwarzer Bürger_innen und die Verbesserung der Lebenssituation Schwarzer Menschen in Deutschland sind das Ziel.

Die Regionalgruppe Frankfurt der Initiative Schwarze Menschen in Deutschland (ISD-Bund) e.V. (www.isdonline.de)

EMPFEHLUNGEN DER TEILNEHMENDEN DES PROJEKTS ZUR PERSPEKTIVERWEITERUNG IN DER AUSEINANDERSETZUNG MIT RECHTSEXTREMISMUS

„Betroffenenperspektiven wahrnehmen“

Die im Folgenden zusammengestellten Anregungen und Empfehlungen ergeben sich aus verschiedenen „(Gesprächs)-Anlässen“:

- den im Zuge des Hearings von den Teilnehmer_innen erarbeiteten Erkenntnissen
- den von den Akteur_innen des Hearings vorbereiteten und am Schluss der Veranstaltung vorgetragenen Einschätzungen und Forderungen für die Zukunft der weiteren Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit
- den Aussagen der Gesprächspartner_innen im Zuge der qualifizierten Interviews. Auch hier hatten wir in einem dritten und abschließenden Gesprächsteil nach Einschätzungen und Empfehlungen zur Optimierung der Beratungsarbeit gefragt (siehe Gesprächs-Leitfaden).

Bei den dabei gewonnenen Erkenntnissen fallen uns fünf zentrale Aspekte auf, die wir im Folgenden benennen und näher erläutern möchten:

1. Gesellschaft in ihrer Pluralität wahrnehmen und alle Menschen gleich behandeln

Die Gesellschaft in Deutschland ist eine heterogene¹⁵ Gesellschaft, in der Menschen mit vielen unterschiedlichen Erfahrungen, Bezügen und Hintergründen leben. Ihre Heterogenität ergibt sich nicht nur, aber unter anderem eben auch, durch Migrationsgeschichte, die wiederum unterschiedliche Beweggründe haben kann. Jedoch lassen die von der Mehrheitsgesellschaft geführten Diskurse über diese Lebensrealitäten häufig eine entsprechende Kenntnis und einen selbstverständlichen und gleichbe-

rechtigenden Umgang vermissen.

Eine zentrale Botschaft der Projektteilnehmer_innen lautet daher, die Gesellschaft in ihrer Pluralität wahrzunehmen und entsprechende Bildungsanstrengungen und Aufklärungsarbeit vorzunehmen, die einen Beitrag zu einer Anerkennung dieser Realitäten leisten könnten.

Dabei ist es wichtig, insbesondere die ausgrenzenden und die Gleichheit der Menschen in Frage stellenden Diskursen wahr- und die Gleichbehandlung aller Menschen ernst zu nehmen. Der Wunsch nach Akzeptanz und Gleichberechtigung macht sich sowohl auf struktureller Ebene als auch in der Alltagskultur des Zusammenlebens bemerkbar.

Eine größere Selbstverständlichkeit der Pluralität entsteht, wenn Verhaltensweisen und Lebensentwürfe nicht ständig von einer Mehrheit hinterfragt und von den Betroffenen erklärt werden müssen. In Bezug auf die Bezeichnung von Lebensweisen als „von der Norm abweichende“ ist es wichtig, kritisch zu fragen, was die Norm ist und wer diese definiert. Heterogenität als Normalität zu etablieren, bedeutet dann vor allem auch, Minderpositionen selbstverständlich sichtbar zu machen. Die Wahrnehmung aller religiöser und nichtreligiöser Fest-, Feier- und Gedenktage ist daher auch eine Empfehlung der Projektpartner_innen. Die Bekanntgabe der Fest-, Feier- und Gedenktage darf dabei jedoch keine notwendige Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe sein. Die Interviewpartner_innen empfehlen weiterhin die Sichtbarmachung verdrängter Geschichte in Deutschland. Auch schützt die Auseinandersetzung mit der Lebensweise einer Minderheit nicht davor, rassistische Stereotype zu reproduzieren. Gefordert wird zudem eine stärkere Zusammenarbeit mit Interessensvertretungen von nationalen Minderheiten und minorisierten¹⁶ Menschen auf struktureller Ebene.

¹⁵ Wir verwenden den Begriff der heterogenen (im Gegensatz zur homogenen) Gesellschaft zur Beschreibung von gesellschaftlicher Realität, die durch ethnische, sprachliche, kulturelle, geschlechts- und altersbezogene Unterschiede und vielfältige Lebensformen geprägt ist.

¹⁶ Mit der Formulierung „minorisierte“ möchten wir betonen, dass Menschen minorisiert werden. Sie werden „aus einer Position von Macht und Dominanz heraus erst gesellschaftlich produziert“. (Velho 2010, S. 113)

In diesem Kontext bedarf es vor allem der Weiterentwicklung der Alltagspraxis in den Medien aber auch in der Schule. Die Förderung eines professionellen Umgangs mit Heterogenität durch Pädagog_innen, Lehrkräfte und Medienvertreter_innen ist eine weitere Empfehlung. Auch sollten Curricula und Unterrichtsmaterialien entsprechend weiterentwickelt und das Fehlen wichtiger gesellschaftlicher Entwicklungen und Ereignisse – wie beispielsweise die mehr als 50 Jahre währende Migrationsgeschichte der türkischen Einwanderung, der versuchte Völkermord an Sinti und Roma oder das verdrängte Kapitel von Kolonialismus und Schwarzer deutscher Geschichte – und die dazugehörigen Narrative wahrgenommen und unter Beteiligung der Akteur_innen in die Lehrmaterialien aufgenommen werden. Darüber hinaus sollte die Auseinandersetzung mit Rassismus und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit fester Bestandteil schulischer Bildung sein.

2. Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in ihrer Vielfalt wahr- und ernst nehmen

In der pluralen Gesellschaft gibt es viele verschiedene Formen von Diskriminierung. Dies ist eine Problematik, der sich die gesamte Gesellschaft stellen muss und die nicht das alleinige Problem der davon Betroffenen sein darf. Gemäß den Erfahrungen der Projektteilnehmer_innen sind rassistische Äußerungen in vielen Gruppen Konsens und es fehlen Menschen, die dem aktiv entgegengetreten. Vielfach werden Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Antihomosexualität und weitere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bagatellisiert, relativiert oder nivelliert. Wichtig ist daher die Wahrnehmung der Wirkung, die diese auf Betroffene ausüben, der Sicht der Betroffenen auf Diskriminierung und deren Wünsche nach Formen möglicher Unterstützung. Zu berücksichtigen ist in der Auseinandersetzung zudem, das für viele existierende Dilemma zwischen der sichtbaren Darstellung eigener Lebensformen und dem Verstecken eigener Lebensweisen, um die Erfahrung von Diskriminierung zu vermeiden. Sowohl von den Projektteilnehmer_innen als auch in Forschungsergebnissen wird festgestellt, dass es bezogen auf die Verwendung von menschenfeindlichen Schimpfworten Normalisierungstendenzen gibt, das heißt, dass es eine Art Gewöhnung an

Schimpfworte gibt, diese nicht kritisiert werden und diese sogar oftmals gar nicht als solche wahrgenommen werden. Problematisch ist die Verstärkung und Reproduktion von Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und anderer Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit durch öffentliche Medien, die z.B. durch unkritische, Stereotype reproduzierende Bilder vermittelt werden. Die Projektteilnehmer_innen empfehlen daher eine Enttabuisierung des Themas und eine kontinuierliche und nachhaltige Beschäftigung mit Formen alltäglicher Diskriminierung und mit Rassismus in seinen unterschiedlichen Ausdrucksformen.

Dies beinhaltet neben der Wahrnehmung und Bewusstwerdung von rassistischen, antisemitischen, antiziganistischen und anderen menschenfeindlichen Vorurteilen deren Dekonstruktion und die Analyse ihrer Funktion für diejenigen, die diese haben. Zentral ist dafür auch die Auseinandersetzung mit institutionellem Rassismus und die Wahrnehmung von Betroffenheiten beispielsweise in Bezug auf Lebensbedingungen in Flüchtlingslagern und bei gesetzlich eingeschränkten Möglichkeiten von geflüchteten Erwachsenen und Kindern. Notwendige Veränderungen werden hier in den Gesetzen gesehen, z.B. die Abschaffung der Residenzpflicht und des Asylbewerberleistungsgesetzes. Auch der politische Umgang mit Flüchtlingen erscheint den Projektteilnehmer_innen oft problematisch. Gefordert wird daher auch Kontinuität und Nachhaltigkeit bei der Förderung der Angehörigen nationaler Minderheiten und anderer benachteiligter Gruppen in allen gesellschaftlichen Bereichen und in diesem Zusammenhang die Überprüfung der EU-Vorgaben in hessischen Gesetzen.

Die Erfahrung der Projektteilnehmer_innen zeigt, dass gesellschaftliche Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit erst beginnen, sobald es einen Vorfall oder einen Übergriff gibt und diese in der Öffentlichkeit sichtbar werden. Die Auseinandersetzung muss in den Augen der Projektteilnehmer_innen jedoch früher beginnen. Präventive Maßnahmen sollten verstärkt werden, damit solche Vorfälle verhindert werden können.

Um gegen Rassismus aktiv zu werden, ist zivilgesellschaftliche Solidarität mit den nationalen Minderheiten und minorisierten Menschen in den Medien und in der Öffentlichkeit nötig. Für zivilgesellschaftliches Handeln und ein diskriminierungskritisches Zusammenleben ist es daher sinnvoll, Aktivitäten gegen Rechtsextremismus

in den Mittelpunkt des stadtpolitischen Handelns und der Bürger_innen zu rücken.

Gefordert wird von der Politik in Kommunen und Ländern, dass Antidiskriminierungsarbeit insgesamt an Priorität gewinnt. Es werden Mittel, Projekte, Personal und wissenschaftliche Begleitung für die Antirassismusbearbeitung benötigt und ein breites gesellschaftliches Netzwerk, das sich auf die Seite der Betroffenen stellt. Die für viele Vereine und Initiativen im Hinblick auf eine Akquise staatlicher Gelder obligatorische „Demokratieerklärung“ (Extremismusklausel) sollte abgeschafft werden, sie bildet keine Grundlage für eine konstruktive Auseinandersetzung. Vielmehr sollte es ein Forum gegen Rassismus bzw. eine Plattform geben, um Nichtregierungsorganisationen und andere Organisationen zu fördern. Beratungseinrichtungen sollten unabhängig von staatlichen Akteuren sein. Darüber hinaus wird für eine kritische Haltung gegenüber dem Extremismusbegriff plädiert und für die Wahrnehmung des Rassismus in der Mitte der Gesellschaft.

Eine stärkere Wahrnehmung von und ernsthafte Auseinandersetzung mit Rassismus, Antisemitismus, Antiziganismus und weiteren Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wird auch durch eine veränderte Berichterstattung über rechtsextreme Straftaten erzielt und dadurch, dass rechtsextreme Übergriffe auch in der Polizeipresse in Hessen veröffentlicht werden. Dabei darf Rechtsextremismus nicht als Problem gewaltbereiter Jugendlicher verharmlost werden. Nötig ist eine stärkere Sensibilisierung der Polizei und Polizeipressesprecher, die rechtsextrem motivierte Kriminalität als solche erkennen und Opfer beraten müssen und dafür geschult werden sollten.

Unverständnis und Entsetzen löste bei den Projektteilnehmer_innen aus, dass die NSU-Mörder so lange unbehelligt agieren konnten. Das wird darauf zurückgeführt, dass der Verfassungsschutz das Problem des Rechtsextremismus nicht ernst genommen hat. Daraus resultiert eine starke Kritik am Verfassungsschutz, die ihn gänzlich in Frage stellt oder mehr Transparenz und Einblick in die Rolle des Verfassungsschutzes fordert. Im Umgang mit den NSU-Morden werden darüber hinaus Kontinuitäten zum Umgang mit den Verbrechern des Nationalsozialismus gesehen.

3. Themenschwerpunkt: Schule als Ort der Diskriminierung

Die Schule wird von vielen Projektteilnehmer_innen als ein Ort wahrgenommen, an dem Erfahrungen mit (institutioneller) Diskriminierung gemacht werden. In ihr reproduzieren sich Rassismus, Islamfeindlichkeit, Antisemitismus, Antiziganismus, Antihomosexualität und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Daher empfiehlt sich, dass gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit wahrgenommen und thematisiert wird. Dabei sollte versucht werden, an den Interessen der Schüler_innen anzuknüpfen und ihnen eigene Zugänge zu ermöglichen. Es sollten Bausteine für den Unterricht entwickelt werden. Lehrer_innen, Leiter_innen, Multiplikator_innen von Einrichtungen sollten automatisch Schulungen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit erhalten, um dieser präventiv entgegenzuwirken. Als sehr problematisch werden nicht die diskriminierenden Äußerungen von Schüler_innen eingestuft, sondern fehlende oder unangemessene Reaktionen von Lehrkräften, indem sie z.B. den von Diskriminierung betroffenen Jugendlichen die Schuld dafür geben. Kritisiert wird auch, dass Schüler_innen aufgrund ihres sozialen Hintergrundes als „lebendige Beispiele“ und Repräsentanten „ihrer Kultur“ funktionalisiert werden, wodurch ein ethnisierender Blick und Zuschreibungen aufrechterhalten werden.

Die Erfahrung von Nicht-Zugehörigkeit ist ein Teil der Diskriminierungserfahrung. Aufgrund der eigenen Herkunft oder Religion werden dabei Schüler_innen zu Anderen gemacht, sie werden „geandert“¹⁷ und damit als nicht zugehörig definiert. Die Institution Schule wird als monokulturell und monolingual kritisiert. Schulische Routinen und Entscheidungspraxen bei der Differenzierung und Auslese sind durch Zuschreibungen bezüglich der Sprache und des sozialen Hintergrundes geprägt. Häufig unterliegen defizitorientierte Annahmen den Beurteilungen, die sich an der Lern- und Sprachfähigkeit bezüglich der deutschen Sprache orientieren. (vgl. Gomolla 2009, S. 48) Dies begründet auch die Erfahrung der Projektteilnehmer_innen, dass sie aufgrund ihrer Herkunft oder Religion mehr leisten müssen als andere um die gleichen Noten zu erhalten. Der Erziehungswissenschaftler Paul Mecheril kritisiert die kulturell und lingual einseitige Praxis der Schulen als unangemessen für die Bildungsverläufe von Kindern aus so genannten Migrantenfamilien.

¹⁷ Vgl. dazu die Ausführungen zu „Othering“ von Kalpaka 2009, S. 26.

Diese verhindern eine erfolgreiche Teilhabe an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen. (vgl. Mecheril 2004, S.144)

Die Projektteilnehmer/innen fordern daher eine Verstärkung der Fortbildungsangebote für Schulleiter_innen, Lehrkräfte und Erzieher_innen zur Entwicklung eines professionellen Umgangs mit Heterogenität. Empfohlen wird zudem eine institutionelle Öffnung der Schule entsprechend der Pluralität der Gesellschaft in Hessen, die z.B. die Zusammensetzung des Lehrkörpers verändert.

4. Öffnung und Veränderung der Zusammensetzung von entscheidenden Gremien

Die Auseinandersetzung mit den Herausforderungen von allen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit muss selbstverständlich die Perspektive potentiell Betroffener einbeziehen. Dabei müssen die Betroffenen als handelnde Subjekte und gleichberechtigte Partner_innen angesprochen und Teilhabemöglichkeiten angeboten werden. Als besonders wesentlich hat sich gezeigt, dass in diesem Zusammenhang potentiell Betroffene nicht auf die Gefahr und Erfahrung von Opferwerdung reduziert werden wollen. Die potentiellen Ansprechpartner_innen sind in ihrer Expertise zu würdigen und Partizipationsräume zu schaffen. Dies bezieht sich sowohl auf die Auseinandersetzung mit Formen von struktureller Diskriminierung, Alltagsrassismus und rechtsextremen Bedrohungspotentialen, als auch auf eine generelle gesellschaftliche Teilhabe. Hier bedarf es weiterer inklusiver Konzepte. Insbesondere im Bereich der Bildungsgerechtigkeit wird ein großes Entwicklungsfeld gesehen.

In der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus spielen die sich mit dem Thema befassenden, vernetzten Institutionen selten die Pluralität der Gesellschaft in Deutschland wieder. Auch das Beratungsnetzwerk Hessen sollte sich in dieser Hinsicht, um eine Erweiterung der Perspektiven bemühen und das unter anderem im Zuge des Hearings von den Projektbeteiligten formulierte Interesse nutzen und sie zur Teilhabe einladen.

5. Schutz, Solidarität und Beratung – Entwicklung von Strukturen zur Unterstützung von Menschen, die Opfer wurden

Menschen, die Opfer eines rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen Übergriffs wurden, unter Anfeindungen oder Bedrohung leiden oder Diskriminierung erlebt haben, finden bisher in Hessen keine spezifischen und hierzu qualifizierten Beratungsstrukturen vor. Dies wird von den Projektbeteiligten deutlich beschrieben und entsprechend beklagt. Betroffene fühlen sich vielfach alleine gelassen.

Dem Bedürfnis nach Schutz, dem unter anderem auch durch eine Solidarisierung einer breiten zivilgesellschaftlichen Öffentlichkeit mit den Betroffenen begegnet werden könnte, kann nur selten entsprochen werden. Hierzu fehlen vielfach klare solidarische Haltungen und gesellschaftliche und institutionelle Strukturen.

Die Betroffenen erleben nach der Opferwerdung (primäre Viktimisierung) häufig weitere Beschämungen und machen auch in der Aufarbeitung des Geschehens Ohnmachtserfahrungen, wenn beispielsweise staatliche Stellen (insbesondere die Polizei, aber auch Lehrkräfte, Schulleitungen und Vertreter_innen der Jugendhilfe) und kommunale Akteure das Erleben nicht ernst nehmen, bagatellisieren oder negieren. Hierdurch entsteht vielfach die Gefahr der sekundären Viktimisierung, die die Betroffenen nachhaltig und stärker als die primäre Viktimisierung belasten kann (Hartmann 2010, S. 17).

Der Aufbau einer (zu den Gegebenheiten in Hessen passenden) Struktur der Beratung für „Opfer rechtsextremer Gewalt“ ist eine zentrale Forderung der Projektbeteiligten. Die Betroffenen benötigen häufig juristische und psychologische Unterstützung. Bei der Entwicklung von Beratungsstrukturen, die sich mit der Spezifik rechtsextremer Gewalt auseinandersetzen, soll die Expertise der am Projekt Hearing beteiligten Akteure unbedingt aufgegriffen werden. Außerdem empfiehlt es sich, sich von den Erkenntnissen einer rassismus- und diskriminierungskritischen Bildungs- und Beratungsarbeit leiten zu lassen. In diesem Kontext ist es wichtig, Machtasymmetrien wahrzunehmen und für eine entsprechend inklusiv-partizipative Besetzung der Beratungsteams zu sorgen. Die Einrichtung einer Hotline, an die sich Betroffenen wenden können, wird empfohlen. Hotline und Beratungsstrukturen sollten an einer unabhängigen, nichtstaatlichen Stelle entwickelt bzw. angebunden sein. Über ein entsprechendes Monitoring könnte ein qualifizierteres Lagebild entstehen. Bisher fehlen jedoch qualifizierte Erkenntnisse über das Ausmaß rechtsextremer Gewalt in Hessen.

**Autorinnen: Tami Rickert, Christa Kaletsch
(Bildungsstätte Anne Frank e.V., Frankfurt am Main)**

LITERATUR

Gomolla, M. (2009), Interventionen gegen Rassismus und institutionelle Diskriminierung als Aufgabe pädagogischer Organisationen, in: Scharathow, W./Leiprecht, R. (Hg.): Rassismuskritik Band 2: Rassismuskritische Bildungsarbeit. Schwalbach, S. 41–60.

Hartmann, J. (2010), Qualifizierte Unterstützung von Menschen, die Opfer von Straf- bzw. Gewalttaten wurden. Opferhilfe als professionalisiertes Handlungsfeld Sozialer Arbeit, in: Hartmann, J. e. V. (Hg.), Perspektiven professioneller Opferhilfen, S. 9–36.

Kalpaka, A. (2009), Institutionelle Diskriminierung im Blick – Von der Notwendigkeit Ausblendungen und Verstrickungen in rassismuskritischer Bildungsarbeit zu thematisieren, in: Melter, K./Mecheril, P. (Hg.), Rassismuskritik Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach, S. 25–40.

Mecheril, P. (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim und Basel.

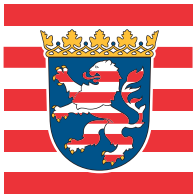
Velho, A. (2010), (Un-)Tiefen der Macht. Subjektivierung unter den Bedingungen von Rassismuserfahrungen in der Migrationsgesellschaft, in: Broden, A./Mecheril, P. (Hg.): Rassismus bildet – Bildungswissenschaftliche Beiträge zur Normalisierung und Subjektivierung in der Migrationsgesellschaft. Bielefeld, S. 113–137.



beratungsNetzwerk hessen

Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

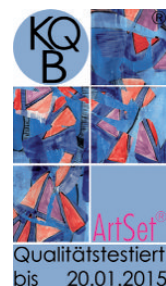
Friedrich-Ebert-Allee 12

65185 Wiesbaden

Gefördert im Rahmen des Bundesprogramms
„TOLERANZ FÖRDERN – KOMPETENZ STÄRKEN“.



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Qualitätstestiert
bis 20.01.2015